

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pfg. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pfg. Sonntags-Nummer mit Nachr. Sonntags-Beilage „Neues Welt“ 10 Pfg. Post-Abonnement: 8,50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 3 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Eingez. in der Post-Verwaltungs-Vereinigung für 1894 unter Nr. 6918.

Vorwärts

Interaktions-Gebühr beträgt für die fünfgehaltene Zeitungs- oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pfg. Interate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Korrespondenz: Amt 1. 1898. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Sonntag, den 11. Februar 1894.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Was kann den Weltfrieden sichern?

Wenn schöne Reden und wohlwollende Worte den Ausbruch eines Krieges verhüten könnten, so bräuchten wir um die Erhaltung des Friedens nicht zu bangen. Kein Fürst, der nicht bei feierlichen Gelegenheiten — die Hand auf die ordnungsgemäße Seite seines Uniformrockes gepreßt — uns versicherte, er hege den innigsten Wunsch, den Frieden zu erhalten, kein Wässerlein könne er trüben, habe aber leider nur am Unterlauf des Stromes zu gebieten und könne nicht dafür bürgen, daß nicht irgend ein räudiges Lamm am Oberlauf die Wasser trübe; dann würden ja allerdings Ehre und Interesse der Monarchie gebieten, zu den Waffen zu greifen und für die bedrohte nationale Ehre bis auf den letzten Blutstropfen zu kämpfen, keinen Fuß breit Landes aufzugeben, keinen Stein von den Festungen, und sollten auch Millionen gedrückter Landeslinder auf der Strecke bleiben. Die schönsten Friedensversicherungen aus Fürstentum und doch ewige Kriegsbesorgungen! Beständig das Gefühl, daß es im nächsten Augenblick losgehen kann! So war es immer, so ist es heute noch und so wird es bleiben, — so lange noch die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung Vorbedingungen für Kriege schafft.

Daß der Krieg ein recht böses Ding ist, daß das Friedensbedürfnis allgemein vorwaltet im Volke, dessen sind sie alle gewiß, die begeisterten Friedensfreunde, die den Frieden für alle Ewigkeit, die bescheidenen für einige Jahre, zu sichern gedenken, durch schöne Reden auf Friedenskongressen und Festbanketten. Gegen die gute Absicht dieser Leute haben wir nichts einzuwenden. Immerhin nügen sie der Friedenssache, der sie sich gewidmet haben, etwas, obschon nicht viel, und sicher bei weitem nicht so viel, als sie selber glauben. Der Nutzen ihres Wirkens besteht darin, daß allmählig durch die beständige Erörterung der Friedensfrage auch solchen Leuten der Blick für die Gefahren unserer Zivilisation geschärft wird, denen der Glitterglanz des Militarismus die Augen geblendet hat. Sie nützen, indem sie beständig für internationale Schiedsgerichte eintreten, und nicht unmöglich ist es, daß einige der Schiedsgerichte, durch die innerhalb des letzten Jahrzehnts internationale Streitigkeiten beglichen wurden, dieser Agitation der Friedensfreunde zu danken sind. Wohl verstanden, es ist ihnen zu danken, daß die Beilegung der Streitigkeiten durch die Form eines Schiedsgerichts erfolgte, nichts aber weist darauf hin, daß ohne Schiedsgerichte die Streitigkeiten überhaupt nicht beigelegt wären. Im Gegenteil, alles, was bisher schiedsgerichtlich erledigt wurde, selbst die wichtigsten dieser Fragen, waren Streitigkeiten untergeordneter Art. Sie wären auch so friedlich erledigt worden auf diese oder jene Weise, nach kürzeren oder längeren Verhandlungen mit oder ohne die Beteiligung dritter

Mächte. Oder meint etwa jemand ernstlich, daß Deutschland gegen Spanien zu Felde gezogen wäre wegen der Karolinen, die Vereinigten Staaten gegen Großbritannien wegen der Behringsmeer-Fischereien?

Oder man nehme einmal die allerneueste Gegenwart: Kurz hintereinander zweimal sind englische und französische Truppen im Hinterlande der Guineaküste in richtigen Gefechten an einander gerathen. Es hat Todte und Verwundete auf beiden Seiten gegeben: Doch mag die Schuld sein, auf welcher Seite immer, mag der Kampf angezettelt sein in noch so frivolster Weise, hält irgend jemand es für möglich, daß daraus ein Krieg zwischen England und Frankreich entbrennen könnte, daß wegen dieser „Sofa“-Balgereien englische und französische Flotten sich Schlachten liefern würden auf allen Ozeanen? Es wird dazu nicht kommen, ebensowenig wie es Kriege gab wegen der Karolinen und wegen der Seehunde der Behringssee; es würde dazu nicht kommen, auch wenn die Welt nie etwas gehört hätte von Friedensgesellschaften, Friedenskongressen und Friedensbanketten.

Dieser Tage haben die Friedensfreunde in Berlin wieder ein Lebenszeichen von sich gegeben. Der freisinnige Parlamentsprediger Nefler hat eine salbungsvolle Einleitung gesprochen und dann sind allerhand ganz vernünftige Gedanken von den folgenden Rednern gesprochen worden. Schade nur, daß sich alle diese Erörterungen an der Oberfläche der Frage bewegten. Nur zur Bekämpfung der Symptome des Krieges haben sie gute Rathschläge beigebracht, an die Ursachen haben sie nicht gedacht. Fast die sämtlichen Kriegsmänner der heutigen Zeit haben in wohlwollenden Friedensgedanken geschwelgt. Nicht nur aus den Rundgebungen des Feldmarschalls Moltke lassen sich Aussprüche zusammenklauben, die an Friedensfreundlichkeit den Worten des Predigers Nefler die Waage halten. Rabiate Kriegeschwärmer findet man außer unter den Vientenants nur unter den deutschen Professoren, von Professor Leo in Halle, der den Krieg für notwendig erklärte, um das skrophulöse Gesindel aus der Welt zu schaffen, ohne sich dessen bewußt zu sein, daß das skrophulöse Gesindel, Geschichtsprofessoren eingeschlossen, hübsch zu Hause bleibt — bis auf Professor Treitschke in Berlin, dem das Kriegshandwerk allein für eine des Mannes würdige Beschäftigung gilt, woraus sich denn satzfam erklärt, daß er selbst in seiner Bedienstetthastigkeit so viel unwürdiges Zeug zusammengeschrieben hat.

Wollte man ein Plebiszit veranstalten darüber, wie die Leute vom Kriege denken — die Stimmen, die ihn für ein Uebel erklären, würden die weitaus überwiegende Mehrheit haben. Wenn trotzdem die Kriegsgefahr fortbesteht, so liegt das daran, daß die inneren Verhältnisse der heutigen Staaten sie fortwährend von neuem erzeugen.

Die europäischen Staaten sind Klassenstaaten, hervorgegangen aus dem System wirtschaftlicher Ausbeutung der arbeitenden durch die herrschenden Klassen. So lange dieses Ausbeutungssystem mehr ein individuelles war, wimmelte es von kleinen Fehden und kleinen Kriegen. Je mehr das

System persönlicher Ausbeutung einlenkte in die kapitalistische Produktionsweise, je mehr die Besitzenden als Klasse der Arbeiterklasse gegenübertraten und untereinander in engere Produktionsgemeinschaften geriethen, bis schließlich für die herrschenden kapitalistischen Klassen jedes einzelnen Staates die Interessengemeinschaft stark genug war, um ihr alle Binnenkriege und Einzelkriege gefährlich zu machen, wurden für die Interessengemeinschaft nur noch die sogenannten Nationalkriege unter Umständen wünschenswerth und er-spriehlich. Die Kriege wurden seltener, aber jeder einzelne Krieg vernichtender und zerstörender. Es handelte sich nicht mehr wie bei der Ritterfehde darum, den Raubkonkurrenten auf der benachbarten Burg in den Sand zu strecken, oder den Räubern der benachbarten Stadt die Pfefferfäcke abzugeben; es handelte sich um die Konkurrenz ganzer Nationalstaaten unter einander, es handelte sich um die Vernichtung des gegnerischen Handels und Gewerbes, um die Eroberung gegnerischen Gebietes.

Die wachsende Interessengemeinschaft der einzelnen Länder unter einander, selbst unter dem Bann der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ist hart am Werk, auch diese Nationalkriege in Mißachtung zu bringen. Nur von Rußland und kleineren Barbarenstaaten, wie die Geschichte des serbisch-bulgarischen Konfliktes lehrt, kann man der Kriege aus solchen Ursachen noch gewärtig sein; aber unleugbar ist es, daß die russische Gewalt Herrschaft in Unde mit der neugeborenen russischen Kapitalistenklasse auch zu solchen Eroberungs- und Merkantilskriegen noch im Stande ist und deshalb den Frieden Europas dauernd bedroht. Doch auch in anderen europäischen Staaten wirken, ganz abgesehen von der Kriegeschwärmerlei der Vientenants und Professoren noch immer wirtschaftliche Ursachen auf den Krieg hin. Das ist vor allem die Ueberproduktion, jenes unvermeidliche Ergebnis der kapitalistischen Produktionsweise, die in deren Anfängen periodische Absatzkrisen erzeugte und uns jetzt mit einer dauernden zu beglücken scheint. Fabrikanten von etwas weiterem Blick machen gar keinen Hehl daraus, daß so ein frischer fröhlicher Krieg, der die Produktion ins Stoden bringt und die angesammelten Vorräthe vertilgt, gar nicht so übel wäre für die Großindustrie. Dieses Bewußtsein verschmilzt dann mit den Resten merkantilistischen Konkurrenzneides mit Kolonial- und Gebietsbegehrlichkeit zu jenem Nationalhaß, der in den zivilisierteren Ländern von Zeit zu Zeit seine Orgien feiert, und wenn er in Nachbarlande gleichartigen Jüdnstoff findet, immer wieder einen großen Nationalkrieg entzündet kann.

Wenn es deshalb ernst ist mit der Friedensfreundschaft, wer nicht bloß die Symptome, sondern die Ursachen des Krieges bekämpfen will, der muß seine Bahn machen mit der kapitalistischen Produktionsweise und den Gewalt-herrschaften, die aus ihr erwachsen sind. Das ist der Prüfstein für die Aufrichtigkeit der Friedensfreunde.

Feuilleton.

Abdruck verboten.

Alle Rechte vorbehalten.

Helene.

340

Roman in zwei Bänden von Minna Kautsky.

Fast ein Jahr war vergangen. Lazar Dobuloff, voll Sorge und Unruhe um das Schicksal seiner jungen Braut Natalie, war damals nach Petersburg gekommen, und hatte das Leben eines Illegalen wieder aufgenommen.

Er besuchte Tania, und selbst ein Untröstlicher suchte er sie zu trösten.

Es hieß, der Prozeß sei nahe bevorstehend, und sie warteten in heißer Ungeduld auf die Aufnahme desselben.

Von mehr als tausend Menschen, die in den letzten zwei Jahren wegen vermeintlicher Beteiligung an der revolutionären Propaganda verhaftet worden waren, wagte man einstweilen nur 193 vor Gericht zu stellen. Karzow und Kolomin waren darunter.

Der Monstreprozeß der Hundertdreißig begann und hielt ganz Rußland in Spannung.

Die Verhandlungen ergaben, daß der größte Theil der Angeklagten gerechter Weise nicht verurtheilt werden konnte, und der Senat selbst suchte in der Form eines Gnaden-gesuches ihre Freisprechung zu erwirken. Aber Alexander II. annullirte dieses Gesuch und der Prozeß wurde vertagt, bis ein hinlänglich belastendes Material zusammengefunden werden konnte.

Tania, die während der Verhandlungen vor Angst und Aufregung fast verging, riß dieser Akt brutaler Gewalt aus ihren Schmerzen empor.

Die Empörung trieb ihr das Blut rascher durch die

Adern und ließ sie gesunden. Die Zeit der Wiederaufnahme des Prozesses war nicht vorherzusehen, sie wollte daher nicht länger in Unthätigkeit verharren und einem nutzlosen Gramme sich hingeben; sie wollte arbeiten, handeln, der Sache, für die ihr Gatte so grausam duldete und litt, mit Leib und Seele sich weihen.

Aber sie mußte aus Petersburg fort, hier erstickte sie. Der orientalische Krieg war ausgebrochen. Viele ihrer Kollegen folgten dem Rufe als Ärzte, auch Dobuloff wollte hinab, und rieth ihr ein Gleiches zu thun.

Sie hatte noch keine Prüfungen gemacht, aber sie konnte als Pflegerin eintreten und sie meldete sich dafür.

Indeß hatte sich in dem Schicksal Natalie's eine unerwartete Veränderung vollzogen, die Lazar Dobuloff von seinem Vorhaben abbrachte und ihn mit neuen Hoffnungen erfüllte.

Natalie wurde nach einjähriger Untersuchungshaft, die ihre Gesundheit arg erschüttert hatte, provisorisch frei gelassen und gegen Kaution ihres Oheims in die Krim geschickt, wo derselbe liegende Güter besaß. Dort sollte sie internirt werden und unter polizeilicher Aufsicht bleiben, bis ihr Prozeß, der besonders geführt wurde, ihre Anwesenheit in Petersburg nöthig machte.

Alle erkannten nach dieser Maßregel, daß dieser selbst auf ungemessene Zeit hinausgeschoben sei, aber Dobuloff gründete darauf seinen Plan. Er begab sich in die Krim, mit dem festen tollthühen Entschluß, die Geliebte zu befreien.

Durch die Oberlichtfenster des großen Krankensaals, der hundert Betten faßte, schien die Sonne eines klaren Wintermorgens und beleuchtete die Morgentoilette der Verwundeten.

Der Saal war ausgeleert, die Betten gemacht, weiß glänzte das Linnen und alles war sauber und rein.

Die Mehrzahl der Kranken war gereinigt und frisch verbunden. Sie lagen ruhig und wohlgebettet, und nur selten war ein Aechzen vernehmbar.

Einige der Kranken waren so weit, daß sie sich im Bette aufsetzen und sich waschen und kämmen konnten, aber sie besannen sich lange und bekreuzten sich wiederholt, ehe sie die Hände ins Wasser stellten.

Auch das Hemd zu wechseln, schien ihnen nicht angenehm, aber ein unzufriedener Blick der Schwestern machte sie fügsam.

Ein Trupp englischer Ladies war angekommen.

In aufbringlicher Wichtigmacherei wollten sie die Baradenhospitaler des rothen Kreuzes besuchen und die Soldaten beschenken.

Die Oberin hatte sie nicht vorgelassen, aber sie schickten Blumen und kleine Farbenbildchen mit Bibelsprüchen versehen in alle Säle, und Gräfin Petrowna war es nun, die sich darüber herstürzte und alle Verwundeten damit theilte.

Diese freuten sich wie die Kinder und spielten damit wie solche, und die warmherzige Theilnahme, die ihnen von außen kam, erweckte ihre Zuversicht und neue Hoffnungen für die Zukunft.

Dieser schwarzbärtige Kosak da, dem das Bein über dem Knie abgenommen war, lachte, als ihm Petrowna ein Weidensträußlein überreichte, und als sie ihn so von der Seite mitleidig ansah, schüttelte er seinen großen hübschen Kopf und meinte, wie um sie zu trösten:

„Es steht nicht so schlimm, Schwesterchen, ich will mir schon noch durchhelfen durchs Leben. Unsere Bauern sind gut und neugierig sind sie auch. Komm ich nach Haus, will ich ein Wirthshaus eröffnen, dann werden sie zu mir kommen, um meinen Schnaps zu trinken, meine Lieder zu hören und meinen Weinstummel zu sehen.“ er klopfte auf seine Schiene, als liebeose er einen Freund.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 10. Februar.

Im Reichstage wurde heute die Verabreichung des Postetats fortgesetzt. Die Niederlage Stephan's war eine vollständige, denn die von ihm energisch bekämpfte Resolution der Etatskommission, welche die Einführung des Systems der Dienst-Altersstufen fordert, wurde vom Reichstage einstimmig angenommen. Trotz der Unterstützung seitens einiger konservativer Herren war Herr von Stephan sehr kleinlaut, er hat sich von den wuchtigen Angriffen Schoenlaufs in der gestrigen Sitzung noch nicht erholt und hätte er es gethan, so wären die nicht minder schweren Anschuldigungen der Abgg. Bebel und Singer in der heutigen Sitzung geeignet gewesen, ihn wieder sehr kleinlaut zu machen. Das Mißtrauen gegen die Verwaltung des Reichspostamtes ist ein so allgemeines, daß man es wohl begreifen könnte, wenn Stephan und seine einflussreichsten Räte sich künftighin aufs Dichten, Verfassen von Reisebeschreibungen und Auerbahnjagden beschränken würden und die Verwaltung der Reichspost anderen überließen, die den Forderungen des Verkehrs und den Bedürfnissen des großen Beamtenkörpers gerecht zu werden verstehen.

Der „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht heute den deutsch-russischen Handelsvertrag, die Unterzeichnung fand heute Mittag statt. An Stelle des Getreidezolles von fünf Mark wird der von 3 1/2 M. treten. Auf die übrigen Bestimmungen kommen wir zurück, wenn wir den Vertrag im Ganzen beleuchten werden.

Deutsch-russischer Handelsvertrag. Die Annahme des Vertrages ist eine Lebensfrage für Sachsen,“ so schreibt die „Leipziger Zeitung“, die gleichzeitig das Organ der sächsischen Regierung ist und die Interessen der sächsischen Konservativen vertritt.

Die Schutzöllner im deutschen Reichstage rüsten sich noch zu einer letzten Kraftanstrengung gegen die Vertragspolitik der Reichsregierung. Kardorff und 56 Gesinnungsgenossen haben folgenden Antrag gestellt:

Der Reichstag möge beschließen: die verbündeten Regierungen zur Vorlegung eines Reichsgesetzes anzufragen, durch welches der Bundesrath ermächtigt und verpflichtet wird, bei der Einfuhr von

Weggen, Weizen und Mehl in das Deutsche Reich denjenigen Staaten gegenüber, welche Papiervaluten mit Zwangskurs besitzen, beziehungsweise in welchem für Gold ein Aufgeld —agio— gezahlt wird,

Zollzuschläge zu erheben, welche dahin festgesetzt werden, daß zu dem Doppelzentner Weggen, Weizen oder Mehl ein Zollzuschlag erhoben wird:

bei einem bestehenden Disagio von mehr als 10 pCt. von	1,00 M.
beziehungsweise für Mehl von	2,50 „
bei einem bestehenden Disagio von mehr als 20 pCt. von	2,00 „
beziehungsweise für Mehl von	5,00 „

Es bedarf keines Wortes, daß die Annahme dieses Antrages den Rücktritt Rußlands vom Handelsvertrage zur Folge hätte. Es ist übrigens nicht zu bezweifeln, daß Herr Kardorff mit seinem Vorschlage Glück haben wird, schon die Thatsache, daß dieser Antrag bloß 57 Unterschriften im Reichstage gefunden hat, beweist dies.

Leider dürfte aber auch der Antrag Richter kaum ein praktisches Ergebnis haben; derselbe entspricht einer Anregung des „Vorwärts“ bei Besprechung des Handelsvertrages, wonach mit der russischen Regierung in Verhandlung zu treten sei, um vor dem Inkrafttreten des vereinbarten Handelsvertrages so bald wie möglich auf beiden Seiten diejenigen Zollserhöhungen außer Kraft zu setzen welche lediglich durch den Zollkrieg veranlaßt worden sind.

Deutsche Pressfreiheit. Ein sehr bedenkliches Urtheil hat heute das Landgericht Berlin I, Strafkammer II in dem Prozeß gegen Ellendt, Brandt und Werner gefällt. Gegenstand der Anklage war ein von Brandt, unterzeichnetem Aufsatz im „Sozialist“, als dessen verantwortlicher Redakteur Ellendt zeichnet. Daß gegen die beiden zuletzt Genannten Anklage erhoben und eine Verurtheilung ausgesprochen wurde, ist im Einklang mit Theorie und Praxis unserer Pressgesetzgebung, und wir unterlassen es deshalb, das Erkenntniß, so weit es diese beiden betrifft,

näher zu kritisiren. Im höchsten Grade befremdend, und zu schweren Besorgnissen Anlaß gebend ist aber die Verurtheilung Werner's zu sechs Monaten, während einer der zwei anderen Angeklagten bloß vier Monate ertheilt. Wie das Erkenntniß, das die Leser unter „Gerichtliches“ finden, anführt, wird Werner als die eigentliche Seele, als der eigentliche Leiter des „Sozialist“ betrachtet. Allein deshalb konnte eine Verurtheilung nicht erfolgen — eine „Seele“, eine geistige Leitung, ein Einfluß sind keine juristisch definirbaren Begriffe, juristisch nicht zu packen. Verurtheilt wurde Werner als Beihelfer — wegen „Beihilfe“ zu dem Vergehen und Beihilfe geleistet in seiner Eigenschaft als Verleger und Drucker. Und hier ist das Gefährliche der Argumentation des Erkenntnisses. Hier haben wir, von dem Gerichtshof anerkannt, jenen ungeheuerlichen Satz, daß Jeder, der bei der Veröffentlichung einer strafbaren Thatsache mitgewirkt, „Beihilfe“ geleistet hat, als Mitschuldiger zu betrachten ist. Bis jetzt ist es bei Verurtheilungen, diesen Rechtsgrundsatz zur Geltung zu bringen — Versuche, die allerdings von dem obersten Gerichtshof nicht mit wünschenswerther Schärfe abgewiesen worden sind. Seit Jahren war es aber üblich, jetzt nun haben wir dieses Erkenntniß des Landgerichts Berlin, daß, falls unser Bericht den Inhalt richtig wiedergibt, einen Rechtsgrundsatz feststellt, nach dem jeder Verleger, Korrektor, Schriftsetzer, Drucker und sonst bei der Herstellung und Verbreitung Beschäftigte — denn auch Verbreitung ist Beihilfe — für den Inhalt einer Druckschrift strafrechtliche Verantwortung trägt. Wir können nicht glauben, daß — immer vorausgesetzt, daß unser Bericht den Inhalt des Erkenntnisses richtig wiedergegeben hat — daß eine solche Begründung, welche die Presse vogelfrei machen würde, von dem obersten Gerichtshof als zu Recht bestehend anerkannt werden kann.

Ueber die Militär-Strafprozedur äußert sich wieder einmal die „Kreuz-Zeitung“. Sie läßt nun endlich mit sich wegen der Oeffentlichkeit des Militär-Strafgerichtsverfahrens bei denjenigen Vergehen und Verbrechen, wie Raub, Diebstahl, Mord diskutiren, hält aber bei allen militärischen Vergehen die Oeffentlichkeit für eine Unmöglichkeit, für einen Ruin für den Gehorsam und für das Vertrauen nach oben. Es muß sehr traurig um die geheime Militärgerichtsbarkeit stehen, wenn so sachkundige Kenner des Militarismus diese Befürchtung vor der Oeffentlichkeit des Militärgerichtsverfahrens haben.

Soldatenmißhandlungen und Duell müssen dem Militarismus erhalten werden, davon ist auch die österreichische Regierung durchdrungen, denn wegen des bereits gemeldeten Beschlusses des Wehrausschusses, wonach Landesjägers, die ein Duell und Soldatenmißhandlungen eingegangen sind, von höheren militärischen Posten ausgeschlossen werden sollen, wurde der Vorarlberger Landtag auf einen kaiserlichen Erlaß hin vertagt. Sehr lehrreich! —

Aus der russischen Schweiz. Aus Bern wird gemeldet, daß 13 Anarchisten und Unabhängige aus der Schweiz ausgewiesen wurden. Nach dem Berliner Tageblatt wurden außerdem auf Anregung der Bundesanwaltschaft in Zürich wegen Aufregung zu anarchistischen Verbrechen verhaftet: 1. Otto Michers von Gogh, Literat und Schauspieler aus Hamburg, geboren 1855; 2. Wilhelm Nonnemann von Balingen (Württemberg), Schuster, geboren 1866; 3. Bwigg (er lebte in Zürich unter dem falschen Namen Metzluft) aus Potsdam, Schreiner, geboren 1851.

Frankreich. In der Kammer wurde von unseren Genossen die Schließung der Pariser Arbeitsbörse zur Sprache gebracht. Natürlich erfolglos. Für den Augenblick ist mit dieser, vom Bittersteher geschüttelten Volksvertretung nichts anzufangen. — Die sozialistische Fraktion hat drei weitere Anträge eingebracht: Einen auf Umgestaltung der Militärgerichte, die, so lange das jetzige Militär-Strafgesetz dauert, wenigstens so weit demokratisirt werden sollen, wie das im Jahr III der Republik — das heißt vor 100 Jahren — der Konvent gethan hat, der durch Dekret die Kriegsgerichte aus 3 Gemeinen, 3 Unteroffizieren und 3 Offizieren zusammensetzen ließ.

„Ihr verhässelt und verweicht mir häßlich meine Soldaten,“ wendete er sich an den Chefarzt, „was soll ich mit diesen Kerlen noch anfangen, die an Hühnersuppen und Koteletts gewöhnt sind und keine Wäsche tragen.“ Er wies auf das Chiffon-Hemd eines Soldaten: „Battist!“

Der Chefarzt zuckte die Achseln.

„Das sind Geschenke, sie kommen uns in Massen zu — wir werden sie doch nicht zurückweisen.“

„Verschwendung, Vergeudung,“ murmelte der General, „wir haben nicht einmal genug Kommisshambden für unsere Verwundeten — ein Mißverhältniß, ein schreckendes Mißverhältniß.“ Er hatte ein Weilschensträußlein in einem Verwundeten aus der Hand genommen, noch daran, und warf es ihm wieder zu.

„Ihr seid Wäscherinnen, keine Soldaten,“ rief er über die Betten mit erhobener Stimme hin, als stünde er vor der Front.

Vor einem Vorhängelchen, das vor ein Bett gezogen war, machte er Halt, und schlug es neugierig zurück.

„Selene stand da, über einen Kranken gebeugt.“

Mit einem weichen Tuch fuhr sie ihm sanft über die wachsbliche Stirn hinweg und schaute in diese brechenden Augen mit einem Blick hingebungsvoller Liebe und Bärtlichkeit.

Sie fürchtete sich nicht mehr vor dem Sterben, sie hatte gelernt, dem Tod ins Auge zu sehen.

„Da will Einer wohl desertiren?“ fragte der General.

Selene winkte mit der Hand die Herren zurück.

„Er sirt!“ — sagte der Chefarzt trocken.

„Den Wunden erlegen?“ fragte der General.

„An Erschöpfung; die armen Bursche haben am meisten durch die Entbehrungen gelitten, ihr ganzer Organismus hat ungläubliche Veränderungen durchgemacht.“

Die junge Schwester beugte sich plötzlich tiefer herab — sie drückte dem armen Burschen die Augen zu: Er hatte es überstanden.

Der General fixirte sie aufmerksam, ihre Annuth und der rührende Ausdruck von Traurigkeit in dem schönen Gesicht frappten ihn.

(Fortsetzung folgt.)

Ein zweiter Antrag bezweckt, den Soldaten unter der Fahne Portofreiheit zu geben.

Und der dritte, wichtigste Antrag ist auf Umgestaltung des französischen Fabrik-Inspektors gerichtet. Das Gesetz, welches in Frankreich das Institut der Fabrikinspektoren einführt, stammt aus dem Jahre 1848, ist also 46 Jahre alt — in dieser Zeit aber so gut wie ein todtter Buchstabe geblieben. Der Inhalt des Antrages deckt sich mit den Forderungen der englischen und deutschen Arbeitervertreter.

Genosse Volbers ist von Paris nach Algerien gereist, wo er zur Wiederherstellung seiner durch die Anstrengungen der vorjährigen Wahlrechtsbewegung etwas erschütterte Gesundheit wiederherstellen will. Es ist kein gefährliches Unwohlsein, aber die Nerven sind so angegriffen, daß die Nerzte einige Zeit der Ruhe empfehlen. Unsere besten Wünsche begleiten den unermüdblichen Kämpfer! —

Holland. Aus der Redaktion des „Rechts voor Allen“ erhalten wir folgende Zuschrift:

In der Nummer 28 Ihres Organs vom 8. Februar veröffentlichte sie eine Korrespondenz aus Holland, welche von A bis B intonirt ist. Ueber die Manufierung der holländischen Partei, über Unsinne wie: „Der gesunde Verstand wird schließlich auch in Holland über die blinde Leidenschaft den Sieg davontragen“, ist es nicht nöthig viel zu schreiben. Ueber solche Schwärmungen (?) diskutirt man nicht lange. Nur will ich bemerken, daß wir in Holland schon im 16. und 17. Jahrhundert unsere bürgerliche Revolution durchgemacht haben, und daß, wenn von „Manufierung“ in unserer Partei die Rede sein muß, die holländischen Arbeiter doch wahrlich nicht alles ängstlichen können, was man vielleicht „Manufierung“ nennt „im Lande der Gottesfurcht und frommen Sitten“.

In Betreff der Bemerkung: „Aus den Artikeln von Dornela-Nieuwenhuis fühlt man heraus, daß er einseitig, wie es mit seinem Einfluß rückwärts geht,“ habe ich persönlich diese Frage: Hat die Redaktion des „Vorwärts“ in dieser Hinsicht nicht gelernt, da doch schon im Jahre 1892 (Nr. 198 des „Vorwärts“) gegen ähnliche Ausführungen protestirt wurde?

Damals schrieb ich im Namen meiner Partei, obgleich wir uns um den Einfluß von Personen überhaupt wenig kümmern. Jetzt, glaube ich, wird die sozialdemokratische Partei Hollands nicht mehr als Partei gegen Schmäzung (?) ihrer Agitatoren von Seiten des „Vorwärts“ protestiren.

Man wird in Holland der Sache müde.

Auch hier soll dies genug sein.

Ich habe nur für die Leser des „Vorwärts“ eine Berichtigung zu geben, mich persönlich betreffend.

Im „Vorwärts“ steht:

„Cornelissen hat sich in Groningen als ein Freund der politischen Aktion erwiesen, indem er anführt, es sei nicht die Frage, ob man sich an der parlamentarischen Aktion beteiligen wolle, sondern nur an welchen Maßregeln man im Parlament mitarbeiten solle, — was jeder Sozialdemokrat ihm zugeben wird.“

Die Wahrheit ist, daß ich gesagt habe: „Es sei nicht die Frage, ob man sich an den Wahlen (man vergleiche den Antrag der Section Hoopzand-Sappemeer) beteiligen wolle, sondern was man im Parlament thun könne, d. h. ob man sich an der „parlamentarischen Aktion“, an der „gesetzgeberischen Arbeit“ beteilige oder nicht. Dies habe ich in Groningen und später in der holländischen Parteipresse ausführlich auseinandergesetzt.

Der Unterschied, behauptete ich, zwischen unseren parlamentarischen und revolutionären Sozialisten wird eben so wenig durch das sich beteiligen an den Wahlen, als z. B. durch das an der Arbeitslosenbewegung bezeichnet. Der Unterschied ist ein prinzipieller.

Unsere parlamentarischen Sozialisten meinen, sie könnten „die Staatsmacht erobern“, sie wollen „praktisch arbeiten“. Die revolutionäre Sozialisten, die wir auf dem Boden der materialistischen Geschichtsauffassung stehen, wir meinen umgekehrt, die „Staatsmacht“ könne nur durch die Arbeiterklasse erobert werden, nachdem sie die ökonomische Macht, von der die politische Macht nur die Sanctionierung, die Konstatirung ist, schon erobert hat, d. h. also nach einer ökonomischen Revolution, einer Revolution der Eigentumsverhältnisse.

Das heutige Parlament, meinen wir, sei ein bürgerliches Parlament, so zusammengesetzt, wie es für die Bourgeoisieklasse nöthig und nützlich sei, und könne nicht mit dem Stimmzettel erobert werden. Das Großkapital kauft die Mehrheit im Bourgeoisparlament, gerade wie es kauft die Presse, die Rechtsprechung, die Kirche und die Jungfräulichkeit der Frau.

Der Korrespondent des „Vorwärts“ in Holland möge dies bedenken, falls er sich selbst vielleicht „manfern“ will.

Was also Cornelissen in Groningen anführte, war so ungefähr („nur mit ein bißchen andern Worten“) was gesagt wird in einer Broschüre aus der Feder eines gewissen Wilhelm Diebnecht — er ist jetzt selbst Reichstags-Abgeordneter — Ueber die politische Stellung der Sozialdemokratie, worin man liest (l. c. Seite 5, Ausgabe 1874):

„Ob wählen oder nicht wählen, ist bei allgemeinem Stimmrecht nur eine Frage der Nützlichkeit, nicht eine Prinzipienfrage.“

Gewiß, das ist die Sache. Das Theilnehmen an den Wahlen ist unter uns revolutionären Sozialdemokraten eine Frage der Nützlichkeit und es charakterisirt nicht, was uns scheidet von unseren heutigen parlamentarischen Freunden.

Vielleicht scheint dieses Schreiben ein bißchen scharf. Die Redaktion des „Vorwärts“ bedankt sich jedoch, was traurig es ungeliebt für uns sein muß, daß wir seit der Stellung des „Vorwärts“ unter die Hauptredaktion des Genossen Diebnecht nicht ein einziges Mal eine wahre und ganz correcte Korrespondenz aus Holland in diesem Organ gesunden haben.

Wohl aber fanden wir darin die Adresse der holländischen Genossen viele weise und schöne Ermahnungen der Redaktion des „Vorwärts“ von derselben Art, wie sie z. B. unser Genosse Seidel in Zürich oder die Genossen der Socialdemocratic Federation in England von seiten des „Vorwärts“ erhielten.

Was uns in Holland betrifft:

„Die Postschalt (aus Berlin) hören wir wohl, allein uns fehlt der Glaube.“

Mit sozialrevolutionärem Gruß

Amsterdam. Christ Cornelissen.

In diesem Brief nur wenige Worte. Die Persönlichkeit unserer Korrespondenten bürgt uns vollkommen dafür, daß ihre Darstellungen ebenso wahr als correct sind. Daß wir den Brief unverändert und vollständig bringen, beweist schon zur Genüge, daß uns um die Wahrheit zu thun ist. Wenn Genosse Cornelissen sich über Angriffe des „Vorwärts“ beschwert, so lese er doch einmal sein „Recht voor Allen“ und er wird finden, daß jeder sog. Angriff seitens des „Vorwärts“ nur eine Abwehr zahlreicher, im Ton weit schärferer und obendrein meist persönlich gefäßer Angriffe des „Recht voor Allen“ sind.

Auf die Frage selbst geben wir nicht ein. Jede Frage der Taktik ist allerdings eine „Nützlichkeitsfrage“. Welche Taktik aber vom Standpunkt der „Nützlichkeit“ als die bessere erwiesen hat, die des Genossen Cornelissen oder die unfrige, das zeigt ein Blick auf den Stand der Bewegung in Holland und in Deutschland.

Das englische Unterhaus nimmt am Montag seine Sitzungen wieder auf; Gladstone, der einige Wochen sich in Gibraltair — Biarritz — erholt hat, wird morgen in London zurück erwartet. Obgleich er leugnet, je eine solche

Ablicht geäußert zu haben, wird die Frage seines baldigen Rücktritts in der ganzen politischen Welt — soweit sie dabei interessiert ist, — eifrig besprochen. Und es unterliegt auch keinem Zweifel, daß der Rücktritt bald erfolgen wird — mit oder ohne Absicht. Die liberale Partei — das heißt die eigene Partei des Herrn Gladstone richtet sich schon darauf ein, oder versucht es wenigstens. Der Erfolg ist noch nicht gefunden. Und wird auch ebensowenig gefunden werden, wie von der deutschen Zentrumspartei ein Grund für Windthorst — und wesentlich aus denselben Gründen. Denn die „liberale“ Partei Englands befindet sich ebenso auf dem Aussterbe-Etat wie unser Zentrum. —

Der Achtstundentag in England. Nachdem kürzlich der Minister Asquith wieder eine Reihe von Produktionszweigen der chemischen Industrie als gesundheitsgefährlich, und deshalb neben Vorschriften über die Produktionsmethode auch solchen über Arbeitszeit etc. unterworfen erklärt hat, hat die „Vereinigten Metall-Gesellschaft“, die die große Mehrheit der englischen Metallwerke eignet, in einer Reihe von Departements den Achtstundentag einzuführen beschlossen. So kommt eine Industrie nach der anderen an die Reihe, und die „Ausnahmen“ werden allmählich so zahlreich, daß die Bewegung den Achtstundentag zur Regel zu machen, schließlich unwiderleglich wird. —

Belohnung wegen Tapferkeit haben von General Morra, dem sizilianischen Standrechtshelden, drei Soldaten erhalten. Die „Tapferkeit“ bestand darin, daß sie einige der halbverhungerten Frauen und Kindern todtgeschossen haben. In welchem Zustand sich die Opfer dieser „Tapferen“ befunden haben, das kann man ungefähr aus nachstehender Schilderung des — nicht sozialistischen — Professors Kadon erkennen, der in Sizilien lange gelebt hat und Land und Leute genau kennt, und jetzt von dort an die — kammerfortschrittliche, d. h. halbkonserervative „Dresdener Zeitung“ schreibt:

„Vor dem „Haus“ eine Mistpfütze, hinter dem „Haus“ eine Dingergrube, drinnen eine komplizierte Schweinerei. Dieses „Drinnen“ besteht aus einem einzigen Raum ohne Fenster, ohne Rauchfang, der einzige Weg um Luft und Licht zuzuführen eine thürähnliche Oeffnung. Das „Drinnen“ ist Wohn-, Ess- und Schlafzimmer, Küche, Keller — Alles für Menschen und Thiere. — Unbeschreiblicher Stank und Schmutz. — Abgerackert und todmüde ist der arme Furchenackel oder Frohnsklave Abends spät, immer ein paar Stunden später als das gleichermaßen abgerackerte, von der Hundstagssonne zergeißelte Weib, nach „Hause“ gekommen, kaum kräftig genug, das bische Abend-sutter, Grünkraut oder Kürbistücker in schlechtem Del gebraten, zu verschlucken. Dann werden die Kinder ins „Bett“ getrieben, während Mann und Frau noch eine Zeitlang in die verglimmenden Kohlen stieren. Suchen sie dann ihr Lager auf, so werden die Kinder einfach ans Füßende hinabgeschoben.

An der schlaffen Brust widerwillig genährt, kaum gereinigt, nie gewaschen, als eine vom Herrgott auferlegte Last angesehen, als ein überflüssiges Freymaul bis zu dem Tage, wo er die Hacke schwingen lernt oder als Prügel-junge irgend einem brigantenhaften Hirten oder dem Besitzer einer Schwefelgrube übergeben wird, — so wächst der Stammhalter der Familie heran. Eine Schule kennen die Kinder nicht, und es ist glücklich zu sehen, was Unwissenheit und Aberglaube Jahr für Jahr da im stande sind, anzustellen.

Und so bilden sich diese armen weltabgelegenen Menschen ihre anarchischen Begriffe von Freiheit und stehen damit auf der Stufe eines deutschen Bauern aus dem 16. Jahrhundert, der sich mit Weib und Kind für Adel, Geistlichkeit und Fürsten abgeschunden hatte im Dreck und in der Armut. —

Dieser unglückliche Sklave hofft auf den Tag der Rache und wartet. Und wer nicht warten kann, der tritt aus der Gesellschaft aus, verschafft sich eine Flinte und wird Brigant. Alle Briganten ohne Ausnahme, die seit zwei Jahren Sizilien unsicher machen, sind aus dem Bauernstande hervorgegangen.

Und an solchen abgerackerten, halbverhungerten Männern, Weibern und Kindern — denn es wurden fast so viel Weiber und Kinder wie Männer todtgeschossen — haben die Helden des Standrechtshelden Morra sich die „Belohnung für Tapferkeit“ verdient! —

Italienisches. Auf den italienischen Börsen sind, wie telegraphisch gemeldet wird, offizielle Ausschreibungsbureaus eröffnet worden, um etwaige falsche Nachrichten zu demontieren und deren Verbreiter zur Rechenschaft zu ziehen. Der italienischen Regierung dürfte es dabei mehr um die Unterdrückung unangenehmer Wahrheiten als falscher Gerüchte zu thun sein. —

Aus Spanien wird gemeldet: Infolge der Ausdehnung, welche das Rüberunwesen in der Mancha nimmt, ist eine allgemeine Abführung der Berge um Toledo anordnet worden. — Wegen der wachsenden Noth in der Provinz Cadix verlangt der Gouverneur die Ausführung großer Arbeiten, um der Bevölkerung Beschäftigung zu geben.

In Italien nennt man offiziell die Aufständigen „Anarchisten“, in Spanien „Räuber“. Das ändert wenig an der Thatfache, daß die Unzufriedenheit des Volkes in Spanien wie in Italien einen Höhepunkt erreicht hat, der bei der Anlage der Spanier und Italiener notwendigerweise zu Aufständen führen muß. —

Serbische Staatsfinanzen. Nach amtlichen Feststellungen belaufen sich die Steuerrückstände aus dem vorigen Jahre auf 28 Millionen Franks. Der Finanzminister erhielt von der Pariser Ottomanbank einen Vorschuß von 600 000 Franks gegen Sicherstellung. —

Parlamentarisches.

In der Sitzung der Budgetkommission am Freitag wurde die Verhandlung über den Etat der Schutzgebiete fortgesetzt und zu Ende geführt. Abg. Dr. Hamacher tabelt das Verhalten des Vizegouverneurs Leiß, der zum mindesten sehr ungeschickt verfahren sei. Er verlangt ausreichende militärische Hilfe, um die Kolonie zu sichern. Die Prügelstrafe sei ein zivilisatorisches Erziehungsmittel, das man nicht entbehren könne, auch nicht gegen die Frauen. Er fragt an, wie die Verhandlungen mit Frankreich ständen wegen Abgrenzung des Hinterlandes von Kamerun. Geh. Rath Kayser giebt über diese Frage nur bedingt Auskunft. Die beiderseitigen Unterhändler hätten sich das Wort gegeben, bis zur endgültigen Erledigung der

Verhandlungen Stillschweigen zu beobachten. Des weiteren polemisiert er gegen die am Tage zuvor gemachten Ausführungen des Abgeordneten Bebel und dessen Behauptung, daß die Dahomeuleute sich in einem Sklavereiverhältnis befänden. Er verliest zur Rechtfertigung des Reichsamts des Meusers die Befehle, die bezüglich der Dahomeuleute im Jahre 1891 dem Gouverneur zugegangen seien. Von Sklaverei könne nicht mehr gesprochen werden. Abg. Prinz v. Arnberg: Die Vorgänge in Kamerun seien menschenverwerflich, aber auch er sei der Meinung, daß man bei dem Kulturgrad der Schwarzen ohne Prügelstrafe nicht auskomme, nur müsse sie mit Maß angewandt werden. Er fragt an, was denn eigentlich Leiß für ein Mann sei. Geh. Rath Kayser antwortet, Leiß sei früher Professor gewesen und befand sich in einem Alter, daß er in Deutschland Regierungsrath sein würde. Er habe ein Jahr in der Kolonial-Abtheilung des Auswärtigen Amtes gearbeitet und befände sich seit 1891 in Kamerun. Abg. Bebel erklärt, er gebe zu, daß wenn die in dem Bericht des Auswärtigen Amtes ergangenen Befehle befolgt worden wären, der Zustand wohl nicht ausgebrochen wäre. Um so schärfer müßten die Vorgänge verurtheilt werden. Er weist an der Hand des Leiß'schen Berichts nach, daß nicht nur Leiß, sondern auch der Gouverneur zur Verantwortung gezogen werden muß. Die Miswirtschaft erstrecke sich schon auf Jahre. Die Dahomeuleute seien wie Sklaven behandelt worden, darüber bestimme kein Zweifel, und daß sie die ungerechte Behandlung, die man ihnen im Vergleich zu andern Eingeborenen habe zu Theil werden lassen, empfanden und zur Empörung griffen, zeige, daß sie moralisch weit höher ständen, als man sie schätze. Macht- und Schutlos wie sie waren, von den ersten Beamten mißhandelt, sei die Empörung ihr Recht gewesen. Redner wendet sich dann in scharfer Weise gegen die Ausführungen der Abgeordneten Dr. Hammacher und des Prinzen v. Arnberg, die die Prügelstrafe im Interesse der „Zivilisation“ für nöthig hielten. Er frage, was wohl aus den Missionen würde, wenn diese zu solchen „zivilisatorischen Maßnahmen“ griffen. Gestern habe Geh. Rath Kayser die Lohnordnung bei den Dahomeuleuten damit entschuldigt, daß, wenn diese Geld bekämen, sie dieses für Frauen anwenden. Daraus antwortet er, Redner: Das läme aber nicht bloß in Afrika vor, sondern auch bei uns in Deutschland (Weitererlei), nur sei das in Afrika nach Sitte und Religion gerechtfertigt, da dort die Polygamie herrsche. Ihm sei auch lieber, die Dahomeuleute vermeneten ihr Geld bei Frauen als für Branntwein, der weit korumpirender wirke. Die zivilisatorischen Erfolge der Europäer in Afrika befänden darin, daß heute kein Reisender mehr es wagen dürfe, geküßt auf sich selbst Afrika zu durchqueren, wie dies seiner Zeit Livingstone und anderen möglich gewesen sei. Die europäischen Zivilisatoren hätten ganz Afrika in Aufruhr gebracht. Die Vorgänge in Kamerun haben nicht allein Deutschlands Ansehen in den Kolonien und in der ganzen Kulturwelt schwer geschädigt, sondern erfordern auch gewaltige Opfer an Menschen und Geld. Seinen Widerspruch gegen die Verwendung von Marinetruppen in den Kolonien erhalte er aufrecht. Graf Arnim meint, auch er glaube wie der Vorredner, daß die Verantwortung für die Dinge in Kamerun nicht bloß dem Vizegouverneur Leiß, sondern auch dem Gouverneur träfe. Daß aber die Dinge in Kamerun so weit gekommen, daran seien die Oppositionsparteien schuld, die verhindert, daß genügend Mittel gesammelt wurden. (Große Heiterkeit.) Staatssekretär v. Marschall sagt zu, daß die Untersuchung sich auch gegen den Gouverneur erstrecken werde, deshalb sei ein besonderer Beamter nach Kamerun gesandt worden. Abg. Richter antwortet dem Grafen Arnim, die Regierung habe auch gegen den Willen der Oppositionsparteien an Geld bekommen, was sie gefordert, die Opposition lehne jede Verantwortung ab. Abg. Singer bleibt den Kolonialfreunden den Rath, die Opfer, die für Kolonialzwecke gefordert würden, aus eigener Tasche zu geben, sie hätten den Vortheil davon. Abg. Graf Arnim behauptet, daß die Kolonialfreunde materieller Vortheile willen die Kolonialpolitik unterstützen. Abg. Prinz v. Arnberg bemerkt, daß er sich dagegen erklärte, daß die Prügelstrafe auch bei den Frauen angewandt werde. Die Debatte wird geschlossen und der Etat von der Mehrheit der Kommission genehmigt. Das gleiche geschieht mit dem Etat für Logo. Bei dem Etat für Südafrika, der einen Zuschuß von 1 Million aus Reichsmitteln erfordert (783 000 M. mehr wie im Vorjahre) fragt der Referent Prinz v. Arnberg an, wie im Augenblick die Verhältnisse dort lägen, allem Anscheine nach seien auch dort große Fehler vorgekommen. Der Sendung eines Posenischen Majors nach dort zur Untersuchung der begangenen Fehler könne er kaum großen Werth beilegen, der betreffende Herr werde in Posen kaum Gelegenheit gehabt haben, koloniale Erfahrungen zu machen. Geheim Rath Kayser verbreitet sich des längeren über die Zustände in der südafrikanischen Kolonie, deren Aussichten für die Zukunft er im rosigsten Lichte darstellt. Gelänge es nur erst Hendrick Witbooi zu befechtigen oder desselben habhaft zu werden, dann sei die Entwicklung der Kolonie gesichert, die ein großes Feld für landwirtschaftliche Anpflanzungen biete. Zunächst sei zur Bekämpfung der Witbooi die Vermehrung der Schutztruppe nöthig. Major Zeutwein werde wohl in der Lage sein festzustellen, ob und welche Fehler Major François gemacht. Abg. Dr. Hamacher erhebt auch die Zukunft der Kolonie sehr günstig an, nur mit den erhofften montanen Anlagen sei es nichts, da die Ausbeute an Erz und Metallen eine zu geringe sei. Er ergeht sich weiter in Angriffen auf den Major François, der die Schuld trage, daß die Ansiedlung in Rubub zerstört worden sei. Er befürwortet die Verwendung von Kavallerie gegen Witbooi. Staatssekretär v. Marschall: Die Zustände seien bedauerlich, aber von Berlin aus können wir nicht dirigieren und kontrollieren. Major François sei seit 8 Jahren in der Kolonie, zu ihm habe man Vertrauen haben können. Man möge nicht aburtheilen, ehe die Untersuchung abgeschlossen sei. Abg. v. Bodensee mahnt zur Geduld. Witbooi sei nicht als ein Räuberhauptmann und mit dem werde man wohl fertig werden. Abg. Graf v. Arnim spricht sich über die Vorgänge in der Kolonie sehr elegisch aus. François sei offenbar seiner Aufgabe nicht gewachsen, sonst habe er einen Räuber wie Witbooi längst unschädlich machen müssen. Abg. Bebel: Der Staatssekretär habe Recht, daß man von Berlin aus nicht dirigieren und kontrollieren könne, man muß sich also auf die leitenden Personen in den Kolonien verlassen, diese hätten aber ohne Ausnahme ihre vollendete Unfähigkeit bewiesen. Der Fehler liege hauptsächlich darin, daß man mit der gerühmten „Schneidigkeit“ glaube auszukommen, daß man Militärs an die Spitze stelle, die nach ihrer ganzen Erziehung und Lebensanschauung absolut unfähig seien, sich in die Zustände in den Kolonien zurecht zu finden. Man nenne Witbooi einen Räuberhauptmann, nach seiner Ansicht thue er nichts, was nicht die Vorfahren unserer Väter auch gethan. Er habe vor Witbooi Respekt, er säubere nach Kräften den heimathlichen Boden von den fremden Eindringlingen, dafür sei es in den Augen der Eingeborenen ein Hero und in Deutschland würde man ihm im umgekehrten Falle ein Denkmal setzen. Redner konstatirt weiter, daß also auch ein Kolonialfreund wie Dr. Hammacher zugebe, daß es mit der Ausbeute montaner Unternehmungen in Südafrika nicht sei. Für eine landwirtschaftliche Kolonie sei aber kein Bedürfnis. Redner erörtert die topographischen Verhältnisse des Landes, die eine Westsiedlung sehr schwer machten. Die Kolonie werde daher fortgesetzt ganz unverhältnismäßige Opfer erfordern, ohne Aussicht auf entsprechenden Erfolg. Träte aber der letztere wider Erwarten ein, so würde die Schatz- und Viehzucht die Haupterwerbs-Quelle sein und nun verlangten schon jetzt unsere Agrarier die Einführung eines hohen Wollzolls und Erhöhung der Agrarabgabe. Was habe denn da die Kolonie für einen Sinn. Abg. Enneccerus spricht sich im Sinne des Grafen Arnim aus. Abg. Richter

verließ einen Privatbrief, in dem hart über die Zustände in der Kolonie und das Verhalten des Major v. François geurtheilt wird. Er mache dieses Urtheil nicht zu dem seinen, aber es sei charakteristisch. Die Waffeneinfuhr sei bei der Ausdehnung des Landes gar nicht zu verhindern. Er stimme über den Werth der Kolonie ganz mit dem Abg. Bebel überein, man solle die Kolonie gegen ein Billiges an England abtreten, das sei das Klügste. Prinz v. Arnberg will nicht so weit in der Verurtheilung des Major v. François gehen wie manche Redner, aber ein gewisser Ladel sei berechtigt. Staatssekretär v. Marschall sagte gegenüber einer Kritik des Abg. v. Staudy noch einmal eine gründliche Untersuchung zu. Der Etat wird mit Mehrheit bewilligt. Nächste Sitzung Dienstag: Militäretat.

Parteinachrichten.

Die Hamburger Parteigenossen nehmen heute (Sonntag) eine Arbeitslosen-Statistik auf, um Zahlenmaterial über die gegenwärtig herrschende Arbeitslosigkeit herbeizuschaffen. Es ist dafür Sorge getragen, daß das gewonnene Material sofort von berufenen Statistikern bearbeitet und das Resultat dem Publikum unterbreitet wird. Offenheit und Rückhaltlosigkeit bei allen Angaben — so schließt das „Hamburger Echo“ seinen Appell an die Bevölkerung — und es wird eine vernichtende Anklageschrift gegen den Kapitalismus entstehen.

Bei den Gewerbegerichtswahlen in Saalfeld siegte in der Klasse der Arbeitnehmer die sozialdemokratische Liste mit 446 Stimmen; in der der Arbeitgeber unterlag die arbeiterfreundliche Liste mit 24 gegen 90 Stimmen.

Zur Oeffentlichkeit der Wahlhandlung. Bei der Stichwahl im Saalkreise hatte der Genosse Paul Methe aus Halle a. S. als Vertreter der sozialdemokratischen Partei in dem Orte Priester am Petersberge der Wahlhandlung im Wahllokale beigewohnt und dasselbe auch nicht auf die wiederholte Aufforderung des Gemeindevorstandes und Wahlvorstandes Hädick hin verlassen, weshalb er wegen Hausfriedensbruchs angeklagt wurde. Das Schöffengericht Eßleben kam in der That auch zu einer Verurtheilung wegen dieses Vergehens und erkannte auf 16 Mark Geldstrafe. In der Berufungsinstanz vor der Strafkammer beantragte der Staatsanwalt Verwerfung der Berufung; die Bestimmung des Reichstagswahl-Gesetzes: „die Wahlhandlung ist öffentlich“ sei nicht so zu verstehen, daß Jemand aus „Pösemudel“ die Wahl in Einbau am Bodensee kontrollieren könne. Der Verteidiger und mit ihm der Gerichtshof erachteten aber die Bestimmung des Gesetzes betrefend der Oeffentlichkeit der Wahlhandlung für zweifellos, worauf auf Freisprechung erkannt wurde. Dem Wahlvorsteher hatte als geforderte Legitimation Methe's u. a. ein Ausweis des Oberbürgermeisters von Halle, daß Methe in Halle im 3. Bezirke Wähler sei, nicht genügt, da dieser Ausweis kein Signalement Methe's enthalte. Mit Recht betonte der Verteidiger, daß dem Wahlvorsteher auch ein genaues Signalement nicht hinreichend erschienen wäre, und so würde der Begriff der Oeffentlichkeit völlig illusorisch gemacht werden. Der Gerichtshof trat dem bei.

Aus New-York wird uns unterm 30. Januar geschrieben: Heute finden hier Stichwahlen in zwei Landeskongress-Distrikten statt. Allem Anschein nach wird die Gesamtbeteiligung eine noch schlechtere sein, wie bei den ersten Wahlen, und nur wir, die Sozialisten, werden einen Zuwachs zu verzeichnen haben, trotz der auch diesmal — obwohl noch die von den im Staate streng gegenwärtigen Republikanern veranlaßten Prozesse gegen demokratische Wahlführer schweben — zu erwartenden Misserfolge. Was diese uns gegenüber so leicht möglich macht, ist der Umstand, daß so wenig Leute zur Verfügung stehen, welche genügend der englischen Sprache mächtig sind, um als „Watchers“ in den Wahllokalen fungieren zu können. In dieser Hinsicht ruht alles auf den Schultern der verhältnismäßig schwachen Distrikt-Organisationen der sozialistischen Arbeiterpartei. Es haben zwar eine Anzahl fortschrittlicher gewerkschaftlicher Organisationen ihren Sitz in den beiden Distrikten, die zum Theil noch kürzlich ihren Statuten den Passus der unabhängigen politischen Aktion auf sozialistischer Basis eingefügt; aber von den Mitgliedern dieser Organisationen sind es fast nur die wenigen, die zugleich Parteimitglieder sind, welche an den Wahlarbeiten theilnehmen. Die englisch-amerikanische Section, welche heute wohl mehr anglo-irisch-amerikanische Mitglieder hat, wie je zuvor, verfügt nur über eine kleine Anzahl Leute, die sich öffentlich zu betheiligen wagen, so daß nicht viel auf dieses Element zu rechnen ist. Das wird erst der Fall sein, wenn die ganze sozialistische Bewegung dieses Landes, die heute noch zu neun Zehnteln von den Deutschen getragen wird, eine anglo-amerikanische geworden ist.

Wer Gelegenheit hatte, vor vielleicht zehn Jahren hier eine Wahlperiode mitzumachen, wird heute einen wesentlichen anderen Eindruck erhalten; damals fanden es die Arbeitermassen ganz in der Ordnung, die Affen für die herrschenden Parteien zu spielen und sich an deren Paraden zu betheiligen. Heute schämen sie sich zum großen Theil dessen, und die gegen früher sehr geringe Zahl derer, die noch an den Umzügen theilnehmen, thun es meistens ersichtlich in gezwungener Weise; statt die Köpfe wie sonst hochzuhalten, lassen sie dieselben hängen. Freilich, ihre Stimmgabel geben sie immer noch für eine der Parteien ab, oder aber betheiligen sich gar nicht, wenn die auf „ihre“ Partei gesetzten Hoffnungen sich nicht erfüllen. Haben doch der demokratischen Partei des Staates New-York (während die republikanische einen der Bevölkerungszunahme angemessenen Stimmenzuwachs erhielt) 68 000 weniger Stimmgeber Erfolg schaffte, als bei den Staatswahlen 1891.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Hans Blum kann sich bei dem Urtheil des Hamburger Gerichts gegen den Genossen Stengels, Redakteur des „Hamburger Echo“, nicht beruhigen und hat deshalb Berufung eingelegt. Die Sache wird demnach nochmals vor der Strafkammer zur Verhandlung kommen.

Depeschen.

(Depeschen des Bureau Herald.)

Mährisch-Odrau, 9. Februar. In Polnisch-Odrau ist der Streik der Bergarbeiter immer noch in Aufnahme begriffen. Die Streikenden versuchten bereits, Erzgrube einzuleiten und die Arbeiter anderer Schächte mit Gewalt zur Einstellung ihrer Arbeit zu zwingen. Die Polizei hat zu wiederholten Malen eingreifen müssen.

(Wolf's Telegraphen-Bureau.)

Paris, 10. Februar. Der Redakteur des „Sozialiste“, Breton, ist zu zwei Jahren Gefängnis und 1000 Franks Geldstrafe verurtheilt worden, wegen Bedrohung des Präsidenten Carnot, falls dieser Baillaut nicht begnadigen würde.

Paris, 10. Februar. Deputirtenkammer. Auf die Interpellation Faberel's über die Schließung der Arbeitsbörsen erwiderte der Minister des Innern, Raynal, es sei unmöglich, die Börsen wieder zu eröffnen, weil die Arbeiterjuridikate das Gesetz vom Jahre 1884 nicht beobachteten; gleichzeitig erinnerte der Minister an die Unthätigkeit an der Arbeitsbörse. Schließlich wurde die von der Regierung angenommene einfache Tagesordnung mit 372 gegen 166 Stimmen genehmigt.

Für den Inhalt der Inserate über-
nimmt die Redaktion dem Publikum
gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Sonntag, den 11. Februar.
Freie Volksbühne. V. Abteilung.
Leistung - Theater. Nach-
mittags 2 1/2 Uhr. Das Rollenspiel
von Björnsterne Björnson.
National-Theater. I. Ab-
teilung. Nachmittags 2 1/2 Uhr.
Kabale und Liebe von Schiller.
Opernhaus. Die Meisterfänger von
Nürnberg.
Montag: Bajazzi (Pagliacci), Pro-
metheus.
Schauspielhaus. Die gelehrten
Frauen. Der eingebildete Kranke.
Montag: Die Minnefänger. Ver-
botene Früchte.
Leistung - Theater. Madame Sans-
Gene.
Montag: Ohne Geld.
Deutsches Theater. Der Herr
Senator.
Montag: Dieselbe Vorstellung.
Serliner Theater. Ein Tropfen
Gift.
Montag: Aus eigenem Recht.
Wallner-Theater. Geschlossen.
Friedrich-Wilhelmstadt - Theater.
Der Lieutenant zur See.
Montag: Dieselbe Vorstellung.
Residenz-Theater. Der Musikergatte.
Montag: Dieselbe Vorstellung.
Neues Theater. Gisela.
Montag: Dieselbe Vorstellung.
Central-Theater. Herr Coullisset.
— Berlin 1893.
Montag: Dieselbe Vorstellung.
Adolph Ernst-Theater. Charley's
Tante. Vorher: Die Bajazzi.
Montag: Dieselbe Vorstellung.
Viktoria-Theater. Die Kinder des
Kapitän Grant.
Montag: Dieselbe Vorstellung.
Alexanderplatz - Theater. Die
Waise aus Romod.
Montag: Dieselbe Vorstellung.
National-Theater. Bajazzi. — Der
Teufel in Berlin. — Charley's
Tante.
Montag: Dieselbe Vorstellung.
American - Theater. Lumpen - Su-
sanne, oder: Die Obdachlosen von
Berlin.
Montag: Dieselbe Vorstellung.
Theater Unter den Linden. Der
Obersteiger.
Montag: Dieselbe Vorstellung.
Wintergarten. Spezialitäten - Vor-
stellung.
Reichshallen-Theater. Spezialitäten-
Vorstellung.
Apollo - Theater. Spezialitäten-
Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-
Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater.
Charley's Tante.
Schwank in 3 Akten v. Brandon Thomas.
Vorher:
Die Bajazzi.
Parodistische Posse mit Gesang in 1 Akt
von Ed. Jacobson u. Benno Jacobson.
Musik von Franz Roth.
In Szene gesetzt von Adolph Ernst.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Central-Theater.
Alte Jakobstraße 30.
Zum 14. Male:
Herr Coullisset.
Schwank in 3 Akten v. Blum u. Lohé.
Hierauf zum **Berlin 1893.**
Revue in 2 Akten von L. Leipziger.
Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Kaufmann's Variété
Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.
Täglich:
Spezialitäten - Vorstellung
und Konzert.
Ein Stiergefecht in Cadix.
Große Ausstattungs-Parodie.
Pantomime, ausgeführt von den
spanischen Clowns **Hernandos.**
Den! Fr. **Elsa Zeller,** Kostüm-
Soubrette. **The Willon's,** Doppel-
Jongleure. **Geschw. Gläser,** Ge-
sang- u. Instrument. - Duettistinnen.
Anfang: | Sonntags 8 Uhr.
| Wochentags 8 Uhr.
Entree Wochentags 30 Pf.

**Passage-
Panopticum.**
Im Theater - Saal,
ohne Extra-Entree:
Nord und Süd,
Viederpiel
von **H. Lindere.**
Aufftreten sämtl.
Spezialitäten.

Alcazar.
Dresdenerstr. 52/53 (City-Passage.)
Echt Berliner Blut.
Posse von Fritz Baldu.
Die Baby's.
Orig.-Szene von Max Larsen.
Riesen-Programm.
Sonntags Anfang 5 1/2 Uhr.
R. Winkler.

Nur noch kurze Zeit!
Präuser's anat. Museum.
Men: Kehlkopf-tuberkulose, Kehlkopf-
polyp, Brustfellentzündung,
Lungenentzündung, Lunge mit Tubercu-
lose, Herz mit Klappenfehler, Magen
mit Entzündung, mit Geschwüren,
Leber- und Milzkrankheiten.
Schauspiel durch fünf Körper,
Gladiatorenkampf,
täglich für erwachsene Herren, Dienstag
und Freitag für **Damen.**

**Castan's
Panoptikum.**
Ecke Friedrich- und Behren-Strasse.
Nur noch kurze Zeit!
Märchen - Cyclus.

**Gratweil'sche
Bierhallen**
Kommandantenstr. 77-79.
Kelt. u. größt. Stablißten. Berl.
Täglich abwechselnd. Programm
bei freiem Entree
der ersten Wiener Damenkapelle
„Mikloska“
und Auftreten von
Künstlern u. Spezialitäten
I. Ranges.
Mr. Kauning, Concertmaler.
Derselbe wird innerhalb 15 Minuten
ein Delgemälde malen, welches nach
Schluß der Vorstellung gratis ver-
loost wird.
Sonntags Anf. 5 Uhr. Entree 30 Pf.
3 Regelmäßig. 6 Billards, pro
Stunde 60 Pf.
C. Koch, jr. Gambirius.
Säle für Versammlungen
und Festlichkeiten
sind noch an verschiedenen Tagen
zu haben.

Unserem Freunde und Genossen **Ad-
Friedrich** zum heutigen Weigenfeste
ein dreifach donnernd Hoch!
Seine Freunde von der **Börliger-
56142** und **Zorauer-Gde.**
Unsern Kollegen und Genossen **Wilh-
Hoffmann** zu seinem heutigen Weigen-
feste ein donnerndes Hoch! 1672b
Der Arbeitsnachweis
der Seifensieder und Berufsgenossen.
Halt' die Fahne fest!
Nehm' wir noch 'ne Stechweibe?

Unsern Kollegen u. Genossen **Toni
Franke** die herzlichsten Glückwünsche
zum Geburtstag. 1679b
Adolf, nicht zu lange in die Badewanne.
Die meisten Kollegen
aus der Melchior-Strasse.
Allen Freunden und Bekannten zur
Nachricht, daß meine Frau **Clara
v. Szozypinski,** geb. Wittner, nach
kurzem, aber schwerem Krankenlager
am 9. Februar entschlafen ist.
Die Beerdigung findet am 12. Febr.,
Nachm. 3 Uhr, von Mantuffelstr. 63
nach dem Emmauskirchhof statt.
1711b] **Otto v. Szozypinski.**

Todes - Anzeige.
Am Freitag, den 9. Februar, verstarb
unser Kollege u. Mitglied, Hausdiener
Michael Kortalla.
Die Beerdigung findet am Montag,
den 12. Februar, Nachmittags 3 Uhr,
von der Leichenhalle des Krankenhauses
Friedrichshain aus nach Weigensee statt.
Um zahlreichen Erscheinen bittet
Der Vorstand des Verbandes
d. Geschäftsdieners, Packer u. Berufsg.

Dankagung. 1700b
Allen Freunden, Verwandten und
Bekanntem sage ich hierdurch meinen
besten Dank für die Betheiligung an
der Beerdigung meiner lieben Frau.
Carl Wollweber, Antonstr. 17.

Concordia-Festsäle
C. Saeger,
64. Andreasstraße 64.
**Heute, Sonntag: Grosses
Arnold-Concert.**
Nachdem:
Grosser Ball.
2 Orchester.
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.
Avis!
Am Donnerstag, 15. Februar,
fällt Umfände halber die Soiree
der **Norddeutsch. Sängers**
aus. Nächste Soiree am Don-
nerstag, 22. Februar.
Dienstag, den 13. Februar:
Gross-Extra-Konzert
zum **Benefiz** für Herrn Musik-
Direktor **Arnold,** ausgeführt
von der Kapelle des 3. Garde-
Regiments.
Nachdem: **Grosser Ball.**
65/18 **C. Saeger.**

**Aktien-
Brauerei
Friedrichs-
hain**
am Königschor.
Heute, Sonntag:
**Grosses
Konzert**
der Kapelle des
Königin Auguste-
Garde-Grenadier-Regiments Nr. 4
(Coblenz).
Anfang 4 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Kinder frei. Programm unentgeltlich.

Circus Renz.
(Karlstraße.)
Sonntag, den 11. Februar cr.,
2 Vorstellungen.
Nachm. 4 Uhr (1 Kind unter zehn
Jahren frei): Auftreten der Künstler-
spezialitäten ersten Ranges. Auftreten
sämtl. Klowns. Zum Schluß: Wie-
derholung des Gala-Festauszuges vom
27. Januar mit Pracht-Feuerwerk.
Abends 7 1/2 Uhr:
Ein Künstlerfest.
Ueberraschende Licht- und Wassereffekte.
Grosses Pracht-Feuerwerk.
Auerdem: Das Feuerpferd Elimar,
vorgeführt von Fr. Oceana Renz.
Das Schulpferd Prinz, geritten v. Hrn.
R. Renz. Die Trapezkünstlerinnen
Geschw. Hoffmann. Die weltberühmten
Akrobaten Gebr. Prediani etc.
Montag **10 Uhr** zum 150. Male: Ein
Künstlerfest. — Musikung der
Neuerwerbungen für den Marstall.
Preis wie gewöhnlich.
Fr. Renz, Direktor.

Schmiedel's Festsäle,
Alte Jakobstrasse 32,
empfehle meine hocheleganten Säle
zur Abhaltung jeder Art Festlichkeiten.
Wwe. E. Schmiedel.

Zum 18. März
erscheint das „Volksblatt“, Organ für die arbeitende Bevölkerung, auf
rothem Papier
gedruckt in einer der Bedeutung des Gedenktages entsprechenden Extra-
Nummer. Bestellungen werden baldigst erbeten an die
Expedition des „Volksblatt“,
Berlin SW., Beuthstraße 2.

Achtung! Achtung!
Protest-Versammlung
am Dienstag, 13. Februar, in der Brauerei Friedrichshain
am Königschor.
Tages-Ordnung:
1. Protest gegen den Beschluß der Volksversammlung vom 4. Februar
betreffs des Boycotts u. s. w. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Die Lokalkommission.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den 5. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Versammlung
am **Mittwoch,** 14. Februar, Ab. 8 1/2 Uhr, bei **Müller,** Johanniststr. 20.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Alles:** Die Stellung der
sozialdemokratischen Partei zu den Handelsverträgen. 2. Diskussion. 3. Ver-
schiedenes. 379/3
Neue Mitglieder werden aufgenommen. Gäste haben Zutritt.
Um recht zahlreichen Besuch bittet
Der Vorstand.
Die **Zahlstellen** des Vereins befinden sich bei **Fritz Krüger,** Dittenstr. 10;
Wittchow, Kl. Hamburgerstr. 27; **F. Weber,** Landsbergerstr. 41; **Richter,**
Neue Königstr. 90; **Achilles,** Greifswalderstr. 210.
Das **Stiftungsfest** findet am 24. Februar im **Schwärzergarten**
statt. **Billetts** sind bei den Zahlstellen und in den mit Plakaten belegten
Lokalen zu haben. 379/5

Freie Volksbühne.
Am **Sonntag, den 11. Februar,** findet für die I. Abteilung eine
Vorstellung im **National-Theater** statt. Zur Aufführung gelangt:
Kabale und Liebe.
Trauerspiel in 5 Akten von **Friedrich Schiller.**
Es wirken mit die Damen: Frau **Burska,** Frau **Schrader,** Fräulein
Thierry; die Herren **Fr. Basil,** **Fritz Herz,** **Max Löwenfeld,** **Direktor Samst**
und **Rhodo-Ebeling.**
Der Vorstand der Freien Volksbühne.
J. A.: **Julius Türk.** SW., Solmsstr. 24. 397/11

Sozialdemokratischer Agitationsklub für den Osten Berlins.
Sonntag, den 11. Februar, Abends 8 1/2 Uhr,
im Lokale „**Zum Freischütz**“, **Fruchtstraße Nr. 30a** (oberer Saal):
Große öffentliche
Berjammlung für Männer u. Frauen.
1. Vortrag des Genossen **Dr. Joël** über: **Die Frau im Spiegel**
der **Geschichte und Wissenschaft.** 2. Diskussion. 1658b
Nach der Berjammlung: **Gemüthliches Beisammensein und Tanz.**
Entree 10 Pf. **Der Einberufer.**

Großer Wiener Maskenball
am **Sonnabend, 17. Februar,** in **Kurth's Konzerthaus,**
Gassenhaid 52/53. 302/2
Musik von der Freien Vereinigung der Berufsmusiker.
Anfang 8 1/2 Uhr. **Demaskierung 12 Uhr.**
Veranstaltet von Mitgliedern der
Zentral-Franken- u. Sterbekasse d. Tischler
zur Unterstützung kranker und ausgesteuerter Mitglieder.
Billetts à 50 Pf. sind in allen Zahlstellen der Verwaltungsstellen B
und C obiger Kasse, in den mit Plakaten belegten Handlungen und bei
folgenden Komiteemitgliedern zu haben: **W. Kolbin,** Mariendorferstr. 4 v. 1 Tr.;
A. Maurer, Willibald-Meriststr. 13, Querg. 4 Tr. bei **Müller;** **M. Krüger** und
R. Meier, Arndtstr. 41, Og. 3 Tr.; **C. Fechner,** Arndtstr. 24, Og. 3 Tr.;
Rudolph, Blumenhalstr. 13, Hof part., **F. Carow,** Kottbistr. 14, v. 4 Tr.

Reichert's Festsäle, Müllerstraße 7.
Sonnabend, den 17. Februar 1894:
Gr. Wiener Maskenball
arrangirt vom
Gesangverein Nordwacht (Mitglied des
Arbeiter-Sängerbundes).
Am 12 Uhr: **Fest-Polonaise** mit humoristischem Aufzug.
Entree 50 Pf. — Ende?? **Das Komitee.**

Andreasstr. 27. Joël's Festsäle. Andreasstr. 27.
Sonntag, den 25. Februar 1894:
Grosser Wiener Masken-Ball.
Arrangirt vom
Verein deutscher Schuhmacher.
Demaskierung 11 Uhr. **Kasseneinlage 12 Uhr.**
Während der Kaffeepause:
Grosse Ueberraschungen.
Entree 50 Pf. **Anfang 7 Uhr.**
Billetts sind bei allen bekannten Kollegen und in allen mit Plakaten
belegten Lokalen zu haben. **Das Komitee.**
464/9

Künstl. Zähne, vorzügl. u. Garantie, schmerzlos, Zahnschmerz beseitigt, schmerz-
loses Zahnziehen. **Theilzahlung.** **Goldstein,** Oranienstr. 123
B. Günzel, Lothringerstrasse 53, vis-à-vis der Pferdebahn-Wartehalle
Spezialität: **Porträts** der sozialistischen Führer Lassalle
und Marx in Cigarrenspitzen, Pfeifen, Brochen, Nadeln, Knöpfen, Stöcken,
Blüsten, Bildern u.dgl. en gros, en détail. (Man verlange den Preislistant.) 4
Emil Tiersch, Uhrmacher, Brunnenstr. 18, (neben
Greifenbagen)
Grosses Lager aller Arten **Uhren, Goldwaaren** und **Ketten**
zu soliden Preisen. **Reparaturen** unter Garantie! 5450L*

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

46. Sitzung vom 10. Februar 1894, 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: v. Stephan.
Die Beratung des Spezialgesetzes der Post- und Telegraphen-Verwaltung wird fortgesetzt und zwar bei den Ausgaben des Reichspostamts, Titel 2: Unterstaatssekretär 20 000 M., zwei Direktoren je 15 000 M.

Die Budgetkommission beantragt wie bisher nur die Gehälter für drei Direktoren à 15 000 M. zu bewilligen.

Abg. Müller-Sagan (fr. Vp.) knüpft an diesen Titel eine Beschwerde über das Verhalten der Verwaltung gegenüber dem Postassistenten-Verbande. Das zeigt die Unzufriedenheit so groß ist, ist nicht eine Folge des Verbandes, sondern umgekehrt, aus der Unzufriedenheit ist der Verband entstanden, weil die kurz nach 1871 eingetretenen jungen Leute jetzt die Folgen des Personalreglements erkennen. Der eigentliche Zweck des Verbandes rechtfertigt wirklich nicht die Verfolgung desselben durch die Verwaltung, die kein Mittel unversucht gelassen hat, um den Verband zu sprengen. (Präsident v. Bovehow macht den Redner darauf aufmerksam, daß diese Frage doch wohl eher zum Titel 22: Postassistenten gehört.) Redner bricht seine Rede ab, um sie bei dem bezeichneten Titel fortzusetzen.

Abg. v. Kardorff (N. V.): Deutschland kann sich gratulieren, daß es einen solchen Generalpostmeister hat wie Herrn v. Stephan. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten) einen der genialsten Männer dieses Jahrhunderts, einen Organisator allerersten Ranges. Dem gegenüber bedeuten alle solche Angriffe wie die des Abg. Schönlanke gar nichts. (Zustimmung rechts. Zurul links: Unterstaatssekretär.) Auf die Einzelheiten der Rede werde ich später zurückkommen.

Abg. Gröber (Z.) meint, daß es sich hier bloß um eine Gehaltserhöhung für einen Beamten handle, denn es werde keine neue Organisation und keine Vermehrung der Arbeitskräfte geschaffen. Redner beantragt, nicht nur die Stelle des Unterstaatssekretärs zu streichen, sondern auch die Umwandlung der Stelle eines ständigen Hilfsarbeiters in die eines vortragenden Rathes, wofür 3000 M. mehr gefordert werden.

Staatssekretär von Stephan: Ich danke zunächst dem Abg. von Kardorff für seine Anerkennung, die ja nicht meiner Person, sondern der ganzen Verwaltung galt. Wenn freilich hier solche Reden gehalten werden wie gestern, dann muß das Ansehen der Verwaltung im Inlande und Auslande zerfallen. Man sagt, der Generalpostmeister taugt nichts, er ist veraltet. In Amerika oder hat man erlebt, daß die nach Chicago gekommenen Deutschen sich über die schlechten Post- und Telegraphenverhältnisse beklagt haben, weil sie es in Deutschland zu gut haben. Es handelt sich nicht bloß um eine Gehaltserhöhung, sondern auch um eine anderweitige Organisation: denn über den drei Direktoren steht nur der Staatssekretär als Vertreter der Behörde, der keine Stellvertretung hat; ich habe Jahre lang keinen Erholungsurlaub gehabt, bis es in den letzten Jahren notwendig geworden ist. Einen vierten Direktor wollte man in der Kommission bewilligen, trotzdem er 15 000 M., nicht 5000 M. Mehrausgaben verursacht hätte. Aber das würde nur schaden; es würde die Geschäfte nur noch mehr zersplittern, statt sie einheitlicher zu gestalten. Ich nahm die Post allein auf meine Schultern und bezieht sie auch, als noch die Reichsdruckerei hinzukam. Dann kam die Entwicklung des Fernsprechwesens, die Kolonien und die Postdampfer-Verbindungen. Was noch weiter kommen wird, ist nicht abzusehen; alle Tage werden neue Erfindungen gemacht. Wir haben die Postanweisungen und Postaufträge eingeführt, was einen Umsatz von 6000 Millionen Mark bedeutet; erst heute habe ich einen Vertrag mit Neu-Süd-Wales unterzeichnet, der den Postanweisungsvorkehr nach dort hin und von dort her einführt. Die Zahl der Post- u. Anstalten, der Beamten u. hat sich erheblich vermehrt; die Zentralverwaltung ist mit der Zahl der Beamten und ihrer Journalnummern manchen preussischen Ministerium überlegen, welches einen Unterstaatssekretär hat. Unter der Zentralverwaltung stehen direkt große Verwaltungen: für den Bau der Telegraphen, für Postbauten, für das Postanweisungswesen, das Postzeitungsamt u.

Abg. v. Leipziger (N.): Wir erkennen die Leistungen des Generalpostmeisters an und erheben daher Widerspruch gegen die Angriffe des Abg. Schönlanke, aber wir können der Vorlage nicht zustimmen, weil wir neue Stellen für höhere Beamte nicht bewilligen wollen, bis die Gehaltsverhältnisse den preussischen angepasst sind, wo die Unterstaatssekretäre nur 15 000 M. Gehalt beziehen.

Abg. v. Kardorff (N.): Es handelt sich nicht um eine Personalvermehrung, die man wohl bewilligen könnte, sondern nur um eine Gehaltserhöhung, die wir aus Sparmaßregeln nicht bewilligen können.

Nachdem Abg. Gröber (Z.) nochmals angeführt, daß es sich nicht um eine Vermehrung der Arbeitskräfte handle, verwahrt sich Abg. Müller-Sagan (fr. Vp.) dagegen, daß Reden wie seine das Ansehen Deutschlands im Auslande schädigen.

Staatssekretär v. Stephan erklärt, daß er nur vom Ansehen der Postverwaltung, nicht vom Ansehen Deutschlands gesprochen habe.

Vizepräsident Bürcklin erklärt, daß er den Ausdruck Blendwerk nicht gerügt habe, weil derselbe durch den Zusatz von den verbliebenen Zahlen einen anderen Sinn erhielt.

Staatssekretär v. Stephan: Damit kann ich einverstanden sein.

Die Umwandlung der Stelle eines Direktors in die eines Unterstaatssekretärs wird entsprechend dem Antrage der Budgetkommission einstimmig abgelehnt; darüber hinaus beschließt das Haus auch noch gegen die Stimmen der Konservativen und Nationalliberalen entsprechend dem Antrag Gröber die Umwandlung der Stelle eines Hilfsarbeiters in eine Rathesstelle abzulehnen.

Bei den Ausgaben für die mittleren Beamten (expedirende Sekretäre, Registratoren u.) beantragt die Kommission folgende Resolution: „Den Reichstanzler zu ersuchen, bei der Auffstellung des nächsthöheren Etats für die Berechnung der Gehälter der mittleren Beamten der Post- und Telegraphenverwaltung das System der Dienstalters-Zulagen durchzuführen und auch für die unteren Beamten die alsbaldige Durchführung in Aussicht zu nehmen, dabei indes dafür Sorge zu tragen, daß für dieselben eine Schädigung gegen die bisherigen Bezüge nicht eintritt.“

Abg. Singer (Soz.): Auf den Vorwurf hin, daß auch ich den Vorwurf höre, das Ansehen der Postverwaltung zu schädigen, muß ich doch den schärfsten Widerspruch gegen die Behandlung erheben, welche die Frage der Dienstalterszulagen für die Unterbeamten bei der Postverwaltung findet. Er herrscht zwischen meinen Freunden und mir Uebereinstimmung mit der Postverwaltung hinsichtlich des Wunsches, daß die Unterbeamten durch die Einführung des Systems nicht geschädigt werden. Aber weiter geht die Uebereinstimmung keinen Schritt. Die Postverwaltung behauptet, daß die Einführung der Dienstalterszulagen für die unteren Beamten eine Schädigung derselben zur Folge haben muß, wir meinen, daß diese Schädigung in dem behaupteten Umfange nicht ein-

treten wird und zweitens, daß, wenn eine Schädigung eintritt, ein Ausgleich herbeigeführt werden muß. Der Reichstag wird die hierzu nötigen Mittel ohne Weiteres bewilligen. In der Budgetkommission hat man bereits eine Rechnung aufgestellt, wonach es möglich ist, die Dienstalterszulagen einzutreten zu lassen auch für die unteren Beamten, wenn man die Gehälter der ersten 3 Jahre zusammenlegt. Es giebt aber noch einen anderen Weg, indem man die Titel 25, 26, 27, das sind die Beamtenkategorien, um die es sich hier handelt, vereinigt und gleichzeitig mit der Einführung des Systems das lächerlich geringe Anfangsgehalt von 650 bis 700 Mark aus der Welt schafft. Nach Auffassung der Verwaltung haben die Unterbeamten selbst die Meinung, daß der von der Verwaltung ins Auge gefasste Weg ihre Interessen fördere, während das Verlangen der Dienstalterszulagen sie schädige. Ich weiß nicht, woher die Postverwaltung das weiß. Vielleicht durch die Postamts-Vorsteher, die auf Befehl ihrer Vorgesetzten die Meinung der Unterbeamten eingeholt haben. Aber wenn auch nicht in diesem Falle, ist es im allgemeinen für die Unterbeamten schwierig, eine andere Antwort zu geben, als dem Vorgesetzten erwünscht ist. Ich kann mich auf eine große Anzahl mündlicher Aeußerungen und Pressstimmen der Unterbeamten berufen. Die große Zahl der Unterbeamten ist vollkommen überzeugt von der Durchführbarkeit und Nützlichkeit des Systems. Die Postunterbeamten halten die Einführung der Dienstalterszulagen für möglich, ohne daß eine Schädigung ihrer jetzigen Bezüge eintritt. Allerdings muß mit dieser Forderung zugleich die Einrichtung getroffen werden, daß die etwa mäßige Anstellung der Beamten im ganzen Reich in derselben Weise geschieht. Während jetzt die etwa mäßige Anstellung bei den Unterbeamten nach 7 bis 15 Dienstjahren, bei den Assistenten nach 7 1/2—9 Jahren erfolgen kann, muß die Anstellungsfähigkeit einheitlich für das ganze Reich geordnet werden. Heute ist es in das Bestehen der einzelnen Ober-Postdirektionen gestellt, nach welcher Zeit sie die Beamten etwa mäßige anstellen wollen. Ohne diese Veränderung würde der wesentliche Vortheil der Dienstalters-Zulagen illusorisch sein. Wenn in irgend einem Ressort, so ist es bei der Postverwaltung notwendig, die Beamten auf eine Basis zu stellen, in der sie frei sind von dem Wohlwollen der Baune und der Willkür der Vorgesetzten. Der Direktor Fischer hat sich in der Kommission sehr energisch dagegen verwahrt, daß man bei der Postverwaltung von Baune und Willkür sprechen kann — nein, man könnte sich höchstens gegen die Behauptung verwahren, daß in der Postverwaltung keine Baune, keine Willkür herrsche. Vizepräsident Bürcklin rügt diesen Ausdruck, weil die Behauptung, daß in einer Verwaltung des Reichs Baune und Willkür herrsche, entschieden zu weit gehe. Jetzt hängt die Erreichung von Zulagen nicht allein von der dienstlichen Führung der Beamten ab, sondern auch noch von anderen außerhalb des Dienstes liegenden Dingen. Auch für die unteren Beamten ist die Einführung des Systems der Dienstalterszulagen wünschenswerth, damit die Zulagen nicht von dem jedesmaligen Bericht des Postvorstehers abhängig sind. Die Dienstalterszulagen sollen ein Ansporn für die Beamten sein, ihre Pflichten voll zu erfüllen, andererseits sollen sie den Beamten die Sicherheit bieten, zu wissen, daß sie in bestimmter Zeit auf die Zulage rechnen können. Die Einführung der Dienstalterszulagen für die Unterbeamten hat nicht nur einen kalkulatorischen Werth, wie die Postverwaltung in der Kommission behauptete. Die hunderte von Klagen, die zu uns kommen, weisen darauf hin, daß auf diesem Gebiete keine ruhigen Zustände herrschen. Würden die Beamten mit Klagen zu uns kommen, wenn sie keine Veranlassung dazu hätten? Die Beamten wissen ja ganz genau, daß, wenn sie sich an die Sozialdemokratie wenden, dies gerade sie nicht dem Wohlwollen der Verwaltung empfehle. Aber bei keiner anderen Partei finden sie das Verständnis und den Willen (Oho! bei den Nationalliberalen), die Lage der wirtschaftlich Schwachen zu verbessern. Das schließt nicht aus, daß auch zu Ihnen (zu den Nationalliberalen) einzelne Klagen kommen, aber so oft wir die Unterbeamten darauf hinweisen, auch andere Parteien für ihre Sache zu interessieren, haben sie uns immer geantwortet: das nützt nichts, da bekommen wir keine Hilfe. Bisher haben wir jede noch so geringe Verbesserung der Unterbeamten der Postverwaltung abringen müssen. Das Dienstalterszulagen-system auch für die Unterbeamten einzuführen, ist eine der wichtigsten Aufgaben der Postverwaltung. In der Kommission wollten wir die Resolution noch auf die Unterbeamten erweitern, nehmen aber jetzt davon Abstand, weil es aussichtslos ist. Wir stimmen aber für die Resolution der Kommission. Die Unterbeamten sollen durch das System der Dienstalterszulagen um 2 Millionen geschädigt werden, der Ausfall wird aber sicherlich viel geringer sein. Es wäre nur eine ganz minimale Erhöhung des Etats nötig zur Ausgleichung der Schädigung. Die Postverwaltung braucht sich ja nur die Mittel dazu bewilligen lassen. Diese Frage hat eine sehr große sozialpolitische Bedeutung. Unsere Reden sollen die Unzufriedenheit der Beamten erregen, das Ansehen der Postverwaltung schädigen und die Autorität des Staatssekretärs bei seinen Beamten untergraben. Dem können Sie leicht abhelfen, folgen Sie nur den einstimmigen Wünschen des Reichstages, fähren Sie die Dienstalterszulagen ein, lassen Sie sich die Mittel dazu vom Reichstag bewilligen. Dann werden auch Ihre finanziellen Bedenken beseitigt sein. Der Reichstag wird sich auf diesem Gebiete nicht negierend verhalten. Wir haben aber Ihren prinzipiellen Widerstand zu brechen. Sie wollen die Unterbeamten nicht aus Ihrer Hand lassen, Sie wollen die Verweigerung der Zulagen als Drohmittel in der Hand behalten, um sich eine willkürliche Beamtenbesetzung zu schaffen, indem Sie mit der Hungerpeitsche dahinter her sind. (Gelächter.) Wer nicht blindlings folgt, soll keine Hoffnung auf Zulage haben. Es handelt sich hier um so geringe Einkommen, daß die Beamten eine Nebenbeschäftigung haben und den anderen Arbeitern Konkurrenz machen müssen. Die Postverwaltung erweist sich also als Lohnrücker. Die Unterbeamten können jetzt beliebig entlassen werden, sie werden politisch in bestimmter Richtung überwacht und zu Dingen aufgefordert, die mit ihrem Dienst nichts zu thun haben. Sie sind willkürliche Werkzeuge in der Hand der Behörden. Allerdings wird sich auch nach der Einführung der Dienstalterszulagen die Postverwaltung als Vorkehrung für die Ausübung der bürgerlichen und politischen Rechte der Unterbeamten aufspielen, in der Denkschrift für die Einführung der Dienstalterszulagen für die mittleren Beamten steht ja ausdrücklich, daß ein Rechtsanspruch auf die Dienstalterszulagen den Beamten nicht zusteht. Man begründet das mit dem Disziplinargesetz. Es ist durchaus unrichtig, keinen Rechtsanspruch darauf zu gewähren, die öffentliche Kalamität muß aufhören, daß die Postverwaltung sich darum kümmert, was die Beamten ausserdienstlich für wirtschaftliche und politische Ansichten vertreten. Mit der Bestimmung, daß die Beamten sich auch ausserdienstlich ihres Amtes würdig erweisen, verlangt das Disziplinar-Gesetz nicht das, was z. B. die Postverwaltung von dem Assistentenverband verlangt. Der Beamte soll nach dem Disziplinar-Gesetz anständig leben und z. B. nicht alle Nächte betrunken im Wirtshaus liegen. (Gelächter.) Aber die Verwaltung sagt, der hat nicht das Verständnis für die Aufgaben seines Amtes, der einem

Verein angehört, der ihn und seinen Berufsgenossen bessere Gehalts- und Lebensbedingungen verschaffen will. Wir leben in einer Zeit, wo die wirtschaftlichen Gegensätze aneinander prallen. Diesen Widerstreit der Meinungen darf die Verwaltung nicht dadurch bestrafen, daß sie eine Kategorie von Beamten finanziell schlechter behandelt als andere, welche sich zu willfährigen Wertungen der Politik der Reichsregierung hergeben. Möge uns die Postverwaltung unmöglich machen, unsere Klagen zu wiederholen, indem sie Zustände schafft, welche das Ansehen und die Würde der Postverwaltung so fördern, wie es in der früheren, kräftigeren Zeit der Amtsperiode des Staatssekretärs geschehen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Bürcklin ruft den Redner wegen des Ausdrucks „Hungerpeitsche“, welcher eine Beleidigung der Postverwaltung enthalte, zur Ordnung.

Kommissarius des Bundesrats Geheimrath Neumann erklärt, daß die verbündeten Regierungen auf die Dienstalterszulagen für die Postbeamten zur Zeit nicht eingehen könne, weil die Beamten sich jetzt besser stellen; bei der starken Vermehrung der Zahl der Postbeamten werde das auch in Zukunft so bleiben, daß die Unterbeamten schneller als nach den Dienstalterszulagen in die höheren Gehaltsklassen aufrücken.

Abg. Müller-Sagan empfiehlt die Annahme der Resolution der Budgetkommission, welche ausdrücklich die Bedingung enthalte, daß die Beamten nicht geschädigt werden sollen. Wenn der Staatssekretär nicht nach Baune und Willkür verfahren will, dann könne man ihm sagen: Hic Rhodus, hic salta.

Direktor im Reichs-Postamt Fischer: Es ist leicht, sich als Vertreter der Postbeamten aufzuspielen; um aber mit den Dienstalterszulagen die Beamten ebenso zu stellen wie jetzt, seien Millionen erforderlich; aber Herr Singer bewilligt ja keine Steuern. Die Gewährung der Gehälter erfolgt nicht nach Baune, sondern nach festen Regeln, die in jedem Jahre im Anschluß an den Etat festgestellt werden, deren Befolgung vom Rechnungshof überwacht wird. Fälle, in denen nach Willkür verfahren worden ist, sind trotz aller Aufforderungen vom Abg. Singer nicht beigebracht worden: ich weise deshalb seine Beschuldigungen als unverbiente zurück. (Beifall rechts.) Es fehlt ihm zur Vertretung der Interessen der Postbeamten doch noch manche sachliche Kenntniss; er sollte daher die Vertretung denen überlassen, die dazu berufen sind. (Beifall rechts.)

Abg. Gröber (Z.): Gegenüber der einstimmig angenommenen Resolution hätte Herr Singer nicht in Anspruch nehmen sollen, daß seine Freunde allein die Interessen der Postbeamten vertreten. (Sehr richtig!) Alle Parteien vertreten die Schwachen; die Sozialdemokraten vertreten aber nur einseitig die Fabrikarbeiter, den Mittelstand lassen sie ruhig zu grunde gehen. Die Resolution hätten wir auch gern etwas schärfer gehabt. Ich will nicht gerade sagen, daß nach Baune und Willkür verfahren wird, aber die Beamten haben das Gefühl, daß manchmal andere als dienstliche Gründe maßgebend sind.

Abg. Veibel: Wollten wir die Vertretung der Postbeamten den Beamten überlassen, die amtlich dazu berufen sind, so könnten wir hier ruhig den Mund halten und nichts als Ja sagen. Wir sind aber ein gleichberechtigter Faktor mit dem Regierungsrath und nehmen uns die Freiheit, an den Herren Kritik zu üben. Eine Ungleichheit in der Stellung der Beamten je nach der Verschiedenartigkeit der Landestheile hat auch Direktor Fischer zugegeben. Die Mehrzahl der Beamten würde gewiß gern aus dem Osten nach dem Westen gehen. (Sehr richtig!) Prinzipiell hat die Postverwaltung gegen die Regelung der Dienstalterszulagen nichts einzumenden. Herr Fischer kämpft also gegen Windmühlen. Aber die Postverwaltung schafft künstlich eine ganze Reihe von Einwendungen, die zu beseitigen wären, wenn ein energischer Wille dazu vorhanden wäre. Herr Direktor Wachenborn ist seinerzeit in der Budgetkommission selbst mit Nachdruck dafür eingetreten, daß in bezug auf die Regulierung des Dienstentkommens die Postverwaltung keine Ausnahme machen sollte gegenüber den anderen Verwaltungen. Die bösen Folgen des jetzigen Systems sind die, daß einmal den Unterbeamten gar keine Garantie dafür geboten wird, wann und wie sie aufrücken können. Was Herr Fischer angeführt hat, trifft nicht das, was wir wollen. In der Verwaltung wird das Streben nach groß gezogen und ein Zustand der allergrößten Unsicherheit herbeigeführt, und daß die Streber gerade nicht die besten Beamten sind, das ist jedem bekannt. Nach den Tabellen der Postverwaltung in der Budgetkommission sollen die Unterbeamten ein Mindestgehalt von 900 M. beziehen, nach 9 Monate ein solches von 950 M. Aber es ist keinerlei Sicherheit geboten, daß sie in diese Klasse auch wirklich einrücken — daß der bisherige Zustand in der Postverwaltung unhaltbar ist, beweist eine Zuschrift aus Breslau, wo ein Sekretär nach 23 Dienstjahren noch nicht das Maximalgehalt bezieht und ein Schreiber aus Hamburg, wo Briefträger nach 25 Jahren noch nicht das Maximalgehalt beziehen. Die Beschwerden hierüber schäben die Beamten nicht auf die Reichs-Postverwaltung, sondern auf die Ober-Postdirektion. Es soll sogar hier vorgekommen sein, daß ein Unterbeamter, der sich bei der Ober-Postdirektion beschwert hat, nicht allein zurückgewiesen, sondern obendrein noch mit einer Geldstrafe belegt worden ist. Herr Direktor Fischer hat gefragt, wo denn die Mittel zur Einführung des neuen Systems herkommen sollten, neue Steuern würden wir doch nicht bewilligen. Die Post kann aber vollständig mit ihren eigenen Einnahmen bestehen. Neue Steuern sind also nicht nötig. Es ist auch mehrfach auf die Vorschläge hingewiesen worden, welche ich in der Budgetkommission gemacht habe. Nach diesen Vorschlägen würde es möglich sein, für die Kategorien der Unterbeamten von 9—1500 M. Gehalt allerdings einen Ausgleich zu schaffen, der eine jede Schädigung eripart und auch der Reichskasse keinen Heller mehr kosten würde. Es würde dazu nur nötig sein, von den untersten 4 Unterstufen 3 Jahre zusammenzuziehen und einen Jahresdurchschnitt zu berechnen, der anfangs allerdings von 900 auf 988 1/2 M. sich erhöhen würde, aber spätestens nach 2 1/2 Jahren von selbst in das System übergeht. Ich glaube recht gern, daß wenn Herr Fischer seine Postboten und Landbriefträger fragt, ob sie die Aufrechterhaltung des jetzigen Systems oder das System der Dienstalterszulagen haben wollen, und ihnen sagt, daß sie dabei aber weniger Gehalt bekommen, so müssen sie ganz natürlich zu einer Ablehnung kommen. Er ist als Vorgesetzter zu ihnen gekommen und mit ganz falscher Motivierung; zu uns aber sind sie freiwillig gekommen und haben ihre Wünsche kund gethan; und es besteht bei ihnen allerdings der Wunsch, daß jeder Beamte für seine Gehaltszulagen durchaus einen sicheren Reichsboden hat. Auch mit der Professionsmoralität muß ausgedrückt werden. Das ist ein Kapitel, das einmal dringend der Erörterung bedarf. Wird das Anfangsgehalt der Postunterbeamten erhöht, so stellt sich der Unterschied im Vergleich zu den Eisenbahnbeamten noch ungünstiger und die Unzufriedenheit unter diesen wird noch mehr wachsen. Jetzt hat ein Postkassierer 200 Mark mehr als ein Eisenbahnkassierer. Dieser Unterschied wird durch eine Veränderung des gegenwärtigen Modus der Gehaltsauszahlung nicht aus der Welt geschafft werden. Ich sage nicht, daß die Postbeamten gut bezahlt werden, sondern daß das Gehalt der Eisenbahnbeamten erhöht werden muß. Aber wir haben nach solchen Rücksichten auf andere Erwerbszweige gar nicht zu fragen. Mit demselben Recht könnte man auf die Grenzaußerber, Gendarmen, Postbedienten hinweisen. Wir treten keineswegs bloß für die Post-Unterbeamten ein,

fondern auch für andere Beamte und für die Fabrikarbeiter. Der Abg. Gröber weist uns vor, daß wir für den Mittelstand ein Interesse hätten. Wir sind nach unserer ehrlichsten Ueberzeugung nicht des Glaubens, daß die Mittel, die das Zentrum zur Hebung des Handwerkerstandes vorgeschlagen hat, demselben irgendwie nützen können, vielmehr daß er dadurch vielfach geschädigt wird. Und nicht bloß den Handwerkern schaden sie, sondern auch den Arbeitern und sie hindern die allgemeine Entwicklung, die wir allerdings in keiner Weise aufhalten wollen. Daß wir für die unteren Volksklassen mehr eintreten wie das Zentrum, beweist unser Eintreten gegen die indirekten Steuern und Zölle auf Lebensmittel. Diese Fragen interessieren den Handwerkerstand ebenso wie den Arbeiterstand. Ein großer Teil des Handwerkerstandes sieht sich schlechter als ein gut bezahlter Arbeiter. Ueber derartige Anklagen können wir ruhig hinweggehen. Draußen im Lande weiß man es besser. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. von Kardorff (N. P.): Die Sozialdemokraten thun gerade so, als wenn sie das System der Dienstalterszulagen erfinden hätten. (Sehr richtig! recht.) Die Mehrausgaben dafür müßten auf irgend eine Weise beschafft werden, und daran hätten die Arbeiter auch mitzutragen, selbst wenn man eine Vermögenssteuer einführt. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Wissen Sie denn nicht, daß bei Einführung der Vermögenssteuer in Frankreich Handel, Wandel und Verkehr darniederlag, sodas die Arbeiter geschädigt wurden. Die Einnahme der Postverwaltung geben allerdings einen Ueberschuß, aber wenn diese nicht für die Deckung der Reichsausgaben verwendet werden, dann muß man dazu andere Steuern erfinden.

Auf eine Anfrage des Abg. Müller-Sagan erklärte der Kommissarius Geh. Rath Wittkow, daß nicht bloß nach einer älteren Statistik von 1891, sondern auch nach einer neueren die Beamten durch die Dienstalterszulagen geschädigt werden.

Abg. Gröber führte aus, daß die Sozialdemokraten alles gethan hätten, um den Mittelstand zu ruinieren, indem sie für Gewerbesteuer eingetreten seien.

Abg. Sammacker (natl.) stellt fest, daß die erste Anregung zum System der Dienstalterszulagen von ihm ausgegangen ist.

Abg. Vebel: Keinem von uns ist es eingefallen zu behaupten, daß die Einführung der Dienstalterszulagen für die Postbeamten von uns angeregt sei. Auf die deplacirte Meinung des Herrn Gröber will ich nicht näher eingehen, zumal der Präsident sie gerügt hat. Ich habe gegenüber dem Regierungskommissar nur hervor, daß von keiner Seite im Hause beabsichtigt wird, daß bei den Dienstalterszulagen eine Schädigung für die Postbeamten herauskomme, auch nicht von unserer Seite. Im Gegentheil, den Unterbeamten soll nicht ein Pfennig ihres Gehalts genommen werden.

Darauf wird der Titel genehmigt und die Resolution einstimmig angenommen.

Die übrigen Ausgaben für die Zentralverwaltung werden ebenfalls bewilligt und um 1/2 Uhr die Fortsetzung der Verhandlung auf Montag 1 Uhr vertagt.

Lokales.

Achtung, zweiter Wahlkreis! Wegen der am Dienstag, den 13. d. Mts., stattfindenden Parteiversammlung fällt die für diesen Tag angekündigte Versammlung des Wahlvereins aus. Der Vorstand.

Der Feldzug gegen die Obdachlosen wird nunmehr fortgesetzt. In dem neuesten antisemitischen Moniteur lobt der „Innunge“ eines Philisters auf, weil in den Blättern über eine „Menge“ von Gaben für Besucher der Wärmehalle quittirt wird.

Wenn diese mildthätigen Personen, so schreibt der satte Philister, sich nur einmal davon überzeugen möchten, welche arbeitsscheue Gesindel die Wärmehalle am Alexanderplatz bewölkt, so glaube ich, würden die Gaben lange nicht so reichlich fließen. Ich bin überzeugt, daß unter den tausenden von Besuchern der Wärmehalle nicht ein einziger sich befindet, der, wenn ihm Arbeit angeboten, dieselbe annehmen würde.

Als „Beweis“ führt der Satte an, daß ein Geschäftsmann in der Wärmehalle Arbeiter zum Entladen von Eisenbahnwagen gesucht, aber keine Leute gefunden haben soll, die für zwei Mark pro Tag zu arbeiten bereit waren. Der Satte folgert aus diesem angeblichen Vorkommniß natürlich, daß ein richtiger arbeitsloser Arbeiter überhaupt noch nicht in der Wärmehalle gefunden worden sei, sondern nur „wohnungslose, arbeitsscheue, vollständig verkommenen Gesellen“, welche, da sie wissen, daß sie in Berlin gehagt und gepflegt werden, erst einige Tage vorher zugereist waren. Dieselben führen, so berichtet der Satte weiter, nicht selten sozialdemokratische Schriften bei sich. Aus dem Titelblatt des Taschenbuchs eines dieser — Armen in der Armen — habe er gesehen: Mein Wohlstand ist: Gut leben — wenig thun. Selbstredend lautet die Anwendung bei dem Satte: Es ist die höchste Zeit, daß dieser faulen Menschlichkeit endlich einhalt geboten werde, sonst finden sich noch sämmtliche Strolche aus Deutschland hier zusammen.

Die Angaben, die der Satte in seinem neuen, antisemitischen Leitblatt macht, sind natürlich nicht zu kontrollieren. Aber angenommen, es stimmte, was er von den Obdachlosen berichtet, so verdiente ihre ablehnende Stellung zu dem Angebot von 2 M. Tagelohn für eine schwere Arbeit wirklich den Dank und die Achtung aller ehelichenden Arbeiter. Für zwei Mark pro Tag mag man irgendwo einen Hund in Kost geben können, aber einem Menschen ist es unmöglich, sich dafür in Berlin auch nur einigermaßen erträglich zu ernähren. Die Sache wird daher wohl so liegen, daß dem ehlen Menschenfreund und recht billige Arbeitskräfte zu thun war, die seinen Konkurrenten aus dem Sattel heben und daher in letzter Linie die Löhne der in Arbeit befindlichen Leute noch mehr als bisher drücken sollten. Soviel Klassenbewußtsein ist auch noch bei den meisten Obdachlosen vorhanden, daß sie nicht an denen freveln, die bisher noch nicht auf das Straßenpflaster geworfen worden und dem namenlosen Elend überantwortet sind. Daß solche auch noch gerade, daß die Kernsten der Armen sich auch noch schimpflich entehren sollten. Sind die Obdachlosen auch leider wehrlos jedem den Geschimpfe irgend eines vielleicht an Zuchttaufe vorbeigefreuten Spekulanten preisgegeben, so sind wir doch noch nicht so weit gekommen, daß sie sich des einzigen, was sie vielleicht noch haben, ihres ehrlichen Namens, entäußern und zu schimpflicher Lohndrucker und Streikbrecher sich erniedrigen müßten.

Also nochmals, alle Achtung vor den Männern, die trotz des äußersten Elends nicht zu Lohndrucker geworden sind.

Der Militarismus als Schutzeifer der Jungfräulichkeit giebt sich der stammenden Welt folgendermaßen zu erkennen: Journ.-Nr. 2308. 94.

Kommandantur Spandau 2/2. 94. Journ.-Nr. 888.

U. R.
Das kirchliche Angebot muß von dem Bräutigam persönlich beim Garnisonpfarrer bestellt werden. Macht der Bräutigam dabei unwahre Angaben bezüglich der Jungfräulichkeit der Braut, so wird er nachträglich seinem Vorgesetzten wegen dienstlicher Lüge gemeldet.

Eine Braut, die nicht mehr Jungfrau ist, darf nicht im Kirchenbuch und Schein zur Trauung kommen. Der Garnisonpfarrer würde sie in diesem nur einer Jungfrau zu kommenden Schluß nicht trauen. Die Brautleute haben darauf zu sehen, daß die Trauung pünktlich zur festgesetzten Stunde stattfinden kann. Es ist dem Garnisonpfarrer nicht zugumuthen, daß er in der Kirche eine halbe Stunde, wosöglich darüber, vergebend wartet.
Dem Garnisonpfarrer ist zur Pflicht gemacht, jeden Verstoß

ohne Verzug zu melden, damit die nöthige Aufklärung bezw. Bestrafung erfolgen kann.

geg. von Michaelis,
Stadtkommandant für Spandau.
(Artillerie-Bezirk.)

Wir treiben keine nachträgliche Gastnachtsfopperei; der Erlas ist echt. Seine Wirksamkeit erstreckt sich auf die heirathenden Unteroffiziere und deren Verlobte; ob für die Offiziere und deren Bräute im gleichen Fall dieselben oder ähnliche Bestimmungen gelten, wissen wir nicht. Wie in Zweifelsfällen die Konstatirung der Jungfräulichkeit geübt wird, ist uns ebenfalls unbekannt.

Leider werden die heirathenden Soldaten sich dem Zwange der kirchlichen Trauung unterziehen müssen und es mag daher bei den rückständigen Ansehungen, die meistens noch in höheren militärischen Kreisen maßgebend sind, in der Führungsliste, die über Braut und Bräutigam etwa geführt wird, die Frage der Jungfräulichkeit nicht ohne Bedeutung sein.

Bei alledem hoffen wir, daß auch in der Soldatenehe die am Traualtar fehlende Jungfräulichkeit nicht allzu tragische Folgen haben wird. Zum Troste seien den nicht mehr jungfräulichen Brautleuten die schönen Heine'schen Verse in einer kleinen Abweichung zum Glückwunsch dargebracht:

Und seht auch Schleier und Nixenkranz,
Die Ehe sei glücklich nicht minder.
Es lebe Bräutigam und Braut
Und ihre zukünftigen Kinder!

Die Winkelkonsulenten. Für nur eine Mark erbielt sich ein Herr Pollak, Blumenstr. 19, in einer auch im „Vorwärts“ enthaltenen gewissen Anzeige zur Anfertigung von Klagen, Eingaben und Reklamationen, sowie zur Ertheilung von Rath im Civil- und Strafrecht. Wie es mit der Billigkeit dieser Art Rechtsbeistände zum Theil ausbleibt, lehrt eine Zuschrift, die wir von einem Abonnenten erhalten.

„Eine mit mir verwandte Frau“, so berichtet unser Gewährsmann, „bedurfte des Rathes in einer Zivilprozesse und ging zu Pollak in der Annahme, daß nach dessen Annonce im „Vorwärts“ sie der Rath nur 1 M. kosten würde, also jedenfalls billiger sein werde, als bei einem Rechtsanwalt. Nach beendeter Konsultation, die nebenbei gesagt noch nicht einmal 1/2 Stunde dauerte, verlangte Pollak für den ertheilten Rath 3 M. Auf den Vorhalt der Frau, daß sie nach der Annonce erwarten müßte, es werde der Rath nur 1 M. kosten, erwiderte ihr Pollak, daß sie in dieser Sache verschiedene Fragen an ihn gerichtet habe und daß die Verantwortung jeder Frage 1 M. koste. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Fassung des Inzerates darauf berechnet ist, Leute, die in Rechtsfällen eines Bescheides bedürfen, anzuloden, um ...selben dann unter allerlei Plunkereien um Beiträge zu bringen, die bedeutend zu nennen sind, wenn man die wohl meistens gedrückte Lage derjenigen Leute in Betracht zieht, aus denen sich der Kundenkreis Pollak's rekrutirt.“

Es ist selbstverständlich, daß wir, nachdem uns von dem Geschäftsgeheahren des Herrn Pollak Kenntniß gegeben, diesem Herrn den Inzeratentheil unseres Blattes verschlossen haben.

Bei dieser Gelegenheit wiederholen wir den schon oft gegebenen Rath, sich in Rechtsfällen lieber an einen Rechtsanwalt zu wenden, als an einen Winkeladvokaten, dessen vielfach recht zweifelhafter Bestand gewöhnlich noch theurer kommt, als der eines wirklichen Juristen.

Eine nette Pflanze. Großes Aufsehen erregt unter seinesgleichen das Verschwinden des Hauseigentümers und Sportmann Paasche. P., der in der Oberbergerstraße ein Haus und bei Müggelsee ein werthvolles Grundstück besaß, hat sich vor kurzem seines Grundbesitzes und seiner Sportsacht entäußert und ist in der vergangenen Woche mit Hinterlassung einer bedeutenden Schuldlast plötzlich aus Berlin verschwunden. Seine Frau und eine zwanzigjährige Tochter, welche beide kränzlich sind, hat er hier in dürftigen Verhältnissen zurückgelassen, sich dagegen zur Gesellschafterin eine nicht im besten Aus stehende Kellnerin mitgenommen. Man nimmt an, daß P. sich nach Amerika begeben habe, wo er sich früher schon mehrere Jahre aufgehalten hat. Man schätzt in seinen Bekanntenkreisen die Summe, die er mit hinübergenommen hat, auf etwa 12- bis 15 000 M.

Ein Kampf mit Jubältern. Mit der „blanken Waffe“ mußte sich Donnerstag Abend gegen 8 Uhr ein Schuhmann an der Ecke der Linien- und Koblenstraße gegen Jubälter verteidigen. Um diese Zeit passirten zwei Beamte der Reichsbank mit ihren Frauen die Linienstraße an jener Stelle, als zwei Louis des „Scheunenviertels“ plötzlich herantreten und die einige Schritte vorausgehenden Damen ohne weiteres ins Gesicht schlugen; die Rowdies gingen alsdann den beiden Beamten, die vor Sayre und Bush über die unerhörte Frechheit kein Wort hervorbringen konnten, zu Leibe, und als auf die Hilferufe der letzteren ein Schuhmann hinzukam, griffen die Jubälter auch diesen an und packten ihn an der Brust, um den Beamten zu Boden zu werfen. Erst als Publikum hinzukam, ergriff der eine Strolch die Flucht, während der zweite wie ein Rasender gegen den Schuhmann weiter kämpfte. Der Beamte zog schließlich blank und machte nun den Rowdy durch mehrere Hiebe kampfunfähig. Der Letztere erlitt dadurch erhebliche Verletzungen an der rechten Hand und erhielt deshalb auf der zuständigen Polizeiwache, wohin er nach seiner Ueberwältigung geschafft wurde, Nothverband.

Polizeibericht. Am 9. d. Mts. tödtete sich ein Arbeiter in seiner Wohnung, in der Schönhauser Allee, durch Erhängen, und ein Mädchen in seiner Wohnung, in der Luisenstraße, durch Gift. — Im Laufe des Tages fanden fünf Feuer statt, darunter in der Lgnarstraße 2 ein Dachstuhlbrand.

Gerichts-Beitrag.

Das Urtheil im Anarchistenprozeß. In dem vor einigen Tagen vor der zweiten Strafkammer verhandelten Anarchistenprozeß gegen den verantwortlichen Redakteur des „Sozialist“ Ellendt, den Metallarbeiter Brandt und den Drucker und Verleger des „Sozialist“ Wilhelm Werner wurde gestern ein sehr merkwürdiges Urtheil gefällt. (Siehe unsere Notiz in der Politischen Uebersicht.) Der Staatsanwalt Dr. Benedix hatte zum zweiten Male in einem derartigen Prozesse auch gegen den Drucker Werner eine hohe Strafe beantragt, weil er der Meinung war, daß er die Seele des ganzen anarchischen Betriebes, welches im „Sozialist“ in die Erscheinung tritt, ist und deshalb als Mittäter betrachtet werden muß. In dem jetzt zur Anlage stehenden Falle handelte es sich bekanntlich um einen im „Sozialist“ Organ aller Revolutionäre“ in der Nummer vom 28. Oktober veröffentlichten „Aufruf an alle revolutionären Metallarbeiter“. Verfasser des Aufrufs war der Angeklagte Brandt. Die Verhandlung selbst war unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt worden. In dem gestern verkündeten Erkenntniß wird folgendes ausgeführt: Das Blatt der „Sozialist“ ist auf Anregung Werner's gegründet worden, als sich die Gruppe der sogenannten „Unabhängigen“ von der sozialdemokratischen Partei losgelöst hatte. Das Blatt verfolgt den Zweck, die Bewässerungsklassen gegen einander zu verhetzen und auf Aufhebung der Staatsgewalt und Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung hinzuwirken. Zu diesem ihm vollständig bekannten und von ihm durchgeführten gebilligten Zweck hat Werner seine Druckeri zur Verfügung gestellt. Er erhält für den Druck von einer Pressekommission Entschädigung. Die „Redakteure“ des Blattes sind fast durchweg Arbeiter, nur einer hat sich Schriftsteller genannt. Die Redakteure haben im Laufe eines einzigen Jahres sieben Mal gewechselt. Werner hat nachweislich ein schriftliches Abkommen mit der Pressekommission ge-

troffen, daß er in die Redaktion nichts hineinzureden habe, es ist ihm auch nicht nachgewiesen, daß der hier in Frage stehende Aufruf mit seiner Kenntniß oder auf seine direkte Anordnung in der Zeitung Aufnahme gefunden hat. Der Gerichtshof hat ihn daher nicht als Mittäter angesehen, wohl aber ihn der Beihilfe für schuldig erachtet. Werner ist der Begründer und Leiter der Partei der „Unabhängigen“, ihm war es durchaus bekannt, daß der „Sozialist“ eine revolutionäre Tendenz hatte und die ganze Propaganda darauf hingiebt, die öffentliche Ordnung zu verlehren und zum Widerstande gegen die Staatsgewalt aufzufordern. Jede Propaganda dieser Art hat dieses Ziel, sobald sie sich nicht auf wissenschaftliche, theoretische Erörterungen beschränkt. Davon kann hier gar keine Rede sein. Indem Werner der Partei seine Druckeri vorbehaltlos zur Verfügung stellte, war er sich voll bewußt, daß nur diejenige Propaganda bei den Massen Erfolg haben könne, die das theoretische Gebiet verläßt. Er konnte deshalb eine sachliche, theoretische, vorbedachte Propaganda in dem Blatte nicht erwarten, eine solche würde auch seinem eigenen Willen gar nicht entsprochen haben. Er wollte sich selbst von jeder Verantwortlichkeit befreien, aber alle die umstürzerischen Zwecke, denen das Blatt dient, alle die Kundgebungen der Aufreizung, welche beinahe jede Nummer des Blattes enthält, fördern. Aus diesen Gesichtspunkten heraus hat ihn der Gerichtshof der Beihilfe für schuldig erachtet. Da es sich hier um eine gefahrlose Aufreizung einer urtheillosen, zu Erpressen geneigten Menge handelt, hat der Gerichtshof den Angeklagten Ellendt zu vier Monaten, Brandt und Werner zu je sechs Monaten Gefängniß verurtheilt.

Ueber einige Vorgänge aus dem Omladina-Prozeß bringt eine Wolffsche Depesche vom 10. Februar folgende bezeichnende Mittheilungen: Im Omladina-Prozeß wurde heute Mittag das Beweisverfahren geschlossen. Die in Haft befindlichen Angeklagten weigerten sich, den Saal zu verlassen, eher nicht das Verbot des Empfanges von Besuchern an Sonntagen wieder aufgehoben werde. Trotz der Aufforderung des Präsidenden blieben die Angeklagten auf den Plätzen. Als sie später sich zurückzogen, veranlaßten sie Tumulte in den Korridoren, so daß die bewaffnete Gefängniswache die Ruhe herstellen mußte. Den Verteidigern, welche sich zum Präsidenten des Strafgerichtshofes begaben, wurde bedeutet, daß die Besuche an Sonntagen nicht mehr gestattet werden, weil Mißbräuche stattgefunden hätten.

Versammlungen.

Die Arbeiter der chirurgischen Branche waren am 8. d. Mts. bei Seefeld versammelt, um über die bei der Firma Schmidt, Ziegelstraße 9, entstandenen Differenzen zu verhandeln. Durch die rigorose Behandlung von Seiten des Herrn Schmidt und weil ihnen außerdem für den Neujahrstag der Wochenlohn um zehn Stunden gelürzt wurde, sahen sich vier Bandagisten veranlaßt, die Arbeit niederzulegen. Der Mitinhaber der Firma, Herr Baruch, welcher in der Versammlung anwesend war, hatte nachträglich gegenüber zwei Kollegen, welche dieserhalb mit ihm Rücksprache genommen, sich verpflichtet, zwei dieser Entlassenen wieder aufzunehmen; bezüglich der beiden anderen, von denen einer ein selbstjähiger Mann und seit zwanzig Jahren dort beschäftigt ist, war keine Einigung erzielt. — In der sehr ausführlichen Debatte, an der sich Herr Baruch zu wiederholten Malen betheiligte, wurde festgesetzt, daß die genannte Werkstatte seit Langem in schlechtem Ansehen steht und die Arbeiter berechtigt waren, auf Grund der Vorkommnisse die Arbeit einzustellen. Da der Vertreter der Firma sich zu keiner bindenden Erklärung herbeiliß, wurde einstimmig die Sperre beschlossen. Interessant war die Mittheilung eines Redners, daß an Stelle der Ausgeperrten sich noch Niemand gefunden hat, als ein junger Mann, der mit fünfzehn Mark Wochenlohn engagirt wurde; aber selbst dieser hat sich, nachdem ihm Aufklärung gegeben war, mit seinen Kollegen solidarisch erklärt. Es ist Sorge getragen, daß die Nachricht von der Sperre weiteste Verbreitung erlangt, ebenso werden die Gemährtegen ausreichende Unterstützung erhalten. — Die nächste öffentliche Versammlung wird sich mit der Stellungnahme zum 1. Mai be-lassen.

Im Verein der Bureau-Angestellten und verwandten Berufsgruppen hielt am 8. Februar Kollege Scheib einen Vortrag über: „Die Schule“. An der Diskussion über den Vortrag betheiligten sich die Kollegen Kunkel und Walter. Demnächst erstattete Kollege Schulz Bericht über die vorgenommene Kassenrevision. Dem Ersuchen desselben, dem Kassirer Decharge zu ertheilen, wurde durch Erheben von den Plätzen stattgegeben. Ein Antrag des Kollegen Kunkel, eine Deputation zur Ueberbringung des Kranzes am 18. März auf den Friedhof der Märzgefallenen zu wählen wurde angenommen. Die Mitglieder-Versammlungen des Vereins finden jeden Dienstag nach dem 1. und 15. des Monats in der Lotzingerstraße 63 bei Gollich statt.

Eine öffentliche Versammlung der Bureauangestellten tagte am 7. d. Mts. bei Stein, Rosenthalerstr. 88. Bureau-Arbeiter Schulz hielt den einleitenden Vortrag über die bei der Reichsregierung unternommenen Schritte zur Regelung der Arbeitsverhältnisse der Bureau-Angestellten und über die am 9. Januar mit dem Unterstaatssekretär von Rottenburg gehabte Konferenz. Redner giebt eine eingehende Schilderung der sozialpolitischen Verhältnisse und kommt sodann auf den Werth zu sprechen, den die Untersuchungen der Kommission für Arbeiterstatistik für die Erkenntniß der Uebelstände in den einzelnen Berufen haben. Auch die Bureau-Angestellten haben sich veranlaßt gesehen, an die Kommission das Ersuchen zu stellen, über die Lage dieser Berufsgruppe eine Untersuchung einzuleiten. Dieses Ersuchen war insofern von Erfolg begleitet, als von der „Freien Vereinigung“ eine Deputation mit dem Unterstaatssekretär von Rottenburg in einer längeren Konferenz die Verhältnisse der Bureau-Angestellten eingehend besprochen wurden. Ueber den Verlauf der Konferenz ist im „Vorwärts“ seiner Zeit ausführlich berichtet worden. Nunmehr verlißt Redner ein Antwortschreiben auf eine Beilage, die von der in der vorigen Versammlung eingesetzten Kommission an den Justizminister und den Kammergerichtspräsidenten gerichtet war. Die Herren müssen es ablehnen — so lautete die Antwort — auf eine Abstellung der angeregten Uebelstände hinzuwirken. Man solle einzelne Fälle, in denen sich die Gerichtsvollzieher oder Rechtsanwälte „Ausbreitungen“ ihren Arbeitern gegenüber zu Schulden kommen ließen, zur Anmeldung bringen, es wird dann nicht abgelehnt werden, darauf einzugehen. Redner fordert zum Schluß zur Organisation auf, durch die allein eine Abänderung zu erwarten steht. (Beifall!)

Als der Vorsitzende hierauf die Versammlung auf 5 Minuten vertagt, wird aus der Versammlung lebhaft dagegen protestirt und eine Diskussion gewünscht. Es kommt infolge dessen zu einigen unruhigen Szenen. Zum Schluß der Versammlung wurde eine Agitations-Kommission bestehend aus 9 Personen gewählt.

Gesellschaft Doro. Sonntag, den 11. Februar, bei H. Müller, Bergstr. 99 (Gartenlohn). Unterhaltungsabend mit Tanz und Vorträgen.
Reiniger Naturheilverein D. Wessern. Am Sonntag, den 11. Februar, Abends 7 1/2 Uhr, im Reinger Garten, Leipzigstr. 119, Vortrag des Herrn Bartsch über: Das Herz und seine Thätigkeit in Beziehung zu seinen Erkrankungen und zum Blute; erläutert durch Wandbilder. Hieran gefolgtes Besammeln.

Verzahnungsverein Deiters Gesellschaft. Sonntag, 6 Uhr, bei Keller, Hauptstr. 6, Pöhlitz.
Theaterverein Union. Sonntag, den 11. Februar, Abends 6 Uhr, Sitzung mit Tamen. 6 Uhr, Pöhlitz. Vorträge, Tanz, bei Dahn, Gräber Weg 68, part.

Das der Neuzeit ent-
sprechend eingerichtete, seit
18 Jahren bestehende, große
Uhren- und Goldwaaren-Lager
von **Max Busse**
Brunnenstr. 175
neben der Invalidenstr.
Pferdebahn-Haltestelle
empfehlen:
Uhren jeden Genres, Broches,
Ohrringe, Armbänder, Halsketten,
Medaillons, Serje, Schlipsnadeln, Stulpenknöpfe
u. s. w. in massiv Gold,
Silber, Doublegold, Granaten
und Korallen.
Größte Auswahl
in **Ringen**.
Massiv goldene Ketten,
gestempelt, nach Gewicht bei
niedrigster Façonberechnung.
Echte Brillanten,
Türkisen,
sowie Edelsteine aller Art.
Rheinsteine und Simili's.
Tafelgeräthe, Bowlen, Besten's
Brautkränze
in Silber und Alfenide.
Die geschmackvollsten Winter sind
fests am Lager. Der bedeutende Um-
satz ermöglicht den Verkauf zu Fabrik-
preisen.
Eigene Fabrikation.
Gr. Werkstatt für Reparaturen.
Max Busse
Uhrmacher und Juwelier
Brunnenstraße 175
neben der Invalidenstr.
Pferdebahn-Haltestelle.
Früher
Invalidenstr. 157,
neben der Markthalle.

Metzner's Korbwaaren-Fabrik,
Berlin, Andreasstr. 23, Hof part., vis-à-vis d. Andreasplatz
größtes Lager Berlins. Muster
Kinderwagen, Bücher gratis. Theilzahlung
gestattet. 500 Mark zahlbar
ich Jedem, der mir nachweist, daß ich nicht das größte
Kinderwagen-Lager Berlins habe. **F. Metzner.**



Größtes
Lager
von
Suspensorien
eigener Fabrikation.
Anfertigung von Maschinen,
Schienen, Stiefel für franke Füße, Korsets, künstliche Arme und Beine.
Lager aller Verbandbinden und Verbandstoffe.
H. Pfau, früher C. Goltdammer,
G., Klosterstr. 30.
5608L*
Lieferant für sämtliche Krankenkassen.

Elegante Einsegnungs-Anzüge
in blauen und schwarzen Stoffen und Rammgarnen zu billigsten Preisen empfiehlt
Julius Lindenbaum, Frankfurterstr. 139.

1000 Regenmäntel
hochelegant à 7-15 M. 100 Back-
fisch-Jaquets à 2,50 M. 500 elegante
Winterräder, Frauenmäntel u. Plüsch-
Jaquets jezt für 10, 12, 14-20 M.
5567L*
Damen-Mäntel-Bazar,
Leipziger-Strasse 91 I.

Teppiche
mit kleinen Webefehlern
Sopha-Größe 5, 6, 7, 8-10 M.
Salon-Größe 12, 15, 20-50 M.
Portièren 3, 4, 5, 6-10 M.
Bettvorleger
à Stück 1,00, 1,50, 2,00, 3-5 M.
Läuferstoffe 0,50, 0,60-1,50 M.
Tischdecken 2, 3, 4, 5-10 M.
Steppdecken 4, 5, 6, 7-10 M.
Fabrik **A. Michaelis, Berlin,**
Friedrichstr. 7, am Belle-Alliancepl.

Roh-Tabak
A. Goldschmidt, 4495L*
am hiesigen Plage wie bekannt
grösste Auswahl!
Garantie für sicheren Brand.
Streng reelle Bedienung, billigste
Preise! Sämtliche im Handel
befindl. Rohtabake sind am Lager.
A. Goldschmidt,
Oranienburgerstr. 2.

Inventur-Ausverkauf.
Gardinen-Reste
zu 1-4 Fenstern passend, spottbillig
in der Fabrik **Grüner Weg 80, prt.**
Eingang vom Flur. 5490L*

Masken-
und Theater-Garderobe
billigst empfiehlt 55732*
Werbelow,
Große Hamburgerstraße 34, I.

Jede Nähmaschine reparire unbed.
gut und billig.
Erfahrung berechnete Selbstkostenpreise.
Schiffchen 70 Pf., Singer-Spulen 5 Pf.,
W. W. Spulen 20 Pf. u. Parteilosen
mache besond. aufmerksam. 5519*
W. Maaske, Schwedterstr. 31.

Billigste Einkaufsquelle Berlins
für bessere Herren- und Knaben-Garderobe.

15 000 englische Jaquet- und Rod-Anzüge jezt
im Ausverkauf von 10, 12, 14, 16, 18, 20, 24, 27, 30,
36 Mk. Prima. 12 000 Winter- u. Frühjahrs-Paletots
von 8, 9, 10, 12, 15, 18, 20, 24, 27, 30 Mk. Prima.
8000 schwarze Ball- und Gesellschafts-Anzüge in Tuch
und Sammgarn von 15, 20, 25, 30, 36, 40 Mk. Prima.
6000 Hosen in dauerhaften, reinwollenen Stoffen von
3, 4, 5, 6, 8, 9, 10, 12 Mk. Prima. 8000 Schlaf-
röcke von 6 bis 20 Mk. Prima. Kaiser- und Hohen-
zollern-Mäntel von 15 bis 36 Mk. Prima. Haus- und Jagd-
Joppen von 4 Mk. an. Knaben- und Püschchen-, sowie
Einsegnungs-Anzüge jezt spottbillig. Frachs und Ge-
sellschafts-Anzüge werden verlichen.

110 Goldene 110 110
Berliner Konkurrenz-Geschäft,
nur allein
110, Leipzigerstraße 110.
Sonntags geöffnet v. 7-10 Uhr früh u. 12-2 Uhr Mittags.

Kur-Bade-Anstalt und Massage
von **H. Mania, Brunnenstr. 16.**
Dampf- und Heißluft-Badenbäder, Wannen- und medizinische Bäder.
Fuß-, Arm- und einzelne Glieder-Bäder
ohne den ganzen Körper zu streifen. Lieferant und Masseur sämtlicher
Orts-Krankenkassen und freien Hilfskassen. 5448L*
Dienstag und Freitag von 1 Uhr ab nur für Damen.
Die Filiale nur für Massage ist Thurmstraße 46, 4 bis 5 1/2 Uhr.

Bairisch Lagerbier Brauerei
Oswald Berliner
Berlin N., Brunnenstrasse 141/143.
Hierdurch beehre ich mich ergebenst anzuzeigen, dass ich
mit dem
Ausstoss meines diesjährigen
Bock-Bieres
am **Donnerstag, den 15. Februar** beginne, und werden gefällige
Bestellungen hierauf in Gebinden und Flaschen prompt ausgeführt.
Hochachtungsvoll
Oswald Berliner
Fernsprech-Anschluss: Amt III No. 681.

Anhaltische Kohlenwerke „Mariengrube“
in **Zeustenberg N.-L.**
Braunkohlenwerke und Briketsfabriken.

Infolge der vielen Nachahmungen der von uns fabrizierten Brikets-Marke **Marie** durch minderwertige Kohlen haben wir uns
entschlossen, unsere allein echten Zeustenberger Hammer-Marie-Brikets von jezt ab mit unserer Firma zu versehen. Dieselben werden also in
Zukunft den Stempel tragen:



Dem geehrten Publikum wird unter Hinweis hierauf ergebenst empfohlen, beim Bezuge unserer echten Preßkohlen darauf zu achten, daß die-
selben außer dem bisherigen Stempel **Marie** noch die volle Firma: **Anhaltische Kohlenwerke Mariengrube** tragen
müssen; alle nur **MARIE** oder anders gestempelten Brikets bieten fortan keine Garantie für Echtheit.

Die Echtheit verbürgen wir künftig nur
für Brikets mit dem Stempel:



Den General-Vertrieb dieser Marke für Berlin und Umgegend hat nach wie vor Herr **Louis Schulze, Berlin, inne.**

Auf die Bekanntmachung der Anhaltischen Kohlenwerke, Mariengrube, höflichst Bezug nehmend, siehe ich mit Lieferung vorstehender Spezial-
marke, sowie sämtlicher anderer Brennmaterialien gern zu Diensten und nehme schriftliche, mündliche od. telephonische Bestellungen auch auf sämt-
lichen Filialen entgegen.

Louis Schulze,
Haupt-Comptoir: Fruchtstraße 16. Telephon Amt VII Nr. 134.
Von Mitte März ab: Friedrichstrasse 83, I, drittes Haus von Café Bauer.
Filialen und Lagerplätze:
Görlitzer Bahnhof, Platz 3, Telephon Amt IV Nr. 798. Stettiner Bahnhof, Telephon Amt III Nr. 1974.
Görlitzer Bahnhof, Platz 23, Telephon Amt IV Nr. 798. Kohlenbahnhof Wedding, Telephon Amt III Nr. 2264.
Ost-Bahnhof, Telephon Amt VII Nr. 134. Bahnhof Lagerhof, Brunnenstr. Teleph. Amt III Nr. 2575.
Schlesischer Bahnhof, Telephon Amt VII Nr. 5190. Stätteplatz: Lohmühlenweg.

Aus England.

Der diesjährige Kongress der „Independent Labour Party“ war von 94 Delegierten besucht. Das ist weniger als der Besuch des vorjährigen Kongresses, der aber, als ein „Allgemeiner Kongress“, auch von Organisationen besucht war, die entweder gar nicht die Absicht hatten, sich der Partei anzuschließen oder es jedenfalls hinterher nicht für gut befanden haben, dies zu thun. Dies Mal waren nur Körperschaften vertreten, die dem Verband der Partei angehören, resp. wie die schottischen Verbände, mit ihr affiliert sind.

Die große Mehrheit der Delegierten gehörten dem Norden des vereinigten Königreichs an, was jedoch nicht bloß darauf zurückzuführen ist, daß der Kongress oder die Konferenz in einer Stadt des Nordens — Manchester — stattfand. Das ist vielmehr selbst eine sekundäre Thatsache: die junge Partei ist überhaupt vorwiegend im Norden vertreten. Die weitest größte Zahl ihrer Mitglieder gehört dort bestehenden Sektionen an, auch ist vor einiger Zeit das Blatt, das der Partei als Organ dient, die „Workman's Times“, nach dem Norden übergesiedelt, resp. zurückgekehrt. So gebot es sich von selbst, den ersten eigentlichen Kongress der Partei ebenfalls dort stattfinden zu lassen. Und so sehr beherrschte das Bewußtsein, daß der Norden den Ausschlag giebt, die Konferenz, daß auch für die nächstfolgende Konferenz eine nordische Stadt — Newcastle am Tyne — gewählt und die Exekutive der Partei praktisch nach dem Norden verlegt wurde.

Ob diese Verlagerung nach London und des Südens ebenso zweckmäßig ist wie sie erklärlich ist, muß die Zukunft lehren. Einmal hat man sich mit der Thatsache abgefunden, daß der Schwerpunkt der Partei Yorkshire und Lancashire liegt, übrigens, wie bekannt, die industriell entwickeltesten Grafschaften des Königreichs.

Im allgemeinen herrschte auf der Konferenz das Bestreben, sich auf das mehr Geschäftsmäßige zu beschränken und allen doktrinarischen Erörterungen auszuweichen. Anträge, das Verhältnis der Partei zu den Anarchisten klarzustellen, der Partei ein politisches Programm zu geben, sich mit gleichgesinnten Körperschaften der Sozialdemokratischen Föderationen behufs Kooperation bei den nächsten Wahlen in Verbindung zu setzen — wurden durch Uebergang zur Tagesordnung der prinzipiellen Erledigung entrückt, ehe sie auch nur einigermaßen diskutiert waren. Es ist das zu bedauern, da gerade für eine junge Partei gehörige Erörterung solcher Fragen besonders notwendig ist. Die sehr wichtige Frage der Taktik bei solchen Wahlen, wo die Partei nicht direkt engagiert ist, wurde dahin erledigt, daß bei Nachwahlen die betreffenden Distrikte selbst darüber entscheiden sollen, bei allgemeinen Wahlen aber eine vorher einberufende Konferenz die von der Partei zu beobachtende Taktik bestimmen soll. Ein insofern erfreulicher Beschluß, als er wenigstens für den Hauptwahlkampf einheitliche Aktion populiert, leider aber wurde dabei übersehen, daß wenn eine Parlamentsauflösung nicht Monate vorher angelündigt worden, was in England häufig genug nicht der Fall, die Durchführung des Beschlusses am Mangel von Zeit und Geld ein fast unüberwindliches Hindernis finden wird. Unmittelbar vor einem, das ganze Land bewegenden Wahlkampf opfert man doch nicht die vorhandenen Mittel für interne Angelegenheiten.

Die Finanzlage der Partei ist ohnehin keine glänzende. Der Kassierer stellte fest, daß seine Bilanz „auf der falschen Seite“, d. h. mit einem Defizit, abschließt. Auch hat sich die Partei als noch nicht stark oder reich genug erwiesen, ihr Organ, die „Workman's Times“, in eigenen Besitz zu bringen. Dies trotz dem Reiz Gardie, der Vorsitzende des Kongresses, in der Lage war, die Zahl der Sektionen der Partei auf gegen 400 anzugeben. Neben der schlechten Geschäftslage ist es die nach meiner Ansicht übertriebene Zentralisation der Partei, die dieselbe in dieser Hinsicht so wenig unabhängig macht. Freilich ist auch nicht zu vergessen, daß in England selbst nur ein Wochenblatt über Wasser zu halten ungleich größere Opfer erfordert, als man sich in Deutschland vorstellt. Und stärker als in Deutschland ist hier auch das Mißverhältnis zwischen Organisation und Bewegung. Das trifft alle sozialistischen Organisationen ohne Ausnahme. Wenn ich daher in diesem Bericht mich jeder Schönfärberei enthalte, mich bemühe, die Situation der Partei so darzustellen, wie sie ist, so möchte ich doch nicht den Eindruck erwecken, als ob ich dieselbe pessimistisch auffasse. Die speziellen sozialistischen Organisationen werden, trotz des Umschlagens der sozialistischen Idee, noch so lange mit finanziellen Schwierigkeiten und sonstigen „Kinderkrankheiten“ zu

kämpfen haben, bis die Zeit für die Verschmelzung zu einer großen sozialistischen Arbeiterpartei gekommen sein wird.

Daß der Einfluss der Unabhängigen Arbeiterpartei trotz aller ihr entgegenstehenden Schwierigkeiten im Wachsen ist, geht u. a. auch daraus hervor, daß Tom Mann die Stelle als Parteisekretär angenommen hat. Mann war bis jetzt Sekretär der aus Radikalen und Fabianischen Sozialisten zusammengesetzten Londoner Reform-Union, deren Vorsitzender Lord Rosebery ist. Diese Stelle würde er schwerlich geopfert haben, wenn er sich nicht bei seinen Kundreisen im Norden überzeugt hätte, daß die Partei dort bereits ein lebensfähiger Faktor ist.

So viel über den Kongress, der vielleicht weniger glänzend ausgefallen ist, als manche erwartete, aber immerhin als ein achtungswertes Lebenszeichen des Sozialismus in England bezeichnet werden kann.

Die englischen Radikalen schwimmen in Wonne. Ihre Freunde, Lord Salisbury und Genossen, haben ihnen den großen Gefallen getan, der gar nicht in Gang zu bringenden Agitation gegen das Haus der Lords wirklich auf die Beine zu helfen. Nachdem die Herren die Papierschiffen zum Scheitern gebracht, haben sie das Werk der Zerstörung der Lokalfürsorgebildung nach und nach so arg getrieben, daß sich gestern sogar der sonst so schwer aufzurüttelnde Herzog von Devonshire zur offenen Revolte veranlaßt sah. Der Genannte, ebendam als Lord Hartington Führer der liberalen Unionisten im Haus der Gemeinen und jetzt Führer der zu ihnen zählenden Mitglieder der Peer-Kammer, ist noch nie ultraliberaler Tendenzen verdächtigt worden, als aber gestern einer der Adjutanten Lord Salisbury's ein Amendement einbrachte, das alle Mitglieder ländlicher Gemeinden vom Stimmrecht und dem Recht der Teilnahme an Gemeindefassungen ausschloß, die nicht selbst Steuerzahler sind, das heißt, alle, die ihren Mietheszin wöchentlich entrichten oder nur ein Stockwerk eines Hauses bewohnen — (für solche zählt nämlich der Hauseigentümer die Steuern, die er ihnen natürlich in der Miete anrechnet) — da war es selbst ihm zu viel, und in einer energischeren Rede, als man ihm zugetraut, forderte er zur Ablehnung des Antrages auf. Obwohl die Tories die Majorität bei den Lords haben, gaben sie noch, um der liberalen Mehrheit im Haus der Gemeinen eine gemeinsame Front gegenüber stellen zu können, aber der Effekt des versuchten Streiches ist nicht mehr zu verwischen und die höchst reaktionäre Rede, die Lord Salisbury zur Verteidigung des Antrages hielt, den er nur mit Bedauern fallen zu lassen erklärte, liefert den Liberalen ein Agitationsmaterial, wie sie es sich nicht besser wünschen können. Lord Salisbury sprach vom reinsten Klassenstandpunkt der Landlords; Landarbeitern das Stimmrecht in Gemeinde-Angelegenheiten gewähren, heißt den Gästen erlauben, auf Kosten des Wirtes selbst zu bestimmen, woraus das Essen bestehen soll, zu dem sie geladen. Nach Lord Salisbury scheint der Landlord für die Landarbeiter zu arbeiten und nicht diese für den Landlord.

Die Tory-Organen sind auch gar sehr nicht erbaut von der Affäre. Die Einen verteidigen den Führer ihrer Partei mit erschütterlicher Verlegenheit, andere, wie die tory-demokratische „Ball-Mall Gazette“, die neulich mit der Ente von Gladstone's Rücktritt ganz London in Aufregung brachte — an der Börse soll man vor Wonne „Rufe Britannia“ gesungen haben — greifen ihn ziemlich scharf an. Das genannte Blatt, spricht von unzeitgemäßer Opposition und meint trocken, Hauptpflicht der Lords sei es, darüber zu wachen, daß die Wähler nicht in die gegen sie ausgegebene Parole einstimmen, nicht aber über vermeintliche Gefahren des Gemeindevorsetzungs-Gesetzes. Beiläufig auch ein schöner Standpunkt.

Soziale Ueberblick.

Achtung, Schneider und Schneiderinnen! In einer am Dienstag, den 13. Februar, nach der Urania, Brangelstr. 9/10, einberufenen Versammlung aller Branchen der Schneiderei wird Kollege A. Zander über: „Die Praxis der Gewerbegerichte mit besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse der Mantelbranche“ referieren. Wir machen unsere Kollegen und Kolleginnen ganz besonders auf diese Versammlung aufmerksam und geben in Folgendem die Zahlstellen des Verbandes bekannt; auch werden dabei neue Mitglieder aufgenommen: 1. Zentral-Arbeitsnachweis und Auskunftsbureau, Schützenstr. 18/19 (Restaurant Freygang), wochentäglich von 8—1 Uhr, außerdem Sonnabend Abends von 8 1/2—10 Uhr; 2. Grenadierstraße 33 bei Seefeld, Montag

Abends von 8 1/2—10 Uhr; 3. Verlegerstraße 28 bei Hermer-Schmidt, Montag Abends von 8 1/2—10 Uhr; 4. Blumenthalstraße 8 bei Behrendt, Montag Abends von 8 1/2—10 Uhr; 5. Annenstr. 9 bei Proh. Mittwoch Abends 8 1/2—10 Uhr; 6. Frau Schwarz, Wienerstr. 68, v. 4 Tr.; 7. Frau Reinmann, Brangelstr. 68, v. 3 Tr.; 8. Frau Böring, Putzstr. 40, v. 4 Tr.

Die Lokalverwaltung des deutschen Schneider- und Schneiderinnen-Verbandes.

An alle in der Schuhindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen! Kollegen und Kolleginnen! Trotz der eifrigen Aufforderung, die zu wiederholten Malen an Euch ergangen ist, die Organisation Eurer Berufsgenossen zu unterstützen und zu fördern, ist von einem großen Teil unserer Kollegen und Kolleginnen diesem Drängen nicht Folge geleistet worden. Umso rücksichtloser konnte in anbeacht dieses Umstandes das Unternehmertum gegen uns vorgehen und die Forderungen, die von unserer Seite erhoben wurden, abweisen. Angesichts dieser Zustände richten wir an Euch die Ermahnung, die Versammlung, die wir am Montag, den 12. Februar, Abends 8 Uhr, Frankfurterstr. 30 bei Haberecht einberufen haben, recht zahlreich zu besuchen. Die sehr wichtige Tagesordnung die in jener Versammlung zur Erledigung gelangt, unsere Stellung zur Meißner und der Bericht des Delegierten der Gewerkschaftskommission — geben uns Veranlassung, um so dringender diese Aufforderung ergothen zu lassen, da es sich hier um sehr weitgehende Beschlüsse handelt. Kollegen und Kolleginnen! Zeigt, daß Ihr die Bedeutung des Arbeiterfeiertages erkannt habt, zeigt aber auch, daß Ihr der Organisation, dem „Deutschen Schuhmacher-Verband“, die Unterstützung gewährt, die zur Befestigung einer Organisation notwendig ist; deshalb mache es sich jeder zur Pflicht, ein Mitglied dieser Organisation zu werden.

An die Arbeiter und Arbeiterinnen der Ballschuhfabrik von Silber, Blumenstr. 72, richten wir hiermit die ganz besondere Aufforderung, diese Versammlung zu besuchen. Die Agitationskommission. A. Fleischer, Höchststr. 11.

An sämtliche in der Falouiebranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen!

Kollegen und Kolleginnen! In unserer Branche fehlt es bisher an jeder Organisation, die die Interessen der Berufsgenossen gegenüber dem Unternehmertum vertreten könnte. Wohl ist der Indifferentismus unter unseren Kollegen sehr groß, aber dennoch glauben wir, daß es eine Anzahl Kollegen und Kolleginnen geben wird, die mit uns gemeinsam sich der Aufgabe widmen, diesen Indifferentismus zu bannen und damit die Organisation in unserem Berufe fördern.

Kollegen und Kolleginnen! Zeigt, daß auch Ihr gewillt seid, Euch eine Organisation zu gründen, die im wahren Sinne des Wortes auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung steht; deshalb erscheint Montag Abend 8 Uhr bei Wienecks, Alte Jakobstr. 88, in der Versammlung, die zu dieser Frage Stellung nehmen soll.

Mehrere Kollegen und Kolleginnen.

Achtung, Arbeiter und Arbeiterinnen der Kontobuchbranche! Am 12. Februar d. J., Abends 8 1/2 Uhr, findet Annenstr. 16, bei Ehrenberg, eine abermalige Versammlung unserer Branchen und Werkstübenverhältnisse statt. Arbeiter und Arbeiterinnen! Erscheint Alle zu dieser Versammlung, um einen Einblick in die Werkstübenverhältnisse zu bekommen; die Versammlung soll berathen, welche Mittel und Wege in Anwendung zu bringen sind, um eine Besserung dieser schlechten Zustände herbeizuführen; wenigstens aber zu verhindern, daß eine weitere Verschlechterung unserer Lage eintritt. Die Tagesordnung dieser Versammlung ist: 1. Das Ergebnis der letzten Kontobucharbeiter-Versammlung und was denken wir zu thun. 2. Werkstüben-Angelegenheiten und Verschiedenes.

Der Vertrauensmann.

Die Sperre über die Werkstätte Schmid, Berlin, Ziegelstr. 8, dauert fort. Vor Zugang wird gewarnt. Der Vertrauensmann der chirurgischen Branche.

Der Formerkreis in Nürnberg dauert unverändert fort. Die Verhandlungen vor dem „Einigungsamt“ sind bisher resultatlos verlaufen, da die Unternehmer sich weigerten, die Forderungen der Arbeiter zu bewilligen. Dagegen versuchen

Wir haben genug! *)

Aber seine (Wörne's) Worte: „Kein europäischer Fürst ist so verblendet, daß er glaubt, seine Enkel werden seinen Thron bestiegen“, diese Worte muß ich leider bezweifeln. Es muß ärger werden, ehe es besser wird. Der fünfzehnjährige Vassalle.

Man muß sich hüten, den Nothstand öffentlich anzuerkennen, weil dadurch nur die Arbeitslosen und die Vergehrlichkeit gesteigert wird. Das Niveau der Menschen im allgemeinen und der Arbeiter im besonderen sinkt herab, wenn sich eine übermäßige Hilfsbereitschaft gegenüber Arbeitslosigkeit zeigt.“ Herr Stadtbaurath Hohrecht-Berlin.

Am 23. Januar 1894 war's im Sprechsaal des allgemeinen, gleichen, direkten, geheimen und deutschen Volkes, genannt Reichstag, recht langweilig. Es roch förmlich nach Wärmehallen, drei-Pfeinig-Kaffee und zehn-Pfeinig-Diners, und der schweißige Dunst der Vielzuvielen, der von irgend woher sich eingeschlichen hatte, wurde nur mäßig aromatisirt durch den unkräftigen Duft polizeilicher Gummi-Artikel, dieser furchtbarlichen schlauchförmigen Präservative gegen die üblen Folgen des Hungers.

Es war, wie gesagt, sehr langweilig: der zweite Tag der allwintertlich wiederkehrenden Nothstandsdebatten. Ich bitte, kann man wirklich von einem seit Jahren verhungerten Agrarier verlangen, daß er sich in anderer Leute private Angelegenheiten mischt, wo ihm selbst das Dach unter der Last der Hypotheken zusammenzusinken droht. Nein, das wäre sträflicher Fürwitz, ein unberechtigter Eingriff in fremde Familienverhältnisse. Und überdies ist der Nothstand genau das, was Frühling und Liebe in der Lyrik ist. Es löst sich nichts Neues über diesen Gegenstand sagen, und deshalb wird ein gebildeter und intelligenter Mensch das Thema vermeiden. Höchstens den Ausgewählten des Himmels bescheidet fromme Spezial-

erleuchtung ein neues Sprichlein, wie das des braven Zentrumsmannes Fuchs, der da sehr richtig und originell bemerkte: „Die Geschichte lehrt, daß, so lange es Menschen gegeben hat, auch Nothstände existierten. In der That, die Menschheit liegt krank und elend am Wege aller Zeiten, auch der unserigen, — und daran werden auch Sie nichts ändern; denn es ist eben Gottes Wille, daß dem so sei. Die Erde ist eben kein Paradies, und wir können uns auch selbst hienieden keins schaffen. Noth und Elend fällen das Dasein des Menschen aus; indem wir sie mit Ergebung in Gottes Willen ertragen, sollen wir uns den Himmel verdienen.“ Womit freilich das Sträuben gegen den — nach der Ansicht des Herrn — teuflischen Zukunftsstaat unerklärlich wird, dessen verbessertes d. h. vergrößertes Elend doch eine um so tüchtigere Vorbereitungsschule zur Erlangung des Reifezeugnisses für die himmlische Karriere sein dürfte.

Während so böse Umstürzer wegen ein Bischen Hunger und Frost mit der Vorsehung und der Ordnung des Diesseits haderten, schritt draußen in gewaltigem Gang die Weltgeschichte und rüttelte an den Vorapparat und an den Redaktionshirnen, und nachdem sie sich genistet in der dämmerigen Einsamkeit eines edlen Weingewölbes, thürmte sie aus Briefen und Lokomotiven, aus Empfangsentwürfen, Einmungen, Diners, Nacht am Rhein, Flagen, gebildeter und besitzender Begeisterung, Gruppenbildern, Leitartikeln und Telegrammen ein Riesennetz des Reimenschlichen. Und die Menschen gingen hin in den hehren Kartendom der Versöhnung, in dem die Legende die Festpredigt hielt, und lauschten andächtig den Worten des Friedens, und es war alles wie ein historischer Aktenschluß mit schöner bedeutender Gruppenbildung und gutem Nothausgang.

Selbst die gerecht verbitterten Agrarier, auf deren Existenz — ich weiß es nicht recht, ist es durch das alte Rom oder durch die französische Revolution historisch erwiesen — das Dasein der Welt beruht, entbeden, nachdem sie sich zuvor fürsorglich vergewissert, daß das Ganze nicht etwa eine Intrigue zu Gunsten des russischen Handelsvertrages sei, ihre jauchzende vom Alp befreite Volksseele . . .

Im Sprechsaal des allgemeinen, gleichen, direkten, geheimen und deutschen Volkes sprach der Sozialdemokrat Kühn gerade über das sogenannte Weberelend in Schlesien. Es

wohnen dort nämlich jene unangenehmen Leute, die zu faul sind, um sich ordentlich satt zu essen, denen deshalb die Haut — und noch dazu eine schmutzige fleckige Haut — direkt ohne jeden Zwischenhandel von Fleisch und Fett über das Knochengestirrt gespannt scheint, das sich überdies noch in wunderlichen Bindungen und Wendungen gefüllt; nirgends sieht man die Köpfe in so mannigfacher Weise an den Kumpf genietet wie in jener unangenehmen Gegend. Also eine Familie von zwei Erwachsenen und einem arbeitsfähigen Kinde verdient bei voller Arbeit die Riesensumme von 6 1/2 M. pro Woche im günstigsten Fall — sagt dieses Zentrumsblatt . . . Die Häuser sind so, daß vorne und hinten so viele Risse in der Lehmwand sind, daß, wenn man gegen die Vorderwand einen Stein wirft, er hinten wieder hinausfliegt . . . Das Stüchchen Land, das einzelne haben, ist an den Vergleichen und Steinrücken so herumgelegt, und von den mühseligen paar Palmten, die sich da mit unendlich vieler Mühe die Arbeiter früh Morgens und Abends nach ihrer regelmäßigen Erwerbsarbeit erzeugen, müssen sie nicht etwa den zehnten Theil, sondern oft die Hälfte und in einzelnen Fällen das Ganze wieder opfern, und zwar für die gräßlichen Hirsche, Rehe und Hasen, die in den angrenzenden Forsten ihren Sitz haben, und die natürlich nicht erst um Erlaubnis fragen, ob sie etwas abfressen oder zertrampeln dürfen . . . Derlei abgedroschene Dinge führte Herr Kühn in eintöniger Breite vor, in dem welthistorischen Moment, da das hochgespannte Empfinden der Nation die Chamade unjubeelte, die aus der Fanfare: „Le roi me rovera!“ geäußert worden war, wie es schien; solche triste Sentimentalitäten wagte Herr Kühn anzuspinnen, obwohl Herr v. Kardorff — einer von denen, ohne die der Staat nicht leben kann! — bereits seine jauchzende Volksseele entbedt und in folgend Muth offen bekannt hatte. Da ließ sich die mißhandelte Volksseele nicht länger bändigen. Hatte Herr Kropatschek zuerst in höflicher Verwarnung die Volksstimme eines Bekannten vorgeführt, der zu ihm geäußert: „Heute wird es wohl große Radaurenden hier im Reichstag geben!“ so mußte jetzt etwas deutlicher gegen die Feiertimmung der Nation schönde entweichenden Radaurenden protestirt werden und mit einem kräftigen: „Wir haben genug!“ verließ ein Theil der Rechten demonstrativ das Haus. Das

*) Wir bringen heute ausnahmsweise an Stelle der Sonntagsplauderei von Alpha ein Feuilleton eines gelegentlichen Mitarbeiter's, das zwar Vorgänge beleuchtet, die einige Wochen hinter uns liegen, aber wegen der Art der Darstellung und auch des behandelten Gegenstandes wegen noch heute auf ungeschwächtes Interesse rechnen darf.

es die Fabrikanten, Streikbrecher zu erlangen. Zu diesem Zwecke begeben sich die Meister, Buchhalter u. s. w. zu den einzelnen Arbeitern in die Wohnung und suchen sie zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen. Einige junge Leute ließen sich auch tatsächlich überreden, wurden aber bald wieder eines Besseren belehrt. Aus den Aeußerungen der Fabrikanten im Einigungsamt geht hervor, daß es darauf abgesehen ist, die Organisation der Former zu zersplittern und die Arbeit in allen Betrieben in Nürnberg zur Einführung zu bringen. Das Streikkomitee erachtet uns, ganz besonders darauf hinzuweisen, daß alle Gerüchte der gegnerischen Presse über die angebliche Beendigung des Streiks solange als unwahr anzufassen seien, bis ihn das Komitee offiziell als beendet erklärt. Besondere Vorsicht ist auch allen Annoncen gegenüber, durch die Former gesucht werden, zu gebrauchen, da die Nürnberger Fabrikanten auf diesem Wege Ersatz heranzuziehen suchen. Der Geist der Streikenden ist ein andauernd guter. Werden dieselben kräftig unterstützt und wird Jutug streng fern gehalten, dann ist Aussicht auf vollständigen Sieg vorhanden.

Der Streik der Kohlenarbeiter in Mährisch-Odrau gewinnt fortgesetzt an Ausdehnung. Nach der Lohnzahlung dürfte sich noch eine große Anzahl Bergleute anschließen. Die Streikenden verhalten sich im allgemeinen ruhig.

Die Allgemeine deutsche Inskuh-Kranken- und Sterbekasse, Sig. A. 1. 3., hat in Mainz ihre außerordentliche Generalversammlung abgehalten, die aus 70 Zahlstücken durch 30 Delegierte besetzt war. Es wurde in anbetrach der Verhältnisse einstimmig beschlossen, die Kasse zu liquidieren und in den neu gegründeten Verband „Solidarität“ einzutreten. Das Eintrittsgeld ist für den neuen Verband auf 1,50 M. festgesetzt und der wöchentliche Beitrag auf 30 Pf., wofür eine Unterstützung von 8 M. 26 Wochen lang gesucht wird. Der neue Mitgliedschaft in einer Krankenkasse nachweist, dem ist die Weidung eines ärztlichen Zeugnisses erlassen.

Der Bohemia-Schaal Nr. 2 in Teplich kürzte gestern auf 20 Meter von oben ein und wird längere Zeit außer Betrieb bleiben müssen. Glücklicherweise sind Menschenleben nicht zu beklagen.

Streikbewegung in Oesterreich. Die Gasarbeiter haben ihre Forderungen von der „Kontinental-Gas-Assoziation“ bewilligt erhalten, jedoch der Streik beendet. — Die Arbeiter der Futterfabrik sind in den Streik eingetreten; ihre Forderungen sind: Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden, Lohnregulierung und Abschaffung der Auserkennung. — In Drauzen bei Wien dauert der Ausstand der Hutmacher fort. Dort handelt es sich, wie wir bereits mitgeteilt, um Anhebung der Lohnarbeit, in welche die Unternehmer nicht einwilligen wollen. Bis jetzt haben sich Streikbrecher noch nicht gefunden und da Unterführungen genigend einlaufen, hoffen die Hutmacher bestimmt auf baldigen Sieg. — In der Wiener Eisenhütte von Krus und Galle e legten sämtliche Arbeiter, 30 an der Zahl, die Arbeit nieder. Die Ursache dazu gab die Maßregelung von 2 Genossen, die sich am letzten Streik beteiligt hatten.

Zwei Arbeitslosen-Versammlungen fanden am Mittwoch in Wien statt, die überaus stark besucht waren. Ein Redner bezifferte die Zahl der Arbeitslosen in Wien auf 100 000, die in Niederösterreich auf 35 000. Eine Versammlung wurde aufgelöst und der Saal von der stark vertretenen Polizei geräumt. — Ein anderer der in jener Versammlung aufstretenden Redner brachte statistisches Material herbei über die Zunahme der Kriminalität in Oesterreich-Ungarn. Wir entnehmen demselben folgende Zahlen: Im Jahre 1874 sind in Oesterreich-Ungarn 308 605 Personen strafrechtlich verurteilt worden, im Jahre 1892 über 600 000, im Jahre 1878 kam in Oesterreich auf 724 Einwohner ein Armer, im Jahre 1892 auf 622 Einwohner ein Armer und in diesem Jahrzehnt hat sich das Verhältnis noch bedeutend verschlechtert. Im Jahre 1891 sind nach einem Polizeiberichte in Wien über 24 000 Personen als obdachlos aufgegriffen worden. Im Jahre 1892 schon 28 602. Davon waren 20 575 Männer, 4700 Frauen und 1847 unmündige Kinder. 3102 Personen meldeten sich selbst als obdachlos. Das Männerasyl auf der Landstraße beherbergte in diesem Jahre 70 148 Männer und 127 Knaben, das Frauenasyl 18 064 Frauen und 3712 Kinder. Außerdem hatte der Asylverein für Obdachlose 7954 Männer im Massenquartier im X. Bezirke untergebracht, das sind zusammen: 157 100 Menschen beiderlei Geschlechts obdachlos. Diese Zahlen sprechen deutlich genug, aber dort wo hier hat man in den höheren Regionen kein Verständnis für die Zeichen der Zeit.

Arbeitslohn und Polizei. In der Kaiserstadt an der Donau zeigt man sich, wie in allen anderen Dingen, so auch in der Behandlung der Arbeitslosen als die gelehrigen Schüler des neuen, alten deutschen Kurzes. Eine Versammlung von 2000 Arbeitslosen, welche am Freitag in Wien abgehalten wurde, ist, wie der Telegraph meldet, infolge „maßloser“ Angriffe gegen die Regierung aufgelöst worden. Vierhundert Teilnehmer an dieser Versammlung zogen nach dem Rathhaus, um zu demonstrieren; sie wurden aber ohne Widerstand gestreut. Was heißt „maßlose“ Angriffe? Man wird die

Unthätigkeit der Regierung gegenüber dem fast bis zur Hungersnoth entwickelten Nothstand, einer scharfen Kritik unterzogen haben. Und da man die Wahrheit nicht vertragen kann, so löst man die Versammlung auf und treibt die Hungernden nach Hause — in Deutschland, wie in Oesterreich.

Ein Tafelausschuss im Werte von 25 000 Mark soll dem Großherzog von Hessen zu seiner Vermählung von Seiten der fünf größten bessischen Städte als „Respektsgeschenk“ überreicht werden. Natürlich bezahlten die Herren Reichsbesitzer selbst nichts davon aus ihrer Tasche, die „Respektbewegung“ folgte ihnen nichts. Welch endlose Debatten spielen sich hingegen ab, wenn es sich um eine Bewilligung zu Gunsten der Arbeiter handelt.

Sprechsaal.

Die Redaktionen stellt die Benutzung des Sprechsaals, soweit der Raum dazu abgesehen ist, dem Publikum zur Verfügung von Angelegenheiten allgemeinen Interesses zur Verfügung; sie wahren sich aber gleichzeitig dagegen, mit dem Inhalt desselben identifiziert zu werden.

In Nr. 22. der Beilage vom Sonnabend, den 27. Januar d. J., unterbreitete Schriftföher Rud. Arendsee seine Ansicht über die Zentralisation der Ortskrankenkassen der Berliner Arbeiterschaft.

Das Recht, die Spalten des „Vorwärts“ hierzu zu benutzen, hatte Herr Arendsee wohl; aber nur, um diese Angelegenheit sachlich zu behandeln, nicht, wie er es gethan, ehrliche Männer zu verdächtigen. Herr Arendsee nennt als ersten Kämpfer für die Zentralisation den Buchdrucker Martin; — ich habe keine Gelegenheit gehabt, diesen Mann näher kennen zu lernen und kann selblich über seine Thätigkeit, sowie über seinen Charakter kein Urtheil abgeben. — Herr Martin ist am 1. Januar dieses Jahres begraben und kann sich nicht mehr verteidigen. Als zweiten Kämpfer für die Zentralisation nennt Herr Arendsee meine Wenigkeit. Es liegt mir nun ob, mich diesem Herrn gegenüber zu verteidigen. Bevor dieses geschieht, Einiges über die Nothwendigkeit der Zentralisation.

Meine Ueberzeugung von der Nothwendigkeit der Zentralisation entspringt aus den vielen berechtigten Klagen der Mitglieder. Diese sind stets der Meinung gewesen, daß der Gewerkschaft nur die billigste Medizin verschreibe; sie nennen dieselbe einfach „Lathenwasser“. Ob diese Ansicht begründet, darüber Erläuterungen einzugehen, hielt ich mich seinerzeit als Vorsigender der Maschinenbauer-Kasse verpflichtet.

Zwei unserer tüchtigsten Aerzte erklärten mir, die Ansicht der Mitglieder über die Medizin sei theilweise wohl begründet. Sie erklärten wörtlich: „Wenn auch eine liberale Verwaltung dem Arzt nach seiner Ueberzeugung handeln läßt, so giebt es doch viele Rassenvorurtheile, die anders denken, wie Sie. Kaum sind Sie hinaus, so kommt ein Anderer, und macht uns die größten Vorwürfe, daß wir so theure Medizin verschreiben. Sorgen Sie dafür, daß wir eine einheitliche Verwaltung bekommen und daß der Arzt nach seiner Ueberzeugung handeln kann, dann werden die Klagen der Mitglieder nach dieser Richtung hin aufhören.“ Der Ruf der Aerzte nach einheitlicher Verwaltung ist berechtigt und liegt im Interesse der Mitglieder.

Verübt Vorstehendes das Verhältnis der Mitglieder zu den Aerzten, so kommen wir jetzt zu dem Punkt: wie ist das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in Rassen-Angelegenheiten? Herr Arendsee sagt wörtlich:

„Glaubt Herr Meyer bei der Bourgeoisie das nötige Maßgrat zu finden? Im letzteren Falle wird er volle Anerkennung und vielleicht auch Gegenliebe finden. Denn nur für die Unternehmer und die Behörden wird die Zentralisation von Vortheil sein.“

Herr Arendsee, sind Sie auf dem Gebiete des Krankenkassen-Wesens so unerfahren, daß Sie nicht wissen, daß sich die Zentralisation im Großbetriebe bereits vollzogen hat, ohne auch nur den Arbeiter zu fragen? In den großen Fabriken finden sich alle Berufsstände zusammen: Schuhmacher, Schneider, Gärtler, Schlosser, Kaufmann, Maurer, Schriftföher u. s. w. — alles ist vertreten. Der Arbeitslose, mag er Schriftföher oder Kaufmann sein, nimmt, durch die Verhältnisse gezwungen, in der Fabrik gerne Beschäftigung als Arbeitmann. Nimmt nun ein Schriftföher in einer Fabrik Beschäftigung an, so wird er, ohne daß man ihn danach fragt, der Kasse überwiesen, bei welcher die Fabrik versicherungspflichtig ist.

Gerne hätte nun der Schriftföher seine Beiträge an seine Gewerkschaft abgeführt, um seine Ansprüche zu wahren; aber erstens erlaubt ihm sein geringer Verdienst solches nicht und zweitens wäre es eine Dummheit, beiden Todtlaffen anzugehören. Das Arbeitsverhältnis ändert sich bei Tausenden das Jahr hindurch verschiedene Male. Gehört er heute der neuen Maschinenbauer-Kasse an, so kann er über 2 Monate Mitglied der Allgemeinen Fabrikarbeiter-Kasse sein und nach 6 Monaten wird er der alten Maschinenbauer-Kasse überwiesen. Ist es nun dem Arbeiter gleichgültig, ob er der Kasse 2 Monate oder Jahre lang angehört?

Die Erfahrung hat uns gelehrt, daß im Erkrankungsfall derjenige, welcher erst kurze Zeit Mitglied der Kasse ist, einer

viel strengeren Kontrolle unterworfen wird als derjenige, der Jahre lang der Kasse bereits angehört; das geringste Vergehen bringt dem Kranken den Verlust des Krankengeldes.

Was sind das für traurige Zustände, wie sie sich jetzt abspielen zwischen Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Rassenvorstand? Ein Fall als Beispiel meiner richtigen Auffassung: Die Firma Kramme, Gitschinerstraße, beschäftigt Gärtler, Schlosser, Klempner, Former u. s. w. Bisher hatte der Arbeitgeber keinen Zwang auf seine Arbeiter ausgeübt, dieser oder jener Klasse anzugehören. Vom 1. Januar d. J. ab sind alle seine Arbeiter der Maschinenbauer-Kasse überwiesen; dieselbe steht aber bei den Arbeitern in keinem guten Rufe; die Arbeiter weigern sich daher und haben bei der Behörde Protest dagegen erhoben. Auch kommt nun der Gärtler-Vorstand und reklamirt die Fabrik als bei der Gärtler-Kasse versicherungspflichtig. Die Behörde weist beide Parteien zurück und verlangt ein technisches Gutachten.

Solche Fälle, wie der angeführte, spielen sich alle Tage ab, und vorwiegend bei den größeren Rassen. Wer ist nun der Geschädigte in dem Kampfe zwischen Arbeitgeber, Behörde und Rassenvorstand? Immer nur der Arbeiter! Ruhe und Frieden zwischen allen Parteien, und nur zum Vortheile des arbeitenden Volkes, welches nie um seine Meinung befragt wird, kann nur durch die Zentralisation sämtlicher Rassen erzielt werden.

Eine Stellungnahme zur Billigkeitfrage halte ich für überflüssig, da für mich der Schwerpunkt in den von mir angeführten Verhältnissen liegt. Kommen wir nun zu den Verdächtigungen des Herrn Arendsee! Derselbe sagt wörtlich, nachdem er einiges angeführt, welches er als Nachteil für die Rassen bezeichnet: „Die übrigen Nachteile ergeben sich aus folgendem. Siehe wir uns die Männer an, welche die Zentralisation in die Wege gebracht haben.“ Der Herr Arendsee selbst sagt, daß ich vor 20 Jahren mit dieser Idee schwanger gegangen bin, daß ich bei der Behörde niemals Gegenliebe fand, jetzt aber bei denselben Herren Anerkennung finde, da sich inzwischen die Verhältnisse geändert, und kommt nun zu der Frage: „Sollte die Sache hier nicht einen Haken haben?“

Herr Arendsee! Begreifen Sie denn nicht, daß in diesen Ihren Worten eine schwere Beleidigung für mich liegt? Glauben Sie, ich würde diese Ihre Beleidigung dankend entgegen nehmen?

Trotzdem ich in der Versammlung klar gelegt, was mich veranlaßt hat, hierüber Erläuterungen einzugehen, so bin ich gezwungen, hier meinen Standpunkt noch einmal zu wiederholen. Jahre lang habe ich der Maschinenbauer-Kasse vorgestanden. Die Kämpfe, die ich auszuführen hatte, sind dem Berliner Arbeiter zum größten Theil bekannt.

Da ich nun Jahre lang infolge meiner Stellung mit den Behörden zu arbeiten hatte, bin ich bei denselben auch bekannt geworden, wie ein hunter Hund — wie man zu sagen pflegt — und daß ich bei diesen Arbeiten meiner Schwangerschaft erwähnte und selbstverständlich eine glückliche Entbindung wünschte, ist wohl jedem einleuchtend; es wird niemand in dieser meiner Handlungsweise einen Haken herausfinden, außer Herr Arendsee! Wenn nun in der ersten Versammlung gesagt wurde von Seiten des Referenten, daß, wenn sich die Arbeiter nicht zentralisiren, die Behörde hierzu Veranlassung nehmen würde, so hätte ich wohl die Berechtigung, hieran zu zweifeln, da mir vor Jahren (1886) das Gegenheil gesagt worden war. Um aber hierüber Auskunft zu erhalten, zog ich an maßgebender Stelle sofort Erläuterungen ein und wurde mir die Erklärung gegeben, daß seitens der obersten Behörde kein Hinderniß in den Weg gelegt werden würde.

Ich bin der Ansicht, daß wohl ein jeder, der ein solches Interesse an der Sache hat, wie ich, ebenso gehandelt haben würde, als wie ich es gethan habe.

A. Meyer, Schlosser, Gitschinerstraße 79.

Briefkasten der Redaktion.

G. 25. Ja, Naturd innerhalb vier Wochen nach Zustellung.

B. N. 90. 1. Nein. 2. Ja.

G. S. 120. Das können wir Ihnen im Augenblick nicht sagen. Das neue Gesetz ist noch nicht publizirt.

G. S. 7. 33. Sie müssen zahlen.

G. Müller, Grauschnig. In gewissen Fällen kann auch ein Reichsangehöriger ausgewiesen werden. Ob der Fall vorliegt, kann nur beurtheilt werden nach Beantwortung folgender Fragen: Wie lange sind Sie am Orte anständig? Genühen Sie Armenunterstützung? Sind Sie bestraft und weshalb? Bitte, geben Sie zur weiteren Antwort eine Chiffre an.

Bureau-Angestellten. Ihre Einsetzung über den stenographischen Unterricht muß als Inserat aufgegeben werden. Ihre Versammlungsanzeige wird besorgt.

B. P. 2. Keiner von Beiden.

Hr. Arnoldi. Abschrift des Testaments erhalten Sie auf Antrag von dem Amtsgewalt Trier. Der Anspruch auf Altersrente kann nicht mehr geltend gemacht werden, da die Zeit zur Einlegung der Rechtsmittel gegen den abschlägigen Bescheid längst verstrichen ist.

Radwig. Der Raum im „Vorwärts“ ist so beschränkt, daß wir eine so weitgehende Diskussion nicht zulassen können.

parlamentarische Glendenschauspiel schloß mit grellem, höhnischem Klang, während das hochpoetische, großzügige Historiendrama, das sich gleichzeitig abspielte, schön und befreiend endete, in vollendeter Technik und mit meisterhafter Wahrung der Einheit der Zeit. Ein schneidendes: „Wir haben genug!“ dort, ein sehnächtiges: „D wahrte es ewig!“ hier, ungemilderte, unverdeckte Wahrheit im ersten, glänzende Stillsirung, Glättung, Verleumdung im anderen Fall. Aus den Tiefen der Volksseele stammt nur die Bewunderung, die weiß, daß eigentlich alles nicht wahr ist, was sie bewundert. Das Unwahre allein ist das Befriedigende, das Begeistende, man betet das Unwahre an, indem man das Unmögliche möglich denkt. Selbst historische Familiendramen sind nur dann wirksam, wenn sie nicht von Menschenkenntern geschrieben sind und keine Menschenkenntner als Publikum verlangen. Vor einigen Jahren ereignete sich einmal im Berliner Residenztheater ein seltsamer Vorfall. Herrn Dauder's „Kampf ums Dasein“ wurde aufgeführt. Auf dem Zettel standen vier Akte vermerkt, aber der dritte Akt war hinterlistiger Weise durch eine Verwandelung halbiert. Als nun am Schluß des dritten Aktes der Held, der bis dahin ein roher, gemüthloser, vor keinem Verbrechen zurückschreckender Streber war, in einer reinmenschlichen Aufwallung vor einer edelmüthigen Dame aus der Kniee stürzte, da war das Publikum hocherhebt und tiefgriffen und — eilte nach der Garderobe. Es kostete einige Mühe, die Leute zu überreden, sich noch den vierten Akt zu beschauen, der minder verjöhnlich war. Es geschieht öfters, daß wir das zweite Bild des dritten Aktes mit dem vierten Akte verwechseln, weil wir alles Menschliche für möglich zu halten wünschen, ausgenommen das Menschenmögliche, was zumeist das Unerföhlliche und Unbefriedigende ist.

Wir haben auch keine Lust, das Wahre, das Wesentliche würdig zu benütigen, aber die Anekdote in Galauniform wissen wir zu feiern und zu genießen. Ergreifend ist es zu lesen, wie ein blonder Mann aus der Provinz unlängst, beim Einzug des Fürsten Bismarck in Berlin, zwei Leute von peinlich gekrümmtem Rücken

barsch zurecht wies, weil sie, anstatt Deutschland Deutschland über Alles“ mitzuführen von Kreditaktien sich unterhielten. Welch' seiner Takt für das in geweihten Höhenzeiten Schickliche spricht aus dieser national-blonden Zurechtweisung. Und nun vergleiche man dieses vielleicht übertriebene zarte Taktgefühl mit der Art, wie man die reichs-täglichen Nothstandsdebatten erledigte. Wenn man bei Nothstandsdebatten, anstatt in feierlicher Ergriffenheit unserer Regierung, unseren Euxen, unseren Verhältnissen, unserer Zeit ein Vertrauensvotum auszustellen, die Herrlichkeit des Erworbenen preisend, von Arbeitslosigkeit, Glend und so weiter spricht, so ist das genau so, wie wenn ein Redner am deutsch-nationalen Verjöhnungstag von Kreditaktien spricht. Selbst Herr v. Boetticher hat etwas von seinem alten schönen Pathos eingebüßt, auch er sprach gelegentlich von Kreditaktien — will sagen von Arbeitslosigkeit, und es kostete ihm einige Mühe, an statistischen Rettungsseilen auf den Boden der idealen Zustände zu klettern. Doch besaß er wenigstens so viel Dürftlichkeit, sich auf banalsten Abstrichgedanken nicht einzulassen. Mehr Lob verdient Herr v. Stumm. Sein sehnächtiges Ringen nach einem neuen Sozialistengesetz zeigt, daß es immer noch Männer giebt, die eine schönere, von der Misere des kleinen erbärmlichen Alltagslebens unbesteete Zeit herauszuföhren beflissen sind. Und in welcher hochherziger Weise wehrte er die Würde germanischer Staudesart, als er die Orger und Volksbeglädter auf die Schmach hinwies, daß sie sich für ihre Thätigkeit bezahlen ließen. Bisher haben die Führer der deutschen Nation von Industrie, Landwirtschafts- und Gottesgnaden, die Minister, Staatssekretäre, Landräthe, Regierungspräsidenten niemals sich für die Leistung ihrer Ehrenpflicht besolden lassen, und selbst die Landbriefträger, Weichensteller und Volksschullehrer, die in ihrem Pöbelstimm von Haus aus solgieriger sind, werden durch die weise Einwirkung einer ethischen Regierung zur Abgewöhnung dieses schmutzigen Erbes erzogen. Es gab dann wohl noch einige Lichtpunkte: die herrlichen Worte, die man dem Christenthum gewidmet hat, der freisinnige Gedanke, daß nur wenn die Menschen

Engel wären, sie für das Juchthaus des Zukunftsstaates befähigt sein würden; doch kann dieser Lichtpunkt auch eine optische Täuschung sein. Aber immerhin war das Herrenwort: „Wir haben genug!“ wie eine Erlösung.

Sonderbar ist es nur, daß selbst die Herren Sozialdemokraten, trotzdem man ihnen zu Liebe das schöne Thema in die Niedrigkeit verkommenen Menschenthums gezogen hat, so ganz und gar nicht zufrieden mit dem Verlauf der Verhandlungen sind. Es ist immer der alte Jammer, daß sie sich, statt einfach begeistert zu fühlen, in allerlei grauen Abstraktionen rationalistisch deuten. So erreichte mich, während ich gerade die großen Begebnisse der letzten Tage berauschte — ich hoffe, daß ein wenig von dieser Stimmung noch in diesen Zeilen zu spüren ist — auf dem Sopha nachträumte, ein bitterböser Brief aus der Provinz, der u. A. folgende Stelle enthielt: „Während die guten Leute die Regierung für unfähig halten, auch nur einem Pungruden ein Stückchen Brot, einem Frierenden einen Rock, einem Obdachlosen eine Stube zu verschaffen, glauben sie mit fanatischer Jubrunst an die gewaltige Kraftwirkung, die eine rein menschliche Impression eines Fürsten, der Frieden schließen will — oder zu schließen scheint — mit einem entlassenen Diener (die Schulgeschichte wird das einst unter die schönen Tage buchen!) auf die Gestaltung der Dinge zu üben vermag. Wie ist mir so klar geworden, wie klein doch eigentlich der Größenkultus ist: niedrige politische Sinnlichkeit, die täglich absicht gegen die reine Geistigkeit, die an Gedanken glaubt, die Ideen in Thaten zu verwandeln strebt. Wehe denen, die all ihre Leidenschaft für politische Opernpränge vergeuden, und nichts übrig haben für das Wesentliche der modernen Kultur, für die eigentliche Mission der Zeit!“

Psni, sind diese Provinzialen nüchtern, abstrakt, gemein!

Ich aber schwärme, und mein Kopf tanzt, wie ein lachender Löwe.

Deutschland, Deutschland über alles!

Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter
 Berlins und Umgegend.
 Montag, den 19. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, in den Arminhallen,
 Kommandantenstr. 20:
Außerordentliche General-Versammlung.
 Tagesordnung:
 1. Antrag des Kollegen Rätzer auf Aenderung der §§ 1 und 8 des Statuts (Aufnahme weiblicher Mitglieder betreffend). 2. Antrag des Vorstandes auf Aenderung der §§ 5 und 7 des Statuts. 3. Antrag des Vorstandes auf Abhaltung eines Sommerfestes. 4. Die Stellung der Organisation zum 1. Mai. 5. An den Vorstand gelangte Anträge.
 Ohne Mitgliedskarte kein Zutritt.
 Der wichtigsten Tagesordnung wegen werden die Kollegen ersucht, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
 458/2 Der Vorstand.

Große öffentliche Versammlung
der Textilarbeiter und Arbeiterinnen
 (Weber, Wirker u. s. w.)
 am Montag, den 12. Februar 1894, Abends 8 Uhr,
 bei Joël, Andreasstraße Nr. 21.
 Tagesordnung: 1. Die traurige Lage der Gewerbetreibenden. Stellungnahme zu derselben. Referent: Reichstags-Abgeordneter Buch. 2. Diskussion. 3. Bericht des Delegierten der Gewerkschafts-Kommission. 4. Wahl eines internationalen Vertrauensmanns. 5. Verschiedenes.
 829/15 Der Einberufer. J. Janz, Königsbergerstr. 33.

Arbeiter-Bildungsverein Friedrichsberg.
 Dienstag, den 13. Februar, Abends 9 Uhr, im Lokale des Herrn Neumann (früher Decker), Rummelsburgerstr. 23:
Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag. (Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht.) 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Gäste freundlichst willkommen.
 Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
 122/6 Der Vorstand.

Allg. Hilfsarbeiter- und Arbeiterinnen-Verein.
 Montag, den 19. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Schäffer, Inselstr. 10:
Grosse Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Die Sonntagstrube in der chemischen Industrie. Referent: Reichstags-Abgeordneter Emanuel Wurm. 2. Diskussion. 3. Wahl zweier Arbeitervertreter zur bevorstehenden Konferenz.
 Gäste haben Zutritt. Die Arbeiter und Arbeiterinnen aus der chemischen Industrie sind wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ganz besonders eingeladen.
 161/13 Der Einberufer.

Große öffentliche Versammlung
aller in der Schuh-Industrie besch. Arbeiter
 und Arbeiterinnen Berlins
 am Montag, den 12. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, bei Haberecht,
 Große Frankfurterstraße Nr. 30.
 Tagesordnung: 1. Wie feiern wir den 1. Mai. Referent: Genosse Millarg. 2. Diskussion. 3. Berichterstattung der Delegierten der Gewerkschafts-Kommission und Neuwahl derselben. 4. Verschiedenes.
 464/10 Der Einberufer.

Nationale Krankenkasse der Deutschen Gold- u. Silberarbeiter
 und verw. Berufsgenossen. (G. S.)
 Montag, den 12. Februar, Abends präz. 8 1/2 Uhr,
 im Dresdener Garten, Dresdenerstr. 45:
Mitglieder-Versammlung
 (§ 24 des Statuts).
 Tagesordnung: 1. Jahresbericht des Vorstandes. 2. Diskussion über denselben. 3. Wahl des Vorstandes. 4. Verschiedenes.
 Das Kassabuch legitimiert. Minderjährige haben keinen Zutritt!
 Um recht zahlreiches wie pünktliches Erscheinen ersucht
 1096/6 Der Vorstand.
 J. A.: G. Holtkamp, Admiralstr. 18a.

Achtung! Stellmacher. Achtung!
Gr. öffentl. Versammlung der Stellmacher
 Berlins und Umgegend
 am Montag, den 11. d. M., Vorm. 10 Uhr,
 in den Arminhallen, Kommandantenstraße Nr. 20.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Delegierten zur Gewerkschafts-Kommission. 4. Bericht der Agitations-Kommission und Wahl derselben. 5. Verschiedenes.
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht
 1680/6 Die Agitations-Kommission.

Verband der in Holzbearbeitungs-Fabriken und auf Holzplätzen beschäft. Arbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands.
 Ortsverwaltung Berlin I.
 Sonnabend, den 17. Februar, in Kiliom's Gesellen,
 Hafenstraße 14/15:
Gr. Wiener Maskenball.
 Um 12 Uhr: Kaffeepause. Nach derselben:
 Vorführung der Hasenbeck'schen Thierkaravane auf ihrer Durchreise nach
 Entree 50 Pf. Petersburg. Entree 50 Pf.
 Freunde und Gönner des Verbandes ladet freundlichst ein
 488/10 Der Vorstand.

Kalläne & Meiling,
Kunst-Färberei u. chem. Waschanstalt.
 Herrengarderoben-Reinigung und Reparatur.
 Specialität: Gardinen-Wäscherei.
 Abholung und Rücksendung kostenfrei. — Preislisten franco. — Postsendung prompt.
 70/4

Achtung! Achtung!
Große öffentliche Versammlung
aller in Holzbearbeitungs-Fabriken und auf Holzplätzen
beschäftigten Arbeiter Berlins
 Dienstag, 13. d. M., Abends 8 Uhr, bei Seefeldt, Grenadierstr. 33.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Stadtoberordneten Fritz Wilke über: Unsere Waffen im Kampf ums Dasein. 2. Diskussion. 3. Bericht des Delegierten zur Gewerkschafts-Kommission. 4. Berichterstattung des Schiedsgerichts.
 Zur Deckung der Unkosten findet Zellerfassung statt. — Das Erscheinen aller Kollegen ist unbedingt notwendig.
 183/8 Der Vertrauensmann.

Achtung! Achtung!
Große öffentliche Versammlung
aller selbständigen Barbier u. Friseur
 am Montag, den 12. Februar, Abends 8 1/2 Uhr,
 in Hensel's Salon, Invalidenstr. 1a.
 Tagesordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Genossen Zubeil. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Zur Deckung der Unkosten findet Zellerfassung statt. Der Ueberschuss wird der Parteilasse überwiesen.
 Kollegen und Parteigenossen werden ersucht, in der Versammlung recht zahlreich zu erscheinen.
 1630/6 Der Einberufer.
 E. Freyer, Münchebergerstr. 3.

Mitglieder-Versammlung
des Vereins der Plätterinnen u. verw. Berufsgen. Berlins.
 Dienstag, den 13. Februar 1894, Abends 8 Uhr,
 in Bölow's Brauerei, Prenzlauer Allee.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Herrn Dr. Joël: Die Frau im Spiegel der Geschichte. 2. Diskussion. 3. Wahl von zwei Revisoren. 4. Verschiedenes.
 Zu dieser Versammlung werden alle Mitglieder, sowie Plätterinnen etc., welche dem Verein beitreten wollen, freundlichst gebeten, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
 256/20 Mit Gruss
 Der Vorstand. J. A.: Möhring.

Mitglieder-Versammlung
 des
Unterstützungsvereins deutscher Tabakarbeiter
 (Filiale Berlin)
 am Dienstag, den 13. Februar, Abends 8 1/2 Uhr,
 bei Herrn Röllig, Neue Friedrichstr. 44.
 Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1893. 2. Verschiedenes.
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht
 922/7 Der Bevollmächtigte.

Achtung! Achtung!
Jalousie-Arbeiter und -Arbeiterinnen.
Große öffentliche Versammlung
 Montag, 12. Febr., Abends 8 Uhr, im Lokale des Hrn. Wienscke,
 Alte Jakobstr. 83.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen Adler über: „Gewerkschafts-Organisation“. 2. Diskussion. 3. Statutenberathung und Wahl eines provisorischen Vorstandes.
 Zur Deckung der Unkosten findet Zellerfassung statt.
 1701/6 Der Einberufer.

Ethische Gesellschaft.
 Sonntag, den 11. Februar 1894:
Zwei Versammlungen.
 1. Gratzweil's Bierhallen, Kommandantenstr. 77-79, Abends 6 Uhr, Vortrag der Frau Heinrich-Wilhelmi über: „Ehe und Ehescheidung“. 2. In der „Berliner Ressource“, Eingang Stallreiberstraße 49, Abends 6 Uhr, Vortrag des Hrn. A. Wabnitz über: „Religion“. 150/3
 Nach den Versammlungen: **Gemüthliches Beisammensein.**
 Gäste (Damen und Herren) sehr willkommen. Der Vorstand.

Achtung! Achtung!
Berliner Ressource, Kommandantenstr. 57.
 Sonntag, den 11. Februar 1894:
Gr. Wiener Maskenball
 der Schneider und Schneiderinnen Berlins.
 Um 11 1/2 Uhr: Großes humoristisches Tableau: Cavalier-Circus-Vorstellung mit Durchlaucht als August.
 Um 12 Uhr: Demoskierung. Während der Kaffeepause: Vorträge. Eröffnung 8 Uhr. Anfang 9 Uhr.
 Billets à 50 Pf. sind zu haben im Zentral-Arbeitsnachweis und Auskunftsbureau Schützenstr. 18/19 Restaurant Freggang, bei den bekannten Kollegen und Kolleginnen und in allen mit Plakaten belegten Handlungen.
 398/13 Die Agitations-Kommission.

Berliner Ressource, Kommandantenstr. 57.
 Sonntag, den 11. Februar 1894:
Gr. Wiener Maskenball
 der Schneider und Schneiderinnen Berlins.
 Um 11 1/2 Uhr: Großes humoristisches Tableau: Cavalier-Circus-Vorstellung mit Durchlaucht als August.
 Um 12 Uhr: Demoskierung. Während der Kaffeepause: Vorträge. Eröffnung 8 Uhr. Anfang 9 Uhr.
 Billets à 50 Pf. sind zu haben im Zentral-Arbeitsnachweis und Auskunftsbureau Schützenstr. 18/19 Restaurant Freggang, bei den bekannten Kollegen und Kolleginnen und in allen mit Plakaten belegten Handlungen.
 398/13 Die Agitations-Kommission.

Berlin SW., Benthstr. 9.
 W. Französischestr. 55.
 W. Potsdamerstr. 51.
 SW. Bücherstr. 69.
 O. Blumenstr. 70.
 NO. Neue Königstr. 42.
 N. Lothringerstr. 29.
 N. Invalidenstr. 139.
 NW. Willenackerstr. 45.

Verein Berliner Hausdiener.
 Dienstag, den 13. Februar, Abends 9 Uhr, im „Konigsstädt. Konvert-haus“, Alte Jakobstr. 37:
Außerordentliche General-Versammlung.
 Tagesordnung:
 1. Mittheilung. 2. Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Bericht über den Prozeß Alboldt gegen den Verein u. event. Weiterbeschlußfassung über denselben. 4. Verschiedenes und Fragelasten. 1687/6
 Quittungsbuch legitimiert.
 Der Vorstand:
 Gust. Grauer, Vorsitzender.

Zentral-Kranken- u. Sterbefälle
der Zimmerer
 (G. S. Nr. 2, Hamburg)
 örtliche Verwaltung Berlin.
General-Versammlung
 am Freitag, 16. Febr., Abds. 8 1/2 Uhr,
 im Lokale des Herrn Volz, Alte Jakobstraße Nr. 75 (unterer Saal).
 Tagesordnung:
 1. Abrechnung pro 4. Quartal 1893. 2. Gründung einer Filiale in Nord-Öst. 3. Verschiedenes. 871/6
 Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht
 Der Vorstand.
 J. A.: August Grufe, Warnimstr. 41a.

Stenographie.
 Neue Lehrgänge in der ganz vereinfachten Arends'schen Volks-Kurz-schrift beginnen am Dienstag, den 13. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, im Lokal Harschleb, Adalbertstr. 4, und am Mittwoch, den 14. ds. Mts., im Lokal Seidel, Raitzborstr. 16. 1671/6
 Der Unterricht wird unentgeltlich erteilt. Herren, Damen und Schüler sind herzlich willkommen.
 Arbeiter-Stenogr.-Verein „Eintracht“.

Buchhandlung des „Vorwärts“
 Berlin SW., Benth-Str. 2.

Ein unentbehrlicher
Rathgeber für
Vereinsvorstände etc.

ein Buch, das in keiner
Arbeiter-Vereinsbibliothek
 fehlen darf, weil es ein
 Nachschlagebuch auf allen Gebieten
 der Vereins-Geschichte in allen
 Bundesstaaten des Deutschen Reiches
 ist, nicht bloß für
 Versammlungs-Einberufer,
 Vereins-Vorstände,
 sondern auch für
 Beamte, Behörden, Rechtsanwälte,
 Politiker aller Parteien,
 in das in unserm Verlage erschienenem

Vereins- und
Versammlungs-Recht
 in Deutschland
 VIII u. 210 Seiten 8°

Elegant broschirt Mark 2.50,
 in braunem Vadeker-Band
 gebunden Mark 3.—

Tag für Tag kommen von einzelnen Vereinen, Vertrauensmännern, Gewerkschaftsvorständen Klagen über Willkür und Bergewaltigungen seitens einzelner Behörden und Beamten; die Reaktionen der Parteibücher haben ununterbrochen Nach und Nach zu ertheilen, wie sich die Genossen und Vereine gegenüber Verfassungsverboten, Aufkündigungen, Vereinskassenschließungen u. s. w. zu verhalten haben. Nieher alle diese Punkte gibt das Buch an Hand des Wortlautes der einzelnen Vereinssätze und in Erläuterungen über die im Laufe der Jahre von den Gerichtsbehörden in ihren Urtheilen geübte Praxis klaren und unmissverständlichen Rath, und ermöglicht es somit den Genossen, die Klippen und Gefahren der reaktionären Vereinssätze zu vermeiden. Ein dem Buch beigegebener Anhang enthält eine tabellarisch übersichtlich geordnete, gruppenweise gereichte

Rechtsinhaltsverzeichniss des Wortlautes der in den einzelnen Bundesstaaten bestehenden Bestimmungen über Vereins- und Versammlungsgesetze und alphabetisches Sachregister.
 Zahlreichen Bestellungen sieht entgegen
 Buchhandlung des „Vorwärts“.

Das Kinderwagen-Fabriklager
 von A. W. Schulz, Frankfurter-
 (alte Rheinsbergerstraße) verkauft jetzt nach beendeter Saison zu außerordentlich billigen Preisen, (auch auf Theilzahlung) sein bedeutendes Lager in
 Kinderwagen, Pappwagen, Koffersesseln, Kinderstühlen, Plumentische, Porzellan, sowie Holzwaaren jeder Art. Specialität: Kinderklappstühle.

Möbelfabrik und -Lager

der vereinigten Tischler- und Tapeziermeister
Bock, Zimmermann & O. Allmer,
 50., Reichenbergerstraße 47.

Wir fertigen und liefern sämtliche Möbel ganz bedeutend billiger, als irgend ein Händler oder Magazin. Für die von uns gelieferten Möbel leisten wir Garantie. Jeder Auftrag, ob groß oder klein, wird von uns grundsätzlich streng reell und gewissenhaft ausgeführt. Unsere Preise sind äußerst billig — aber fest. **Netto Kasse. — Kein Handel.**

Direkt in unseren Tischler- und Tapezierwerkstätten sind Einrichtungen von den einfachsten bis zu den elegantesten stets am Lager. Kein Ladengeschäft. Da wir langjährige Lieferanten großer hiesiger Möbelgeschäfte waren, sind wir im Stande, das geehrte Publikum in jeder Weise zu befriedigen.

Keine Scheinwerkstätten. Unsere Werkstätten stehen dem Publikum zu jeder Zeit zur Ansicht offen.

Neu eröffnet!

Fernsprecher Amt IV No. 478.

Uhren u. Goldwaaren Georg Wagner

Oranienstr. 63, I.
 in bester Ausführung zu den billigsten Preisen. Silb. Cylinder-Remontoir 12,75 M.
 Massiv gold. Trauringe, 1 Dukaten 10,50 M., 1/2 Duk. 15,50 M., 2 Duk. 20 M

Die Buchdruckerei von M. Schrinner
 164 Brunnenstr. 164 (zwischen Invaliden- und Kullamerstraße)
 empfiehlt sich zur Anfertigung von Druckfachen jeder Art.

Zu Sommerfesten

empfehle **Vereinen und Gesellschaften** den prachtvollen, schattigen Garten der „Bock-Bräuerei“ mit Theaterbühne und Tanzsälen ab 1. April ds. J. 55918*

unentgeltlich.
 Umgehende Bestellungen erwünscht
A. Tiedemann, Oekonom der Bockbräuerei
 Tempelhofer Berg.

Prämiert in Chicago 1893 mit dem
Ersten Preis (grosse Medaille)



Seelig's Feinste Kaffee-Essenz
 (Seelig's Marke)
 ist das sparsamste u. billigste Kaffee-Surrogat.

1/2 Loth Kaffee u. 1 Messerspitze dieser Essenz ist gleich 1 Loth Kaffee. Seelig's Kaffee-Essenz giebt dem Getränk den feinsten Mokka-Geschmack und macht den Kaffee voll und kräftig. Käuflich in allen besseren Droguen- und Kolonialwaaren-Geschäften (1/4-Pfd.-Büchsen 80 Pf., 1/2-Pfd.-Büchsen 60 Pf.)
En gros-Lager bei Goldner & Boissier
 Berlin N., Wöhlertstr. 18. Fernsprecher III, Nr. 2402.

Gefärbt wird für 2,50 bis 3,00 Mark

in allen Farben: Damenkleider, Ueberzieher, Röcke, im Ganzen oder getrennt. Möbelstoff 4 Pfd. 1 Mk. Bett- und Tischdecken 4 St. 1,25 Mk. Steppdecken 4 St. 2 bis 2,50 Mk.

Damenkleider chemisch gereinigt 2,50 bis 3 Mk.

Herren-Anzüge gereinigt und gebügelt 2,50 Mk.

Gegründet 1875. **A. Pergandé,** Gegründet 1875.

Hauptgeschäft: Waldemarstraße 52, vis-à-vis Bethanien.
 Filialen: Görlitzerstr. 43 Reinickendorferstr. 8a. Potsdam: Nauener Str. 18.

H. Richter, Optiker,
 Berlin, C. Spittelmarkt, (Wallstr. 1) und Weinbergsweg 15b, nahe am Rosenthaler Thor.
 Anerkannt beste und billigste Bezugsquelle aller optischen Artikel.



Rathenover Alumingold-Brillen und Pincenez,

garant. nie schwarz werd. M. 2,50
 Nickelbrillen u. Pincenez „ 1,50
 do. allerfeinste Qualität „ 2,—
 Rathenower Stahlbrillen „ 1,—
 Alles mit den besten Rathenower Krystallgläsern I. Qual. versehen.
 Operngläser, rein achromat. M. 6.
 Neu! Richter's Opera- u. Reise-glas „Excelsior“
 inkl. Lederetui u. Riemen M. 12, übertrifft alles bisher Gebotene. Prompter Versandt nach außerhalb gegen vorherige Einsendung oder Nachnahme.
Genaueste Fachkenntnis.
 Eigene Werkstatt. 8545L.
 Bitte genau auf Straße und Nummer zu achten, um sich vor werthlosen Nachahmungen und Täuschung zu schützen.
 Sonntags v. 8—10, 12—2 geöffnet.

Vereins-Brauerei Rixdorf.

Das **Lagerbier** der Vereinsbrauerei ist das **malzreichste Berliner Lagerbier**, Stammwürze **14,26 pCt.**

„**Berliner Kind'l**“

Stammwürze **14,78 pCt.**, also **malzreicher** wie die echten Pilsener Biere.

„**Spalter-Bräu**“

Stammwürze **15,81 pCt.**, mithin **malzreicher** wie die echten Münchener Biere. 560M

Der Gehalt der Biere ist festgestellt und wird dauernd kontrollirt durch den vereidigten Gerichts-Chemiker Herr. Dr. Bischoff.



Rohtabak Ernst Förster, Berlin NO., Kaiserstr. 30.

Die Möbel-Tischlerei und Polsterwaaren-Fabrik

5 Reichenbergerstr. 5 **A. Schulz** 5 Reichenbergerstr. 5
 fertigt und liefert anerkannt gediegen gearbeitete **Wohnungs-Einrichtungen** von 240—3000 Mark. Netto Kasse. Billige Preise. Prompte Bedienung.

Elegante Einsegnungs-Anzüge. **Herren- u. Knaben-Garderobe, Arbeitsjachen, Bestellungen nach Maß.** Elegante Herren-Anzüge.
J. BAER, Berlin N., Gesundbrunnen, Badstrasse 13, Ecke der Stettinerstrasse.
 Ich habe keine Filialen und sehe mit ähnl. lautenden Firmen in keinerlei Beziehung. Bitte daher genau auf Firma zu achten. 4591L

!! Roh-Tabak !!

Sämmtl. in- u. ausländischen Sorten, gute Qualität, tadelloser Brand, in billigster Preislage, empfiehlt **Heinr. Franck, Rohtabak-Handlung, Brunnenstr. 185.** Formen (Bodfoorn) wieder vorrätig.

Zur Einsegnung:

Große Auswahl
Schwarze Cachemirs, reine Wolle, doppeltbreit, Mtr. 75 Pf., 1 M., 1 M. 25 Pf., 1 M. 50 Pf., und 2 M.
Schwarze Diagonals, reine Wolle, doppelt breit, Mtr. 95 Pf., 1 M. 25 Pf., 1 M. 50 Pf. und 2 M.
Schwarze Phantasiestoffe, reine Wolle, doppeltbreit, Mtr. 1 M., 1 M. 25 Pf., 1 M. 50 Pf., und 2 M.
Schwarze Jaquets, in den Größen genau passend, für Confirmationen, 7 M. 50 Pf., 9 und 10 M.
 Fortlaufend Eingang neuester **Frühjahrs-Kleider-Stoffe.** Große Auswahl moderner **Regen-Mäntel.**
Sielmann & Rosenberg
 Kommandantenstraße, Ecke Lindenstraße.

Schleuniger Ausverkauf

der **Restbestände** aus der **J. Adler Söhne'schen Konkursmasse** als Teppiche, Portiären, Gardinen, Stepp- u. Tischdecken, Läuferstoffe, ferner 1000 Sopha-Stoffreste der halbarsten und modernsten Stoffe werden bedeutend unter den **Taxpreisen** fortgegeben gegenüber dem **Spandauerstr. 30.**

Teppiche

in Sophagröße 4, 6, 8 u. 10 M., in Salongröße 12, 15, 20—50 M.
Teppich-Reste spottbillig
Gardinen
 Stück von 22 Mtr. 10, 15—40 M.
Teppich-Fabrik Emil Lefèvre, Berlin S., 158 Oranien-Strasse 158.
 reich illustriert, gratis u. franco
Kleiderjvind u. Vertikof sof. spottb. Oranienstr. 153, 8 Tr. r.

Reste Kleiderstoffe, Gardinen

bedeutend unterm Preis.
H. Marcus, Reinickendorferstr. 7a.

Dann's Spezial-Trauer-Magazin
 Neanderstraße 38
 empfiehlt sämtliche Artikel zur Trauer. Bitte genau auf Firma zu achten.

Massen-Ausverkauf.

In der **Cohn'schen Hosenfabrik** 7 Pallisadenstr. 7
 sollen die **Waarenbestände** bestehend in Herren- und Knaben-Garderoben, sowie Stoffresten werktäglich von 9—1 und 2—8 Uhr, zu **Toppreisen** ausverkauft werden.

37 Als anerkannt reelle und billigste Einkaufs-Quelle des **Süd-Ostens** für **Gold-, Silber-, Alfenidewaaren** (Eig. Fabr.) goldene u. silberne Uhren empfiehlt sich **H. Gottschalk,** Goldarbeiter und Uhrmacher, **37 Admiral-Strasse 37**